

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



## Heilige Kuh Wirtschaft ab Seite 8

### Interview:

#### „Der Proporz ist im Wandel“

Der Soziologe Philipp Korom über die Wirtschaftseliten Österreichs

8

### Schwerpunkt:

#### Ene, mene, muh, schuld bist du

Friedman, Keynes, Luxemburg und Marx im fiktiven Streitgespräch

38

### Internationales:

#### Klinik der Solidarität

„weltumspannend arbeiten“ hilft den Menschen in Griechenland

42



8



12



28



42

## Schwerpunkt:

### Mit Keynes aus der Krise

12

Keynes zog die richtigen Lehren aus der Krise der 1930er-Jahre, auf seine Ideen können wir auch heute aufbauen.

### Hayek – der wirkungsmächtige Neoliberale

14

Der gebürtige Österreicher erhielt 1974 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

### Karl Marx und die kritische politische Ökonomie

16

Seine Analysen zur Krisenhaftigkeit des Kapitalismus sind nach wie vor gültig.

### Käthe Leichter

18

Österreichs erste feministische Ökonomin und die Wirtschaftskrise.

### Die Heimkehrer

20

Kurt Rothschild und Josef Steindl haben in Österreich dem Keynesianismus zum Durchbruch verholfen.

### Maria Szécsi-März (1914–1984)

22

Die Ökonomin hat dazu beigetragen, die Wirtschaftspolitik in Österreich auf moderne konzeptionelle Grundlagen zu stellen.

### Wie entsteht Arbeitslosigkeit?

26

Neoklassik und Postkeynesianismus haben dazu und zu anderen Fragen der Wirtschaftspolitik sehr verschiedene Positionen.

### Effizienzmaschine, Casino, schwarzes Loch?

28

Finanzmärkte, Zins und Inflation: Hitzige Debatten und eine Krise als Lehrstück.

### Die Ungleichheit spaltet die Wirtschaftswissenschaft

30

Wird die zunehmende Schieflage zur Gefahr für Wirtschaft und Gesellschaft?

### Thinktanks – Denkfabriken, Rettung oder Übel?

32

Ein internationaler Trend ist in den vergangenen Jahren auch in Österreich zu beobachten.

### Verfehlte Annahmen, verheerende Ergebnisse

34

Die Politik der Europäischen Kommission versagt angesichts der Krise und ihrer Folgen.

**Die USA lernen, Europa leidet**

36

Sechs Jahre nach der großen Krise stellt sich die Frage: Haben die USA vielleicht die besseren WirtschaftswissenschaftlerInnen?

**Interview:****„Elite und Macht sind siamesische Zwillinge“**

8

Der Soziologe Philipp Korom über Proporz und die Österreicher AG.

**Internationales:****„Wir wollen unser Leben zurück!“**

42

Allein in Thessaloniki leben 300.000 Menschen ohne Krankenversicherung. Die Klinik der Solidarität hilft.

**[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)**

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: [www.beetagg.com/downloadreader](http://www.beetagg.com/downloadreader)

**Standards:**

Standpunkt: Spielraum der Wirtschaft

4

Veranstaltung: Arbeitskräfteüberlassungs-KV

5

Aus AK &amp; Gewerkschaften

6/7

Historie: Die Kräfte konzentrieren

11

Sprechen Sie Wirtschaft?

24

Dramolett: Wer ist schuld an der Krise?

38

„Wir sind Europa“

40

Rück-Blog

44

Nicht zuletzt von Markus Marterbauer

45

Man kann nicht alles wissen

46

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

[blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at)[www.twitter.com/arbeit.wirtschaft](http://www.twitter.com/arbeit.wirtschaft)[www.facebook.com/arbeit.wirtschaft](http://www.facebook.com/arbeit.wirtschaft)[www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk](http://www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk)**Chefsache**

Redaktion intern

„Zu Zeiten des Austrokeynesianismus fanden sich zahlreiche parteiloyale ‚statesmen of industry‘ in der Wirtschaftselite, deren Wirken nicht ausschließlich am Profit, sondern auch am sozialen Ausgleich orientiert und durch Kompromissfähigkeit gekennzeichnet war“, erklärt der Soziologe Philipp Korom im Interview der A&W 9/2013 zum Schwerpunktthema „Heilige Kuh Wirtschaft“. Heute hätten sich die SpitzenmanagerInnen gewandelt. Wir haben für dieses Heft die Geschichte der Ökonomie genauer betrachtet und überlegt, was ihre führenden VertreterInnen

zur aktuellen Krise gesagt hätten. Dabei haben wir uns den Kontrahenten Keynes (S. 12) und Hayek (S. 14) gewidmet, aber auch Karl Marx (S. 16). Neben den Austrokeynesianern Rothschild und Steindl (S. 20) befassen wir uns auch mit den beiden großen AK-Ökonominen Käthe Leichter (S. 18) und Maria Szécsi-März (S. 22). „Sprechen Sie Wirtschaft?“ fragen wir an der Stelle, an der wir sonst immer Zahlen, Daten, Fakten präsentieren. Ein Dramolett lädt zu einem fiktiven Gespräch von Keynes, Marx, Milton Friedman und Rosa Luxemburg (S. 38).

Im internationalen Teil berichten wir über die Klinik der Solidarität in Griechenland, die von „weltumspannend arbeiten“ unterstützt wird (S. 42).

Im „Rück-Blog“ lesen Sie Interessantes aus unserem neuen ExpertInnenblog [blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at).

Auch in Zukunft finden Sie uns auf unserer Homepage [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) sowie auf [www.facebook.com/arbeit.wirtschaft](http://www.facebook.com/arbeit.wirtschaft) und [twitter.com/AundW](http://twitter.com/AundW). Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen: [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

Für das Redaktionskomitee  
Katharina Klee





Katharina Klee  
Chefredakteurin

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

## Standpunkt

# Spielraum der Wirtschaft

**P**olitik ist nur der Spielraum, den die Wirtschaft ihr lässt“, lautet ein Zitat des leider vor Kurzem verstorbenen Kabarettisten Dieter Hildebrandt. Ich kann ihm nur zustimmen. Im Radio wird gerade über den Abschluss der Koalitionsverhandlungen berichtet. Und wieder einmal hat die „Heilige Kuh“ Wirtschaft gesiegt. Auch wenn knapp vor Drucklegung das Regierungsprogramm noch nicht offiziell verkündet worden ist, ist „Erfolgreich. Österreich. Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018“ schon am Freitag, den 13. in allen Zeitungen zu lesen und im Netz zu finden.

### Modernisierungen im Arbeitsrecht

Sicher, es werden darin wichtige Modernisierungen im Arbeitsrecht angedacht – wie z. B. mehr Transparenz bei All-in-Verträgen, Änderungen im Urlaubsrecht, ein Bonus-Malus-System für die Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen. Ja, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird erleichtert, die Pflege wird ausgebaut und die beschlossene Gesundheitsreform wird mit Leben erfüllt. Und auch in den Wohnbau wird investiert, um Wohnen leistbarer zu machen. Aber eine große Steuerreform lässt auf sich warten – zwar wird die motorbezogene Versicherungssteuer erhöht,

auch die NoVA, sowie die Steuern auf die Laster Tabak, Alkohol und Schaumwein. Bei Sekt und Champagner zahlt man gar einen Euro pro Liter mehr. Das wird aber die rund 78.000 Euro-Millionärinnen und -Millionäre hierzulande nicht hindern, sich das eine oder andere Fläschchen aufzumachen, denn von Vermögens- und Erbschaftssteuern sind sie wieder einmal verschont geblieben. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird vorerst nicht mehr Netto vom Brutto bleiben. Weil Geld für Forschung und Konjunkturbelebung dringend gebraucht wird, stehen wohl weitere Privatisierungen bevor. Die ÖIAG soll Standortholding werden.

Ein vielversprechender Punkt findet sich im Kapitel leistbares Leben – unter der Überschrift „Prävention und Schuldeneindämmung“ liest man ganz oben die Maßnahme: „Verbraucherbildung vor allem im Bereich Finanzen – insbesondere bei Jugendlichen – verstärken und ausbauen.“ Wenn man bedenkt, dass eine IMAS-Umfrage 2011 ergeben hat, dass 37 Prozent der Befragten den Begriff „Inflation“ nicht erklären konnten, 57 Prozent nicht wissen, was das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist und 40 Prozent mit der Abkürzung ATX – Leitindex an der Wiener Börse – nichts anfangen können. Ganz zu schweigen von jener Million ÖsterreicherInnen, die nur mangelhaft lesen

können und so von vielen Entscheidungen ausgegrenzt sind.

### Wünschen darf man sich alles ...

Dass Wirtschaftswissen spannend sein kann und wichtig ist, versuchen wir in diesem Heft zu beweisen: Wir haben uns große WirtschaftswissenschaftlerInnen und ihre mögliche Position zur Krise angesehen. Am Arbeitsprogramm der Regierung hätte wohl Friedrich von Hayek um einiges mehr Freude gehabt als John Maynard Keynes. Manchen wird es angesichts dieses Regierungsprogrammes wohl wie Kindern gehen, die einen Brief ans Christkind geschrieben haben und jetzt enttäuscht unter dem Christbaum stehen: Die schönen Geschenke hat wer anderer bekommen, das eine oder andere praktische Stück ist aber auch für uns ArbeitnehmerInnen dabei. Und letztendlich hatten wir ja die Wahl ...

Wünschen dürfen wir uns schließlich alles, für die wirklich wichtigen Anliegen sollten wir aber selbst etwas tun, zum Beispiel indem wir 2014 zur AK-Wahl und zur Europawahl gehen. Geben wir es nicht auf, mit unserer Stimme der Gerechtigkeit mehr Gewicht zu geben!

Ich wünsche Ihnen und uns ein gerechteres Christkind und ein gutes Jahr 2014.

# Arbeitskräfteüberlassungs-KV

Am 26. November 2013 wurde der kommentierte Kollektivvertrag im Rahmen des Gewerkschaftstages der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) präsentiert.

**René Schindler, Bundessekretär** für Recht und Soziales der Gewerkschaft PRO-GE, ist einer der führenden Experten für den schwierigen Bereich der Arbeitskräfteüberlassung. Entsprechend sachkundig und gespickt mit Tipps für die Praxis ist sein Kommentar zum Arbeitskräfteüberlassungs-KV. Der KV für das Gewerbe der Arbeitskräfteüberlassung ist ein spannender Kompromiss zwischen den widersprüchlichen Interessen der ÜberlasserInnen, ZeitarbeiterInnen, StammarbeiterInnen und Beschäftigter. Er enthält – entspre-

chend der dreipersonalen Struktur der Arbeitskräfteüberlassung – zahlreiche neue und außergewöhnliche Bestimmungen: Von der Lohnfindung über Dienstregelungen bis hin zum kollektivvertraglichen Kündigungsschutz.

Das Buch enthält alle Regelungen (Stand 1. Oktober 2013). Neben der Diskussion einschlägiger Rechtsfragen (auch zu einigen Regelungen der AÜG-Novelle 2012) stehen vor allem Tipps und Hilfen für PraktikerInnen im Vordergrund.

Mehr Info: [tinyurl.com/nklh5ge](http://tinyurl.com/nklh5ge)

## BUCHTIPP

René Schindler  
**Arbeitskräfteüberlassungs-KV 2013**

ÖGB-Verlag, 2013,  
416 Seiten, € 29,90  
ISBN 978-3-7035-1592-7



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)



René Schindler ist Bundessekretär für Recht und Soziales in der Gewerkschaft PRO-GE. Als Fachbuchautor und aufgrund seiner Lehr- und Vortragstätigkeit ist er in Gewerkschaftskreisen sehr bekannt.



Präsentiert wurde der „Arbeitskräfteüberlassungs-KV“ von Peter Autengruber, Leiter des Bereichs Fachbuch im ÖGB-Verlag, der sich über die zweite Auflage dieses immer bedeutender werdenden KV freut.



Hilde Tragler, Betriebsrätin bei Magna Steyr, und ihr Vorgänger Peter Scherz erzählten von einer von Magna beauftragten Subfirma und dem Versuch, Regeln des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes zu umgehen.



Viele der anwesenden Betriebsrätinnen und Betriebsräte haben in ihren Unternehmen mit Zeitarbeiterinnen und -arbeitern zu tun. Seit Ausbruch der Krise ist die Arbeitskräfteüberlassung im Ansteigen.



## IMPRESSUM

**Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263  
 Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw., Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

**E-Mail:** sonja.adler@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
 Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793  
 Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

**Redaktionskomitee:**

Markus Marterbauer (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz), Katharina Klee (Chefredakteurin), Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer, Georg Feigl, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Richard Halwax, Karin Hinteregger, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Elke Radhuber, Charlotte Reiff, Alexander Schneider, Georg Sever, Barbara Stöger, Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

**Redaktionsmitglieder:**

Katharina Klee (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat), Dietmar Kreutzberger (Grafik und Layout)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Günther Chaloupek, Astrid Fadler, Philipp Heimberger, Carmen Janko, Johannes Jäger, Ilse Leidl, Markus Marterbauer, Michael Mesch, Brigitte Pellar, Miriam Rehm, Martin Schatz, Matthias Schlögl, Matthias Schnetzer, Stephan Schulmeister, Georg Steinbock, Paul Sturm, Petra Völkerer, Ewald Walterskirchen, Beat Weber, Markus Zahradnik

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-; Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-. Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

[www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung](http://www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung)

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

**Arbeiterkammer:**

# AK-Wahl 2014: Jetzt geht's los

**Ab 27. Jänner wird in Vorarlberg, Tirol, Salzburg gewählt.**

Mehr als drei Millionen ArbeitnehmerInnen wählen 2014 bei der AK-Wahl wieder ihre Interessenvertretung. Den Anfang machen ab 27. Jänner die drei westlichsten Bundesländer Vorarlberg, Tirol und Salzburg. Wahlberechtigt sind alle DienstnehmerInnen, die an den jeweiligen Stichtagen in einem kammerzugehörigen Beschäftigungsverhältnis stehen. Seit 1. Jänner 2008 sind auch freie DienstnehmerInnen Mitglieder der Arbeiterkammer und daher auch wahlberechtigt. Lehrlinge (ohne Altersbeschränkung), KarenzurlauberInnen, geringfügig Beschäftigte (auch geringfügig beschäftigte freie DienstnehmerInnen), Arbeitslose, Präsenz- oder Zivildienere müssen sich in die Wählerliste eintragen lassen, um wahlberechtigt zu sein. Diese Personen

erhalten rechtzeitig vom Wahlbüro ein Informationsschreiben, wie der Antrag auf Aufnahme in die Wählerliste zu stellen ist.

Mit der Parole „Ihre Stimme gibt der Gerechtigkeit mehr Gewicht“ rufen die Arbeiterkammern auf, zu dieser wichtigen Wahl zu gehen und mitzuentcheiden, wer die Interessen der ArbeitnehmerInnen im jeweiligen Bundesland für die nächsten fünf Jahre vertreten soll.

Die AK-Wahl in Vorarlberg findet vom 27. Jänner bis 6. Februar statt, in Tirol und Salzburg von 27. Jänner bis einschließlich 7. Februar 2014. In den drei Bundesländern liegen der aktuellen „Arbeit&Wirtschaft“ Sondernummern zu Wahl bei.

Mehr Info: [tinyurl.com/pa42rrl](http://tinyurl.com/pa42rrl)

**GPA-djp, GdG-KMSfB, vida und AK:**

## Qualität der Kinderbetreuung

**Der internationale Vergleich zeigt, dass es Handlungsbedarf gibt.**

AK-Präsident Rudi Kaske forderte gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften GPA-djp, GdG-KMSfB und vida ein Rahmengesetz für bundesweit gültige Standards, um die Qualität in den Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen zu sichern.

„Dass es hier Handlungsbedarf gibt, zeigt der internationale Vergleich“, so Kaske. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie des Instituts für Kinderrechte und Elternbildung im Auftrag der AK.

Laut AMS-Gehaltskompass verdienen Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen in Österreich schon beim Berufseinstieg rund 200 Euro weniger als VolksschullehrerInnen.

Ein genauer Überblick über die Einkommenssituation ist aber kaum möglich, da es neben den unterschiedlichen Landesregelungen für den öffentlichen Bereich für private Träger zumeist nur einen Mindestlohntarif gibt.

**AK und Gewerkschaften fordern:**

- » Einheitliche gesetzliche Regelung für Gruppengröße und Betreuungsschlüssel.
- » Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen auf Hochschulniveau. Laut internationaler Empfehlung soll die Hälfte von ihnen Hochschulausbildung haben.
- » Einheitliche Ausbildungsstandards für das Unterstützungspersonal.
- » Ausbau der Kinderbetreuung für bessere Öffnungszeiten und mehr Kleinkindbetreuung.
- » Ein zweites kostenloses, verpflichtendes Kindergartenjahr brächte gerechte Chancen für alle Kinder.
- » Zuschüsse für die Gemeinden nach Zahl der betreuten Kinder (Pilotprojekt Finanzausgleichsverhandlungen 2015).
- » Für den privaten Bereich soll es einen Kollektivvertrag für alle Bundesländer geben.

Mehr Info:

[tinyurl.com/o3gkhhz](http://tinyurl.com/o3gkhhz)

**AK und ÖGB:****Fotoaktion: Mitmachen und gewinnen**

Mit vielen Aktionen soll Jugendlichen die EU nähergebracht werden.

Auf der Facebook-Plattform „EUROPA was ist jetzt“ können Jugendliche ihre Fragen loswerden und europäische Themen mitdiskutieren. Mit einer Wanderausstellung und einem Tourbus kommt „Europa“ aber auch zu den Jugendlichen: Bis zur Europawahl im Mai 2014 werden österreichweit Hunderte Schulen, überbetriebliche Ausbildungsstätten und Betriebe besucht, um mit Lehrlingen sowie Schülerinnen und Schülern über die EU zu diskutieren. Für das Frühjahr 2014 ist auch ein Ideenwettbewerb geplant. Jetzt läuft bereits eine Fotoaktion, bei der man etwas gewinnen kann. Einfach unter [www.wasistjetzt.eu](http://www.wasistjetzt.eu) die Sprechblase herunterladen, diese mit einer Frage ergänzen, damit ein möglichst kreatives Foto machen und hochladen.

„Mit der Kampagne tragen die heimischen Sozialpartner dazu bei, die Idee eines gemeinsamen Europa wieder zu stärken“, sagt Sabine Oberhauser, ÖGB-Vizepräsidentin. „Wir greifen die Gedanken der Jugendlichen auf, wir reden mit ihnen, nicht über sie.“

Im Mai 2014 sind über sechs Mio. ÖsterreicherInnen aufgerufen, ihre VertreterInnen im Europäischen Parlament für die kommenden fünf Jahre zu wählen. Österreich ist das einzige EU-Land, in dem Jugendliche bereits ab 16 Jahren wählen können. Daher haben hierzulande überdurchschnittlich viele Jung- und ErstwählerInnen die Möglichkeit, bei der Wahl zum EU-Parlament ihre Stimme abzugeben.

Mehr Info: [www.wasistjetzt.eu](http://www.wasistjetzt.eu)



© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

**AK und ÖGB:****Petition: Finanzsteuer nicht verwässern**

Europaweite Kampagne von AK und ÖGB geht in die nächste Runde.

Eigentlich war die Steuer auf Finanztransaktionen beschlossene Sache bei elf EU-Mitgliedsstaaten, aber jetzt passiert nichts, weil die Finanzlobby alles tut, um das Ganze wieder abzudrehen. Die Kampagne von Arbeiterkammer und ÖGB geht daher weiter: Unter [www.financialtransactiontax.eu](http://www.financialtransactiontax.eu) kann an die zuständigen elf Regierungschefs sowie an die FinanzministerInnen eine Nachricht geschickt werden, mit der Aufforderung, jetzt nicht locker zu lassen und die Steuer auf Finanztransaktionen rasch einzuführen.

„Jetzt heißt es dran bleiben. Die Finanztransaktionssteuer darf nicht länger auf die lange Bank geschoben werden“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. AK und ÖGB warnen auch davor, dass dem vorliegenden Entwurf der EU-Kommission die Zähne gezogen werden und es letztlich nur eine verwässerte Version der Steuer geben wird, die weder steuerlich etwas bringt, noch die Spekulationen eindämmt, und die schon gar nicht für

Verteilungsgerechtigkeit sorgt. Die BürgerInnen sollen nicht länger die Rechnung zahlen, wenn das Versagen der Finanzinstitutionen zu einer Wirtschaft- und Finanzkrise führt. Eine Finanztransaktionssteuer würde sicherstellen, dass die maßgeblich für das Entstehen der Krise verantwortlichen Spekulantinnen und Spekulanten ihren Beitrag leisten.

Die Finanztransaktionssteuer würde wie eine Mehrwertsteuer auf den Handel mit Finanzprodukten eingehoben werden, der in einem oder mehreren der elf teilnehmenden EU-Länder abgewickelt wird. Dazu zählen etwa Aktien, Anleihen und spekulative Papiere (wie Termingeschäfte, die sogenannten Derivate). Die EU-Kommission schlägt vor, die Geschäfte mit Aktien und Anleihen in Höhe von 0,1 Prozent und die spekulativen Derivate in Höhe von 0,01 Prozent zu besteuern. An einem Tag könnten so bis zu 100 Mio. Euro, in einem Jahr bis zu 35 Milliarden durch

diese Steuer zusammenkommen. Alltägliche Finanzgeschäfte von Konsumentinnen und Konsumenten sowie Unternehmen wie Kredite und Versicherungen sind von der Steuer ausgenommen. Ursprünglich sollte die Steuer ab Jänner 2014 eingeführt werden, und zwar in den EU-Ländern Deutschland, Frankreich, Belgien, Estland, Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Slowakei, Slowenien und Österreich. AK und ÖGB setzen sich schon lange für eine Regulierung der Finanzmärkte in der EU ein. 2011 etwa sind bei einer europaweiten Kampagne in den ersten zwei Wochen über 500.000 Unterstützungsmails im Posteingang der EU-Abgeordneten gelandet – mit ein Grund, warum die EU-Kommission vor zwei Jahren einen Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer gemacht hat und elf EU-Länder die Steuer umsetzen wollen.

Mehr Info:

[www.financialtransactiontax.eu](http://www.financialtransactiontax.eu)

# „Elite und Macht sind siamesische Zwillinge“

*Der Soziologe Philipp Korom über Proporz und die Österreich AG.*

## ZUR PERSON

### Philipp Korom



Geboren 1983

2002–2007 Soziologie-Studium (Mag. phil.) an der Universität Graz

2003–2010 Psychologie-Studium (Mag. rer. nat.), Universität Graz; Erasmus-Semester an der

Universität Louis Pasteur (heute Universität de Strasbourg), Straßburg

2008–2009 Doktoratsstudien in Politik- und Sozialwissenschaften, European University Institute, Florenz

2011 Promotion in Soziologie, Universität Graz; Dissertation über Unternehmensnetzungen und Wirtschaftseliten in Österreich, Universitätsassistent (Pre-Doc), Institut für Soziologie

2012 Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Spectro gemeinnützige Gesellschaft für Forschung GmbH, Graz

Jän.–Sept. 2013 Universitätsassistent (Post-Doc), Institut für Soziologie, Uni Graz

Seit Oktober 2013 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln

**Arbeit&Wirtschaft: Ihre Dissertation „Die Wirtschaftseliten Österreichs“ hat 2012 den Dissertationspreis der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie erhalten. Wie sind Sie auf das Thema gekommen?**

**Philipp Korom:** Es gibt verschiedene Wege, um Gesellschaft zu verstehen. Soziologen befassen sich oft mit Themen wie Armut, Wohlfahrtsstaat, Migration, Geschlechterpolitik, Klassen oder Lebensstile, um Einblicke in die Gesellschaft zu bekommen. Selten, im Fall von Österreich so gut wie gar nicht, werden mit

demselben Ziel die Spitzen der Gesellschaft analysiert. Bitten Sie irgendjemanden, Ihnen zehn mächtige ManagerInnen zu nennen. Die wenigsten können das – das gilt auch für SozialwissenschaftlerInnen. Das ist meines Erachtens ein großes Defizit. Wer an den Schalthebeln der Macht sitzt, formt die Gesellschaft. „Elite“ ist daher für mich trotz vieler Konnotationen, die nicht auf Sympathie stoßen, ein zentraler Gesellschaftsbegriff.

**Was waren die größten Schwierigkeiten bei der Recherche, haben die Wirtschaftseliten das Gespräch zugelassen?**

Ich habe vor allem Aufsichtsratsvorsitzende und Human Resources Directors interviewt. Zu diesem Personenkreis findet man leicht Zugang. Generell schätze ich Eliten als auskunftsfreudig ein, wenn auch ihre Zeit begrenzt ist. Das Problem, das ich sehe, ist eher ihr begrenzter Blick. Manager sind derartig stark mit dem Alltagsgeschäft beschäftigt, dass sie Wirtschaftsentwicklungen abseits ihrer Branche gar nicht bemerken. Das gilt auch für Elitenwandel. Ich verlasse mich daher vor allem, wie viele andere Elitenforscher auch, auf Datenmaterial, das in den diversen Firmendatenbanken zu finden ist.

**Wer ist die Wirtschaftselite Österreichs?**

Der pragmatische Zugang zum Thema „Identifikation von Eliten“ ist: Zur Elite zählen jene, die Macht haben. Wer Macht in einem relevanten Ausmaß hat, der kann gesamtgesellschaftliche Entscheidungen treffen. Damit meine ich etwa die Entscheidung, ob die Krisenbank Hypo Alpe

Adria Staatshilfe erhalten soll oder nicht. Jene, die entsprechende Beschlüsse gefasst haben, sind der Elite zuzurechnen. Prominente üben hingegen keine direkte Macht aus. Wenn sie Einfluss im großen Ausmaß ausüben, man denke an SpitzensportlerInnen, die Bezugsnormen der Fairness popularisieren, dann haben wir es eher mit Vorbildern zu tun. Elite und Macht sind hingegen siamesische Zwillinge. Zur Wirtschaftselite Österreichs zählen für mich die Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden, und darunter vor allem jene mit vielen Aufsichtsräten.

**Zentraler Knotenpunkt der Wirtschaftseliten sind die Aufsichtsräte ...**

Die Institution Aufsichtsrat (AR) ist stark im Umbruch. Die Haftungspflichten nehmen zu und Unternehmen setzen vermehrt auf ein sachkundiges Expertengremium. Es gibt einen Ruf nach Professionalität. In der Vergangenheit stand für den Vorstand eher die Frage im Vordergrund: Welches Netzwerk hat der AR? Man hat sich von Bankern im AR geschäftlich etwas versprochen. Es ging darum, das Lieferanten-, Kunden- oder Finanzierungsnetzwerk zu stabilisieren oder zu erweitern. Dieses Netzwerkpotenzial ist sekundär geworden. Persönliche Bekanntschaften spielen bei der Besetzung dennoch eine Rolle, das haben auch jüngste Erhebungen der WU Wien ergeben. Nicht selten sind Vorstand und Aufsichtsrat per Du.

**Seit 1974 sind auch Betriebsräte im Aufsichtsrat – welche Rolle spielten sie, die Gewerkschaften und Arbeiterkammern bei den Wirtschaftseliten Österreichs?**





„Trotz dieses voranschreitenden ‚Zerbröckelns‘ des Netzwerkes der Österreich AG, das sich auch in anderen Parametern widerspiegelt, zeigen Visualisierungen einen zentralen Kern im Netzwerk, der zwar ein wenig schmilzt, jedoch auch 2008 noch mehr als die Hälfte aller Unternehmen umfasst. Bildlich gesprochen: ‚Es ist so, als wollte man eine verhedderte Kette von Christbaumkerzen entwirren; aus dem Knäuel lassen sich einige Enden herausziehen, aber der Knoten in der Mitte lässt sich nicht entwirren, egal, wie man ihn dreht und wendet‘ (Christakis/Fowler).“

Das Buch gibt auf diese Frage keine empirisch basierte Antwort. Es gibt jedoch gute Gründe, den tatsächlichen Einfluss der Betriebsräte im AR als zumindest abnehmend einzuschätzen. Das hat in erster Linie mit der Privatisierungsgeschichte Österreichs zu tun, die einen Machtverlust der Gewerkschaften auch innerhalb von Großunternehmen bewirkte. Zuletzt kam diese Entwicklung im Falle des insolventen Baukonzerns Alpine zum Ausdruck: Der Zentralbetriebsrat, Hermann Haneder, gab die Auskunft, dass er die Entwicklung kommen sah, aber dagegen nicht ansteuern konnte. Er war also trotz seiner formalen Stellung machtlos.

### ***Sozialpartnerschaft und Eliten?***

Im internationalen Vergleich haben österreichische Spitzenverbände eine ungewöhnlich einflussreiche Rolle. Für die Wirtschaftselite Österreichs, also die Topmanager, ist jedoch der Einflusskanal „Sozialpartnerschaft“ zunehmend irrelevant. Neue Formen der Interessenvertretung und -durchsetzung dominieren das strategische Repertoire. Individualisiertes Lobbying und issue-spezifische Netzwerke sind an die Stelle traditioneller Interessenvermittlungsstrukturen getreten.

### ***Der Proporz ist im Wandel, was hat sich geändert bei den Managerkarrieren?***

Der Proporz ist nicht ausgestorben. Das hat damit zu tun, dass trotz weitgehender Privatisierungen die Republik, ÖIAG oder einzelne Bundesländer an Unternehmen beteiligt sind. Wenn man sich das Big

Business anschaut, so sind das: Telekom Austria, Verbund und die Landesenergiegesellschaften, die ÖBB und ihre Tochtergesellschaften, die ASFINAG, die Post und der Flughafen Wien. Besetzungen erfolgen hier oftmals nach derselben Logik wie in eigentümergeführten Unternehmen der Privatwirtschaft: Führungsaufgaben teilt man Personen zu, denen Vertrauen geschenkt wird. Die politische Farbe kann Vertrauensaufbau fördern. Quantitativ hat der Proporz enorm abgenommen, da darf man sich von der medialen Berichterstattung über den Filz nicht täuschen lassen. Man denke etwa nur an die Voest, das ehemalige Flaggschiff der Verstaatlichten. Unter Heribert Apfalter hat das Parteibuch bei Besetzung eine Rolle gespielt. Wolfgang Eder führt ein privatisiertes Unternehmen an, das in 60 Ländern tätig ist. Wen interessiert da noch Parteipolitik? Und: Welche Parteileute wären überhaupt in der Lage, Spitzenunternehmen zu führen?

Neben der quantitativen gibt es eine qualitative Dimension: Oftmals handelt es sich nicht mehr um die Patron-Klient-Beziehungen, wie wir es aus der Zeit der Verstaatlichten kennen. So kann etwa der ehemalige Generaldirektor Erich Hampel (BA), der derzeit dem Aufsichtsrat der staatlichen Post angehört, nicht mehr treffend als abhängiger Klient bezeichnet werden. Hampel ist zwar wie zahlreiche andere Manager, deren Karriere in die Zeit der Verstaatlichten zurückreicht, weiterhin in Parteiennetze eingebunden. Er könnte jedoch diese aufkündigen, ohne großen Schaden zu nehmen. An die Stelle der ursprünglichen Machtasymmetrie ist ein reziproker Nutzen getreten:

Parteien können erfahrenen Führungskräften in den Kontrollgremien staatlicher Betriebe vertrauen, Manager erhoffen sich von diesen AR-Mandaten Marktvorteile für das Unternehmen oder eine interessante Beschäftigung (am Ende ihrer Karriere). Ein ähnliches Beispiel ist der derzeitige Präsident der ÖNB, Claus J. Raidl, der sich ja selbst als „Produkt des Proporz“ bezeichnet.

### ***Sie schreiben von einer Verschiebung der Machtbalance – Parteien spielen eine geringere Rolle?***

Es liegt auf der Hand, dass die Parteienähe der ManagerInnen zurückgegangen ist, da die Großparteien in der allgemeinen Bevölkerung massiv an Mitgliedern verloren haben. SPÖ und ÖVP sind im engen Sinn keine Massenparteien mehr. Viele Talente zieht es dorthin, „wo die Musik spielt“ – das sind eben nicht mehr Parteien, sondern Unternehmen oder Großkonzerne. Parteien haben daher auch massive Probleme, loyale Führungspersönlichkeiten für die Wirtschaftspolitik zu rekrutieren. Dazu kommt natürlich der Ansehensverlust der politischen Klasse insgesamt.

### ***Wenn man die „neue“ Vernetzung von Wirtschaft und Politik betrachtet – Extrembeispiel Frank Stronach – wie sieht das mit Blick auf die Wirtschaftseliten aus?***

Die Verbalattacken von Stronach gegen „die Funktionäre“ bringen dasselbe zum Ausdruck wie der Ausspruch von Andreas Treichl im Zusammenhang mit

## BUCHTIPP

Korom Philipp

**Die Wirtschaftseliten Österreichs**

Verflechtungen von Großunternehmen, Parteinähe und Adel

UVK Verlagsgesellschaft, 2013, 266 Seiten, € 29,90  
ISBN: 978-3-86764-399-3**Bestellung:**[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

staatlich reglementierten Krediten, Politiker seien „blöd und feig“, nämlich eine Verschiebung der Machtbalance. SpitzenmanagerInnen sind der Willkür von Parteien nicht mehr ausgesetzt, ihr Stellenwert ist aufgewertet – nur aus dieser Position ist eine derartige öffentliche Schelte möglich.

**Wer regiert die Österreich AG?**

Die Eliten sind genauso wie die Österreich AG im steten Wandel. Die letzte Untersuchung habe ich für das Jahr 2008 durchgeführt. Da gab es drei Gruppen: Eine Gruppe politisierter Manager, darunter etwa Ewald Nowotny; eine kleine, aber mächtige Managergruppe rund um Raiffeisen (Christian Konrad, Erwin Hameseder, Ludwig Scharinger) und eine wachsende internationale Fraktion (Karl Weißkopf, Mark Garrett). Kollegen haben mit denselben Untersuchungsmethoden eine viel stärkere Internationalisierung des Schweizer Spitzenmanagements ausmachen können. Auch die Raiffeisenmanager, Führungskräfte mit einer distinkten Milieufärbung, stellen eine Besonderheit dar. Netzwerkanalytisch zeigt sich, dass mit Untergang der Verstaatlichten die Raiffeisenbanken-Gruppe zum am besten vernetzten Akteur aufgestiegen ist. Das trifft wahrscheinlich auch noch nach der Pensionierung bzw. dem Rücktritt von Christian Konrad und Herbert Stepic zu.

**Es war nicht Gegenstand Ihrer Untersuchungen, aber welche Rolle spielen Frauen in diesen Wirtschaftseliten?**

Wenn man sich rein empirisch der Wirtschaftselite nähert, muss man erst daran

erinnert werden, dass Gender ein interessantes Thema wäre. Man stößt einfach auf sehr, sehr wenige an der Spitze. Ulrike Baumgartner-Gabitzer, Elisabeth Bleyleben-Koren oder Regina Prehofer wären da zu nennen. Deren Karrieren unterscheiden sich nicht stark von denen eines Leopold Windtner, Herbert Stepic oder Erich Hampel. Der interessante Befund ist die Abwesenheit von Frauen, die sprichwörtliche gläserne Decke in den Unternehmen. Die existiert ohne Zweifel nach wie vor.

**Der Staat als Unternehmer – nach der Verstaatlichung der Creditanstalt 1929 ein österreichisches Phänomen? Mitte der 1980er-Jahre verfügte Österreich über den größten öffentlichen Wirtschaftssektor Westeuropas ...?**

In gewisser Weise war Österreich eine Ausnahmeerscheinung. Noch Mitte der Achtzigerjahre verfügte Österreich über den proportional größten öffentlichen Wirtschaftssektor Westeuropas. Die Verstaatlichung geht auf eine rechtliche und staatspolitische Zwangslage zurück: Das Potsdamer Abkommen (1945) sah vor, dass deutsches Eigentum als Wiedergutmachung den Alliierten zufallen sollte. In der Verstaatlichung sah man daher die einzige Möglichkeit, wichtige Produktionsstätten in Österreich zu halten. Die Privatisierung in Österreich setzte relativ zeitgleich mit einer allgemein in Europa zu beobachtenden Entstaatlichungspolitik ein.

**Kann man die Krise 1929 und die 2007 vergleichen?**

Krisen zu vergleichen ist immer – auch wenn es Erkenntnisgewinn bringt – ein wenig heikel. Gewisse Ähnlichkeiten wird man ausmachen können: Am Beginn der derzeitigen Krise standen die Banken, die durch verbrieftes Hypothekenanleihen in Schieflage geraten sind. Sieht man von Lehman Brothers ab, so wurden die Verluste vergemeinschaftet. Das ist eine Parallele zur Finanzkrise der Creditanstalt 1929, die ja auch gerettet wurde.

**Welche Eliten kamen dadurch an die Macht? Andere als in anderen Staaten?**

Parteizugehörigkeit war und ist zumindest teilweise noch ein herausragendes Merkmal der österreichischen Wirtschaftselite. Zu Zeiten des Austrokeynesianismus fanden sich zahlreiche parteiloyale „statesmen of industry“ in der Wirtschaftselite, deren Wirken nicht ausschließlich am Profit, sondern auch am sozialen Ausgleich orientiert und durch Kompromissfähigkeit gekennzeichnet war. Diesen Typ von Spitzenmanager gibt es nicht mehr. In vielen Fällen weist das Führungspersonal auch kein nationales Profil mehr auf.

**Trifft den Austrokeynesianismus dann auch Mitschuld am Niedergang?**

Ohne mit moralischen Kategorien argumentieren zu wollen: 1985 hat das Führungspersonal ein ökonomisches Erdbeben ausgelöst. Intertrading – ein weiteres Tochterunternehmen des Voestalpine-Konzerns – hat bei Baisse-Spekulationen am Ölmarkt Verluste in Höhe von sechs Mrd. Schilling, also rund 414 Mio. Euro erlitten hatte. Da gab es ein eindeutiges Fehlverhalten des Spitzenmanagements.

**Sie sind jetzt am Max-Planck-Institut in Köln – was sind ihre nächsten Forschungsziele?**

Ich habe begonnen, mich mit Vermögensfragen zu beschäftigen. Die Vermögensungleichheit hat in vielen OECD-Ländern in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen. Ich versuche, ein umfassendes Erklärungsmodell zu entwickeln, indem ich die relative Bedeutung solcher unterschiedlicher Ursachen wie einer veränderten Steuer- und Sozialpolitik, des Aufstiegs der Finanzmärkte, des demografischen Wandels und der Erbschaften untersuche.

*Wir danken für das Gespräch.*

*Das Interview führte Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft.*

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Die Kräfte konzentrieren

*Weihnachten 1893 gab der erste Gewerkschaftskongress Österreichs den entscheidenden Impuls für den Aufbau einer gemeinsamen Organisation.*

Zu Weihnachten vor 120 Jahren fand zum ersten Mal in Österreich ein überregionaler Gewerkschaftskongress statt. Es war gleichzeitig auch der erste Gewerkschaftskongress Tschechiens, denn die tschechischen und die deutschsprachigen ArbeiterInnen und Angestellten aus dem Gebiet der Monarchie waren damals meistens noch gemeinsam organisiert.

Die Delegierten konnten sich kein Hotel leisten. Sie wohnten bei Wiener Arbeiterfamilien, die zu Weihnachten das Wenige teilten, das sie selbst besaßen. Aber sie waren sich bewusst, an einem wichtigen Ereignis teilzunehmen. Es herrschte Aufbruchstimmung, wie sich Anton Hueber, damals einer der Schriftführer, später Generalsekretär der zentralen Gewerkschaftskommission, nach einem Jahrzehnt erinnerte:

*Da ist gestritten worden, wer mehr Recht hat mit seiner Anschauung, ein Durcheinander sondergleichen, aber es war ein begeisterndes Arbeiten trotz alledem, es war eine fieberhafte Betätigung und es war die Suche nach einem Ziel.*

Das gemeinsame Ziel, auf das sich die Delegierten schließlich einigten, war *der Grundsatz ... , die Kräfte zu konzentrieren, die einzelnen losen Gruppen zusammenzufassen, zu einer geschlossenen Phalanx zu vereinigen, um so dem Riesen „Kapital“ einen festen Damm entgegenzusetzen, demselben Vorteile abringen zu können.* Dazu sollte mit dem Aufbau einer Industriegruppenorganisation begonnen werden, verbunden mit der Errichtung einer gesamtstaatlichen Zentrale. Bis das Fernziel, der Zusammenschluss in wenigen großen, auf allen



Die 1895 bestellte Gewerkschaftskommission, in der Mitte die „Hilfsbeamtin“ Anna Boschek zwischen dem Vorsitzenden Johann Smitka (links) und Kommissionssekretär Anton Hueber (rechts), dahinter stehend (Zweiter von rechts) Karel Kořinek, der tschechische Sekretariats-Mitarbeiter.

Ebenen eng miteinander verbundenen Gewerkschaften, erreicht wurde, mussten allerdings noch über 50 Jahre, zwei Weltkriege, die Vernichtung einer Demokratie, Diktatur und Faschismus durchgestanden werden. Er kam 1945 mit der Gründung des ÖGB und seiner (damals) 16 Gewerkschaften.

Auch das andere Fernziel, der Anschluss aller Organisationen an eine gemeinsame Zentrale, wurde erst durch den ÖGB verwirklicht. Trotzdem: Ohne die Tätigkeit der zentralen Gewerkschaftskommission, die 1894 ihre Arbeit aufnahm, hätte sich die Gewerkschaftsbewegung nie innerhalb eines Jahrzehnts zu einem politischen Faktor entwickeln können. Schon die Delegierten von 1893 hielten es ja für notwendig, dass sich die Gewerkschaft im Interesse der ArbeitnehmerInnen in die Politik einmischte, denn:

*Der Zweck der gewerkschaftlichen Organisation ist, eine Kampfes- und Widerstandsorganisation zu sein, deren vornehmste Pflicht darin besteht, die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise zu mildern und zu beseitigen, sie hat den Zweck, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft zu wahren; ferner hat sie die Aufgabe, dahin zu wirken, dass die Arbeiterschaft von gänzlicher physischer wie geistiger Degeneration bewahrt wird. Sie hat deshalb, um den Kampf nach allen Seiten hin erfolgreich durchführen zu können, auch der politischen Mittel zum Zweck nicht zu vergessen ...*

Zusammengestellt und kommentiert von  
 Brigitte Pellar  
 brigitte.pellar@aon.at



# Mit Keynes aus der Krise

*Keynes zog die richtigen Lehren aus der Krise der 1930er-Jahre, auf seine Ideen können wir auch heute aufbauen.*

Markus Marterbauer

Abteilung Wirtschaftswissenschaft und  
Statistik der AK Wien

**D**er Aufstieg der ökonomischen Lehre von John Maynard Keynes war eng mit der Massenarbeitslosigkeit der 1930er-Jahre verknüpft. Diese war die Folge des Platzens der Spekulationsblase im Banken- und Finanzsystem und einer Wirtschaftspolitik, die auf die Senkung von Löhnen und Staatsausgaben setzte und so die wirtschaftliche Abwärts Spirale dramatisch beschleunigte.

## In Cambridge geboren

Keynes wurde 1883 in bürgerlichen Verhältnissen in Cambridge, England, geboren und studierte in seiner Heimatstadt zunächst Mathematik und Philosophie, später auch Ökonomie. Die wirtschaftliche Lehre, die die Universitäten und die Wirtschaftspolitik dominierte, war damals (wie heute) die neoklassische Theorie. Diese Lehre sieht die Höhe der Produktion von Gütern und Dienstleistungen als abhängig von der Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit (**Saysches Gesetz**), die Inflation wird von der Höhe der Geldmenge bestimmt (Quantitätstheorie) und Arbeitslosigkeit ist eine Folge zu hoher Reallöhne. Keynes erkannte angesichts der Beobachtung der wirtschaftlichen Realität, dass diese Theorie zwar vielleicht als relevant für den Spezialfall einer Vollbeschäftigungswirtschaft gelten kann, aber für die Lösung der drängenden Probleme einer stark unterausgelasteten Wirtschaft nicht brauchbar war.

In seinem 1936 erschienenen Hauptwerk „The General Theory of Employment, Interest and Money“ betonte Keynes die Bedeutung der effektiven Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen für die Höhe von Produktion und Beschäftigung. Für die Gesamtnachfrage spielen die Konsumnachfrage, die durch das verfügbare Einkommen der Haushalte und deren Konsumneigung bestimmt ist, und die Investitionsnachfrage, die von den Absatzerwartungen der Unternehmen und dem Kreditzinsatz abhängt, eine wichtige Rolle. Entscheidend für die Konjunktur sind in einer Welt der Unsicherheit die Erwartungen, und zwar nicht nur jene der Unternehmen sowie der Konsumentinnen und Konsumenten, sondern besonders jene der AnlegerInnen auf den Finanzmärkten. Sie bilden Erwartungen über die Erwartungen anderer Spekulantinnen und Spekulanten und dies führt zu dem für Finanzmärkte charakteristischen Herdentrieb. Keynes warnte schon in den 1930er-Jahren eindringlich vor einem zu großen Finanzsystem, das die Realwirtschaft zu einem Spielball der Spekulation verkümmern lässt. Er legte dar, wie leicht eine Marktwirtschaft in eine Unterbeschäftigungssituation gerät, aus der die Marktkräfte nicht von selbst wieder herausfinden. Hier hilft nur ein entschiedener Impuls der Budget- und Geldpolitik.

John Maynard Keynes war aber nicht nur Theoretiker, sondern trat auch beherzt für seine wirtschaftspolitischen Überzeugungen ein. Als Anhänger der Liberalen Partei hielt er Staatseingriffe zur Sicherung der Stabilität der Markt-

**BUCHTIPP**

Jürgen Kromphardt:  
**Die größten Ökonomen  
John M. Keynes**  
UVK Verlagsgesellschaft,  
2013, 197 Seiten, € 13,40  
ISBN: 978-3-8252-3794-3



**Bestellung:**  
[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

wirtschaft für notwendig. Er trat deshalb in zahllosen Zeitungsartikeln, Radioansprachen und Briefen an wirtschaftspolitische Entscheidungsträger, wie den Präsidenten der USA **Franklin D. Roosevelt**, vehement für einen Kurswechsel zugunsten einer aktiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein. Seine immer problemorientierten Vorschläge umfassten eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen, öffentliche Beschäftigungsprogramme, die Stimulierung der Konsumnachfrage und eine Koordination der internationalen Währungs- und Wirtschaftspolitik.

## Überlegungen zur langen Frist

Seine Herzkrankheit hinderte Keynes nicht daran, sich mit den mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges entstehenden, völlig neuen ökonomischen Problemen auseinanderzusetzen. So entwarf er die wissenschaftlichen Grundlagen der britischen Position für die Nachkriegsordnung und war führend an den Verhandlungen von **Bretton Woods** für eine Weltwährungsordnung beteiligt. Keynes wird oft als Theoretiker der kurzen Frist verkannt. Er ver-



**Für die Gesamtnachfrage spielen die Konsumnachfrage, die durch das verfügbare Einkommen der Haushalte und deren Konsumneigung bestimmt ist, und die Investitionsnachfrage, die von den Absatzerwartungen der Unternehmen und dem Kreditzinssatz abhängt, eine wichtige Rolle.**

fasste jedoch nicht nur Überlegungen zur Stimulierung der Konjunktur in der Rezession, sondern auch bedeutende Analysen über die langfristige wirtschaftliche Entwicklung. So sah er nach einer Periode der raschen Expansion der europäischen Wirtschaft in den Nachkriegsjahrzehnten das langfristige wirtschaftliche Problem in Stagnation und Arbeitslosigkeit, weil die Ersparnisse der privaten Haushalte in Relation zu den Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen zu hoch sein würden. Der Wirtschaftspolitik empfahl er, dieser Herausforderung unter anderem mit Umverteilung zugunsten der unteren, konsumfreudigen Einkommensgruppen zu begegnen. In einem wegweisenden, Anfang der 1930er-Jahre verfassten Artikel „The Economic Possibilities for our Grandchildren“ legte Keynes dar, wie der technische Fortschritt in den nächsten 100 Jahren zu einer enormen Zunahme des Wohlstandes führen würde. Er sah dann die wirtschaftlichen Probleme der Menschheit gelöst, im Wege einer radikalen Verkürzung der Arbeitszeit sollte allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht werden.

Seine vielfältigen Interessen machten Keynes nicht nur zum einflussreichsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts, sondern auch zum erfolgreichen Investor, zum Berater der Liberalen Partei und zum Förderer der Künste. So gründete er ein eigenes Theater, war Kurator der National Gallery und Vorsitzender des britischen Arts Council.

Die Keynes'sche Theorie prägte die Wirtschaftspolitik in der langen Phase der Stabilität und des steigenden Wohlstandes in den Nachkriegsjahrzehnten. In den 1970er-Jahren gelang es der Wirt-

schaftspolitik in vielen Ländern jedoch nicht mehr, das Doppelproblem steigender Arbeitslosigkeit und steigender Inflation zu bewältigen. Vor allem aber aufgrund einer Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der KapitaleignerInnen setzte sich die neoliberale Gegenrevolution durch, die die Bekämpfung der Inflation zulasten von Vollbeschäftigung und sozialer Absicherung betrieb. Hingegen konnten in Österreich wichtige Elemente der Überlegungen Keynes' im Rahmen des Austrokeynesianismus sogar bis Mitte der 1990er-Jahre bewahrt werden, was nicht zuletzt in relativ niedrigen Raten der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kam.

### Keynesianerin: Joan Robinson

Zeitgleich mit Keynes arbeiteten zahlreiche Ökonomen und Ökonomen an einer Überwindung der veralteten neoklassischen Theorie. In Polen war das **Michal Kalecki**, in Schweden **Gunnar Myrdal**. Gemeinsam mit Keynes waren in Cambridge **Richard Kahn**, **Pierro Sraffa** und **Joan Robinson** tätig. Besonders Joan Robinson, wie Keynes aus der Upperclass stammend, war eine herausragende Ökonomin und beeindruckende Persönlichkeit. Schon in den 1920er-Jahren begann sie, sich mit den wirtschaftlichen Problemen der Länder mit Entwicklungsrückstand und der Theorie des internationalen Handels auseinanderzusetzen. In den 1930er-Jahren beschäftigte sie sich mit den Problemen einer **Oligopolwirtschaft** und leistete wesentliche Beiträge zur Entstehung und Erweiterung von Keynes „General Theory“. Sie baute in ihrem 1956 erschie-

nenen Buch „The Accumulation of Capital“ eine Brücke zwischen Keynes und Marx und ging der Frage nach, welche Bedingungen vor allem in der Verteilung der Einkommen für langfristiges wirtschaftliches Wachstum notwendig sind.

### Keynesianische Wege aus der Krise

Die vielfältigen keynesianischen Strömungen haben in den letzten Jahrzehnten am ehesten in den USA überlebt. In Europa und vor allem in Deutschland dominierte wieder die alte neoklassische Theorie. Auch deshalb erweist sich die Wirtschaftspolitik in der gegenwärtigen Finanzkrise als so hilflos. Zwischen der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre und der aktuellen Krise seit 2007 gibt es zahllose Parallelen. John Maynard Keynes und Joan Robinson würden wohl die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit als wichtigste Aufgabe für die Wirtschaftspolitik erkennen. Eine strenge Regulierung der Finanzmärkte und die Stärkung der Konsum- und Investitionsnachfrage etwa durch Umverteilung zugunsten der unteren Einkommensgruppen und der Realwirtschaft wären ihre wesentlichen Elemente.

---

Internet:

Aus dem A&W-Blog:  
[tinyurl.com/para7lx](http://tinyurl.com/para7lx)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an den Autor  
[markus.marterbauer@akwien.at](mailto:markus.marterbauer@akwien.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Hayek – der wirkungsmächtige Neoliberale

*Der Österreicher erhielt 1974 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.*

Stephan Schulmeister  
Wirtschaftsforscher

**F**riedrich August von Hayek wird 1899 in Wien geboren. Seine wissenschaftlichen und politischen Aktivitäten entfalten sich in Wechselwirkung zur gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert. So wird sein lebenslanges Interesse an der Rolle des Geldes durch die **Hyperinflation** mitgeprägt: Nach Kriegsdienst und Jus-Studium steigt Hayeks erstes Gehalt in wenigen Monaten von 5.000 auf 1.000.000 Kronen.

## Steuerbare Ökonomie

Die Verstaatlichungen in der jungen Sowjetunion lenken Hayeks Interesse auf sein zweites „Lebensthema“: die Steuerbarkeit eines ökonomischen Systems. Sein wichtigster Förderer **Ludwig von Mises** argumentiert, dass eine zentrale Planbehörde das Problem, was wie für wen produziert werden soll, nicht einmal näherungsweise lösen könne. Eine Marktwirtschaft bringe hingegen durch die Bildung von Preisen laufend neue Signale über Angebot und Nachfrage in Umlauf.

Mises gründet 1927 das Österreichische Institut für Konjunkturforschung (heute WIFO), Hayek wird sein erster Direktor. Monatlich berichtet er über die Wirtschaftsentwicklung, daneben arbeitet er an seiner Konjunkturtheorie: Übersteigerte Geldschöpfung der Notenbanken und ein (daher) zu niedriges Zinsniveau entfachen einen Investitionsboom und damit einen Konjunkturaufschwung. Ein Wirtschaftseinbruch

ist unvermeidliche Folge der Überinvestition. Er darf daher nicht bekämpft werden.

Mit dieser Theorie erregt Hayek 1931 bei einem Gastvortrag an der London School of Economics (LSE) großes Aufsehen. Dort entsteht ein „Gegenpol“ zum Kreis um Keynes an der Cambridge University. Wir sind mitten in der Weltwirtschaftskrise und Keynes befürwortet massive Interventionen des Staates. Mit seiner Gegentheorie wird Hayek zum Shootingstar der LSE, er erhält sogleich einen Lehrstuhl und kämpft im Ökonomen-Krieg gegen eine Politik der Krisenbekämpfung.

Aus dieser Auseinandersetzung geht Keynes nach Publikation seiner „General Theory“ (1936) als überragender Sieger hervor – um Hayek wird es still. Der Krieg isoliert ihn zusätzlich in London. In dieser Zeit schreibt er sein wirkungsvollstes Buch, „Der Weg zur Knechtschaft“ (1944), eine Abrechnung mit jenen (gut meinenden) Ökonomen und Intellektuellen, welche die Grundübel in Wirtschaft und Gesellschaft auf „konstruktivistische“ Weise zu überwinden trachten, die also das Design einer Gesellschaft entwickeln und umsetzen wollen.

Vordergründig geht es Hayek um einen Fundamentalangriff gegen alle Formen totalitärer Herrschaft. Dadurch kann er sowohl die GegnerInnen der faschistischen Diktaturen ansprechen als auch die – besonderes in den USA – wachsende Zahl der Antikommunisten. Hintergründig greift Hayek auch die Pläne des Wohlfahrtsstaats an, gewissermaßen die sanfte Form von Knechtschaft.

Gleichzeitig distanziert sich Hayek – vom alten „Laissez-faire-Denken“, die Märkte sich selbst zu überlassen: „Es gibt schließlich das äußerst wichtige Problem der Bekämpfung der Konjunkturschwankungen und der periodischen Massenarbeitslosigkeit ...“ Auf diese Weise lässt Hayek verschiedene Lesarten offen: Für Konservative wird „Der Weg zur Knechtschaft“ zum wichtigsten Pamphlet gegen den Wohlfahrtsstaat, BefürworterInnen des Letzteren sehen im Buch in erster Linie eine Streitschrift gegen jeglichen Totalitarismus.

## Neoliberale Langfriststrategie

Einen wirtschaftspolitisch aktiven Staat lehnt Hayek deshalb nicht gänzlich ab, weil er sich sonst zu sehr im „rechten Eck“ positionieren würde. Er will ja mit seinem Buch möglichst viele Menschen erreichen und dies zum Ausgangspunkt für eine langfristige Offensive gegen Sozialismus, Gewerkschaften, Sozialstaat und den Keynesianismus machen.

Diese Offensive plant Hayek – ganz im Gegensatz zu seiner eigenen Theorie – mit größter Gründlichkeit. Es ist ihm klar, dass die Hochblüte von Keynesianismus und Sozialstaatlichkeit noch bevorsteht. Vorbild für die Planung der Gegenoffensive ist ihm der Erfolg der sozialistischen Ideen seit dem 19. Jahrhundert. Eine neoliberale Langfriststrategie braucht daher mehrere Komponenten:

» Ideale, welche auch die Gefühle der Menschen mobilisieren (im Gegensatz zu Forderungen nach freiem Kapitalverkehr etc.);



**Das sozialphilosophische Fundament des Neoliberalismus besteht in einem radikalen Individualismus, den Menschen als soziales Wesen gibt es nicht. Margaret Thatcher bringt es auf den Punkt: „There is no such thing as society.“**



- » einen theoretischen Rahmen für das Programm;
- » ein internationales Netzwerk, gewissermaßen eine „Neoliberale Internationale“;
- » „Stützpunkte“ an den wichtigsten Universitäten sowie Thinktanks, welche Intellektuelle aller Schattierungen (Journalistinnen und Journalisten, LehrerInnen etc.) mit Argumentationsmaterial versorgen;
- » konkrete Konzepte für die Wirtschaftspolitik als Alternativen zu den keynesianischen Lösungen.

### **Ideal: „Die Freiheit von ...“**

Das wichtigste Ideal wird „die Freiheit“, wobei dieser Begriff immer negativ verstanden wird als Freiheit von Zwang aller Art – im Kalten Krieg besonders attraktiv. (Freiheit kann aber erst dann gelebt werden, wenn ein Mindestlebensstandard gesichert ist, und dazu braucht es den Sozialstaat.)

Das sozialphilosophische Fundament des Neoliberalismus besteht in einem radikalen Individualismus, den Menschen als soziales Wesen gibt es nicht. Margaret Thatcher bringt es auf den Punkt: „There is no such thing as society.“

Das ökonomisch-theoretische Fundament von Hayeks Programm besteht in der These, dass Marktprozesse als „Entdeckungsverfahren“ die bestmögliche Lösung der wirtschaftlichen Grundprobleme ermöglichen. Hayeks Trick: Er geht von einer richtigen Beobachtung aus (Effizienz dezentraler Informations- und Entscheidungsprozesse bei Erstellung privater Güter), stilisiert sie zu einer allgemeinen Wahrheit hoch

(tatsächlich ist etwa ein sozialstaatliches Gesundheitswesen effizienter als ein privates) und rechnet dies den Marktprozessen zu (tatsächlich betreffen die Prozesse der Entwicklung, Produktion und Vermarktung von Gütern nicht primär die Preise).

Als transatlantisches Netzwerk gründet Hayek 1947 die „Mont Pelerin Society“ mit dem Ziel, die absehbare Ausweitung des Sozialstaats, der Sozialpartnerschaft und des Staatseinflusses wieder rückgängig zu machen und den Keynesianismus von den Universitäten zu vertreiben. Alle bedeutenden neoliberalen Ökonomen der vergangenen 50 Jahre waren (und sind) Mitglied dieser Gesellschaft.

Mithilfe der (Super-)Reichen werden in den 1950er- und 1960er-Jahren viele Thinktanks gegründet und ausgebaut (insbesondere in England und den USA), Hunderte Ökonomen arbeiten dort an neoliberalen Argumentationsmaterial und leiten dieses an Intellektuelle in den Medien, in den Schulen etc. weiter (Hayeks „second-hand dealers“).

„Kommandozentrale“ für den Kampf gegen den Keynesianismus wird die Universität Chicago. Dort werden die wichtigsten Modelle entwickelt gegen die Regulierung der Finanzmärkte, gegen Vollbeschäftigungspolitik, gegen den Sozialstaat, gegen die Gewerkschaften.

Diese Konzepte ziehen die neoliberalen „master minds“ aus dem Talon, als Ende der 1960er-Jahre ihre Zeit gekommen ist: Offensive Gewerkschaften, der Aufstieg der Sozialdemokratie und die Linkswende der Intellektuellen hatten die Vermögenden provo-

ziert, gleichzeitig wurden Schwächen der (pseudo)keynesianischen Wirtschaftsordnung offenkundig.

Wie bewundernswert die Leistung von Hayek und Co. war, kann man am Versagen der linken Ökonomen in den nachfolgenden Jahrzehnten ermesen. Sie haben im Abseits keine über Keynes hinausgehenden Alternativen zur neoliberal-finanzkapitalistischen Ordnung entwickelt. Als diese dann in eine schwere Krise führte, konnten die vielen „aufgelegten Elfmeter“ nicht eingeschossen werden. Im Gegenteil: Die vom Neoliberalismus verursachte Krise wird so zum Turbo für die finale Durchsetzung seiner Forderungen.

### **Gegenoffensive mit Chancen**

Hayek hat viel gelernt von der Ausbreitung des Sozialismus in den Köpfen (und Herzen) der Intellektuellen und der (sonstigen) BürgerInnen, soziale Ökonominen und Ökonomen könnten viel von Hayeks Strategien lernen. Inhaltlich hat eine Gegenoffensive gute Chancen: Die neoliberale Theorie ist „im Ganzen“ falsch und wird die Krise immer mehr vertiefen.

Internet:

Wikipedia über Hayek  
[tinyurl.com/3bbysw](https://tinyurl.com/3bbysw)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an den Autor  
[stephan.schulmeister@wifo.ac.at](mailto:stephan.schulmeister@wifo.ac.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Karl Marx und die kritische politische Ökonomie

*Von Kapitalismus und Krisen.*

Johannes Jäger

*Fachhochschule des bfi Wien*

**B**ereits vor rund 150 Jahren hat Karl Marx die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus analysiert. Auch heute noch verhelfen auf ihn zurückgehende Erklärungen im Rahmen der kritischen politischen Ökonomie zu hilfreichen Einsichten<sup>1</sup>. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts lieferte er mit seiner auf **Adam Smith** und **David Ricardo** aufbauenden Analyse im politischen Diskurs wichtige Argumente für die aufstrebende ArbeiterInnenklasse und deren Forderungen. Dies galt sowohl für diejenigen ArbeiterInnen, die an die Reformierbarkeit des Kapitalismus glaubten, als auch für andere, die einen radikalen Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem für nötig hielten.

## Krisen sind Teil des Kapitalismus

Marx erklärt die Existenz von Krisen mit dem Vorhandensein innerer Widersprüche im Kapitalismus. Dabei werden sowohl „kleine“ Krisen, wie etwa konjunkturelle Auf- und Abschwünge, als auch „große“ bzw. strukturelle Krisen analysiert. Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit wird als zentraler Widerspruch im Kapitalismus erachtet. Es gibt verschiedene Krisenursachen, z. B. versuchen UnternehmerInnen in ihrem Profitstreben Löhne gering zu halten. Dies kann zu Realisierungskrisen führen. Das bedeutet,

das Kapital kann nicht mehr alle Waren verkaufen, da ArbeitnehmerInnen eine zu geringe Kaufkraft haben. Diese Argumentation ähnelt derjenigen keynesianisch orientierter Ökonominen und Ökonomen. Darüber hinaus hat Marx noch eine Reihe von weiteren Ursachen für Krisen im Produktionsprozess selbst ausgemacht. Dazu zählen fallende Profitraten aufgrund höherer Kapitalintensität oder der Verknappung natürlicher Ressourcen. Aber auch Krisen im Geld- und Finanzsektor selbst können zu wirtschaftlichen Krisen führen. Nichtsdestotrotz gilt die Herausbildung eines modernen Finanz- und Bankensektors und damit einer modernen Geldwirtschaft als zentraler Bestandteil kapitalistischer Entwicklung. Kapitalismus entwickelt sich in Schüben und über Krisen weiter. Eines Tages wird jedoch auch dieses System von einem anderen abgelöst werden.

Was die Beherrschbarkeit des Kapitalismus im Sinne einer Vermeidung von Krisen angeht, war Marx daher skeptisch. Er betrachtet die kapitalistische Wirtschaftsweise in ihrer Komplexität als ein sich „hinter dem Rücken der Akteure“ ständig veränderndes und nicht gänzlich beherrschbares System. Wirtschaft wird als Teil der Gesellschaft gesehen. Unterschiedliche ökonomische Interessen bedingen unterschiedliche politische Interessen. So stehen sich einander entgegenwirkende Klassen gegenüber. Dies ist sowohl in einer Sklavenökonomie, in der **Feudalwirtschaft**, aber auch im kapitalistischen Wirtschaftssystem der Fall. Dominante Klassen sind nicht nur ökonomisch privilegiert, sie haben dank ihrer Verfügungsgewalt über wirt-

schaftliche Prozesse auch große politische Macht. Moderne politökonomische Zugänge zeigen auf, wie es den Kapitalistinnen und Kapitalisten auch im Rahmen liberaler demokratischer Systeme gelingt, ihre Interessen überproportional durchzusetzen – auch wenn es sich bei ihnen um weniger als ein Prozent der Bevölkerung handelt. Auch im Kapitalismus überwiegt das Interesse an der Aufrechterhaltung eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und damit der Klassenherrschaft in der Regel das Interesse an der Steigerung des Gewinns. Damit lässt sich erklären, warum vonseiten des Kapitals oft Widerstand gegen keynesianische Vollbeschäftigungspolitik und gegen effektive Krisenvermeidungs- und Krisenlösungsstrategien geleistet wird. Diese würden die gesellschaftliche Position der ArbeitnehmerInnen stärken und dadurch Kapitalinteressen schwächen.

## Europa und die Krise

In jüngerer politökonomischer Tradition hat vor allem die Regulationstheorie wichtige Beiträge zu Fragen von Wachstum und Krise geleistet. Im Kern steht dabei die Frage, wie es im Kapitalismus trotz der inneren Widersprüche und Krisentendenzen zu längerfristig stabilem Wirtschaftswachstum kommen kann. Dabei stellte sich heraus, dass eine lange stabile Wachstumsphase – wie zwischen dem Ersten Weltkrieg und den 1970er-Jahren in Europa – auf einem für die ArbeitnehmerInnen vorteilhaften Klassenkompromiss beruhte. Entsprechend konnten sie ein effektives System der KV-

<sup>1</sup> Für einen Überblick zu aktuellen politökonomischen Perspektiven auf wirtschaftspolitische Fragen siehe: Jäger/Springler (2012): Ökonomie der internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Wien: Mandelbaum.

**Beispielsweise versuchen UnternehmerInnen in ihrem Profitstreben Löhne gering zu halten. Dies kann zu Realisierungskrisen führen. Das bedeutet, das Kapital kann nicht mehr alle Waren verkaufen, da ArbeitnehmerInnen eine zu geringe Kaufkraft haben, um die Waren zu kaufen.**



Löhne, einen Ausbau des Sozialstaates, Arbeitszeitverkürzung etc. durchsetzen. Damit gelang es, das Realisierungsproblem im Kapitalismus zumindest temporär aufzuheben. Dieser Klassenkompromiss wurde seit den 1980er-Jahren jedoch zunehmend vonseiten des Kapitals infrage gestellt und teilweise aufgekündigt. Entsprechend zeigt sich seither instabile und niedrigeres Wachstum.

Teilweise konnten über Exportüberschüsse einerseits (Deutschland, Österreich) und Verschuldungsprozesse andererseits (Griechenland, Spanien etc.) in der Zeit vor der großen Krise 2008 Realisierungsprobleme noch hinausgeschoben werden. Aber auf rasant steigender (Privat-)Verschuldung basierendes Wachstum konnte nicht dauerhaft anhalten. Die Krise musste deshalb zwangsläufig offen ausbrechen.

### Umverteilung nach oben

Bereits vorher war das Wachstum in Europa also relativ gering. Die Unternehmen sahen darin aber weniger ein Problem, da die Gewinne einfach deshalb wuchsen, weil die Reallöhne kaum stiegen und somit Umverteilung nach „oben“ erfolgte. Aktuell steht in Europa anti-keynesianische Sparpolitik im Vordergrund und sie wird auch auf europäischer Ebene institutionalisiert. Aus der Sicht Marx' und der kritischen politischen Ökonomie kann dies damit erklärt werden, dass dominante Kapitalinteressen darauf hinwirken, die Krise „künstlich“ zu verlängern und zu vertiefen. So gelingt es, ArbeitnehmerInnen und ihre Vertretungsorganisationen durch Arbeitslosigkeit, Druck auf

Löhne und Abbau des Wohlfahrtsstaates zu schwächen. Außerdem können große Unternehmen in Krisenzeiten kleinere und weniger profitable Unternehmen leichter „schlucken“. Damit wird ein Prozess der Konzentration des Kapitals vorangetrieben und der Monopolisierungsgrad erhöht. Mittelfristig scheint diese Strategie die Macht der ArbeitnehmerInnen zurückzudrängen und höhere Gewinne zu versprechen. Der Druck auf direkte Arbeitseinkommen und indirekte über den Sozialstaat vermittelte Einkommen (wie etwa Pensionen) führt jedoch in der Folge zu einer Verschärfung des Realisierungsproblems.

### Machtfrage Wirtschaftspolitik

Aus der Perspektive Marx' und der politischen Ökonomie ist daher weniger eine „neoliberale Verblendung“ oder das Fehlen der richtigen (z. B. keynesianischen) Theorie bei den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern das Problem. Aus ArbeitnehmerInnensicht wird die „falsche“ Politik umgesetzt, weil sich derzeit dominante Kapitalgruppen in der Auseinandersetzung um Wirtschaftspolitik gegenüber ArbeitnehmerInneninteressen häufig besser durchsetzen. Grund dafür könnte ein zum Teil fehlendes oder zu schwach ausgeprägtes Klassenbewusstsein aufseiten der Beschäftigten sein. Das schwächt traditionelle Vertretungen und macht die Durchsetzungsfähigkeit von ArbeitnehmerInneninteressen im Betrieb schwieriger. Es gilt daher, Klasseninteressen wieder stärker im Bewusstsein der Beschäftigten zu verankern.

Karl Marx und die moderne kritische politische Ökonomie bieten einen Ansatzpunkt zum Verständnis der Krise, der über herkömmliche Herangehensweisen hinausgeht. Die Betrachtung unterschiedlicher Interessen und die gemeinsame Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft erlauben einen erweiterten Blick auf Wirtschaftspolitik und Krisenbekämpfung. So reicht es nicht, die „richtigen“ wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu kennen. Vielmehr ist es notwendig, die gesellschaftspolitischen Machtverhältnisse so zu verändern, dass diese durchgesetzt werden können. In den eng vernetzten europäischen Ökonomien wären die stärkere Durchsetzung von ArbeitnehmerInneninteressen und eine entsprechende progressive Lösung der Krise auf EU-Ebene wünschenswert. In der modernen politischen Ökonomie ist man sich jedoch weitgehend einig, dass in der EU die Krise anstatt zu einer Stärkung bislang eher zu einer systematischen Zurückdrängung der ArbeitnehmerInneninteressen geführt hat. Diese Entwicklungen sind jedoch umkehrbar – wenn ArbeitnehmerInnen gemeinsam für ihre Interessen eintreten.

Internet:

Biografie von Karl Marx:  
[tinyurl.com/ovhywqh](http://tinyurl.com/ovhywqh)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[johannes.jaeger@fh-vie.ac.at](mailto:johannes.jaeger@fh-vie.ac.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Käthe Leichter

*Die Gründerin des Frauenreferats der AK Wien war Österreichs erste feministische Ökonomin. Sie war regelmäßige Autorin der „Arbeit&Wirtschaft“.*

**Käthe Knittler**

*Feministische Ökonomin, Statistik Austria*

**K**äthe Leichter, Sozialistin, Austromarxistin und Ökonomin, zählt zu den bekanntesten österreichischen Widerstandskämpferinnen. Im Gegensatz zu vielen anderen gerieten sie und ihr politisches und theoretisches Schaffen nicht (vollständig) in Vergessenheit. Bis zum Verbot und zur Auflösung und Verfolgung durch den Austrofaschismus im Jahr 1934 ist sie in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei aktiv und anschließend im Rahmen der von ihr mitbegründeten revolutionären Sozialisten im Untergrund tätig. 1940 wird sie verraten, in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück deportiert und 1940 im Zuge eines Euthanasieprogrammes in der Anstalt Bernburg/Saale ermordet.

## Studierte Volkswirtschaft

Käthe Leichter zählt zu den allerersten Frauen in Österreich, die – wengleich über eine Ausnahmeregelung, denn das reguläre Studium war Frauen an der juristischen Fakultät in Wien bis 1919 noch untersagt – Volkswirtschaft studiert haben. Ihre Promotion muss sie aus diesem Grund noch in Deutschland ablegen, in Heidelberg bei Max Weber, mit ausgezeichnetem Erfolg. Nach ihrem Studium ist sie u. a. bei Otto Bauer in der Staatskommission für Sozialisierung tätig und Fragen nach wirtschaftlichen Alternativen zum Kapitalismus werden sie bis in die 1930er-Jahre begleiten. Entsprechend ihrer Funktion als Leiterin des Frauen-

referats der Arbeiterkammer Wien, welches sie 1925 gegründet hatte, liegt einer ihrer Themenschwerpunkte beim Arbeitsleben der Frau und ihre wirtschaftlichen Analysen konzentrieren sich auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Aus einer feministisch-ökonomischen Perspektive sind aus ihrer dortigen Tätigkeit zumindest vier Punkte von besonderem Interesse: die Gründung der Frauenbeilage der Zeitschrift Arbeit und Wirtschaft, die Herausgabe des „Handbuchs der Frauenarbeit in Österreich“, welches lange Zeit als Standardwerk galt, sowie die von ihr 1930 durchgeführte Studie „So leben wir ... 1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben“. Diese Studie ist vor allem aufgrund der engen thematischen Verknüpfung der Lebensbereiche Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Freizeit besonders beachtenswert. Viertens befassen sich zwei ihrer in der Arbeit und Wirtschaft erschienenen Artikel explizit mit den Auswirkungen der Krise auf die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Im Artikel „Frauenarbeit und Wirtschaftskrise“ stellt sie die Krisenauswirkung auf Frauen für die Jahre 1924 bis 1926, dem vorläufigen Höhepunkt der Wirtschaftskrise, dar und ihr Artikel „Frauen im Zeichen der Rationalisierungskrise“ beschreibt die Situation von 1930.

## Änderungen des Arbeitsmarkts

Retrospektiv betrachtet stellt die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1931 die wirtschaftlichen Entwicklungen des Nachkriegsjahrzehnts in den Schatten. Folgt man Leichters Analysen, waren jedoch auch diese Jahre durch massive

## LITERATUR

### Leichter, Käthe (1926):

Frauenarbeit und Wirtschaftskrise. Zum Gewerbeinspektionsbericht für 1925, Arbeit und Wirtschaft, Heft 23, 929–930, Wien.

### Leichter, Käthe (1932):

„So leben wir ... 1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben“, Wien.

### Leichter, Käthe (1931a):

Frauen im Zeichen der Rationalisierungskrise, Arbeit und Wirtschaft, 801–806, Wien.

### Leichter, Käthe (1931b):

Auf dem Weg zur Planwirtschaft, Arbeit und Wirtschaft, 507–512, Wien.

### Leichter, Käthe (1930):

Die Entwicklung der Frauenarbeit nach dem Krieg, in: Steiner, S. 429–443.

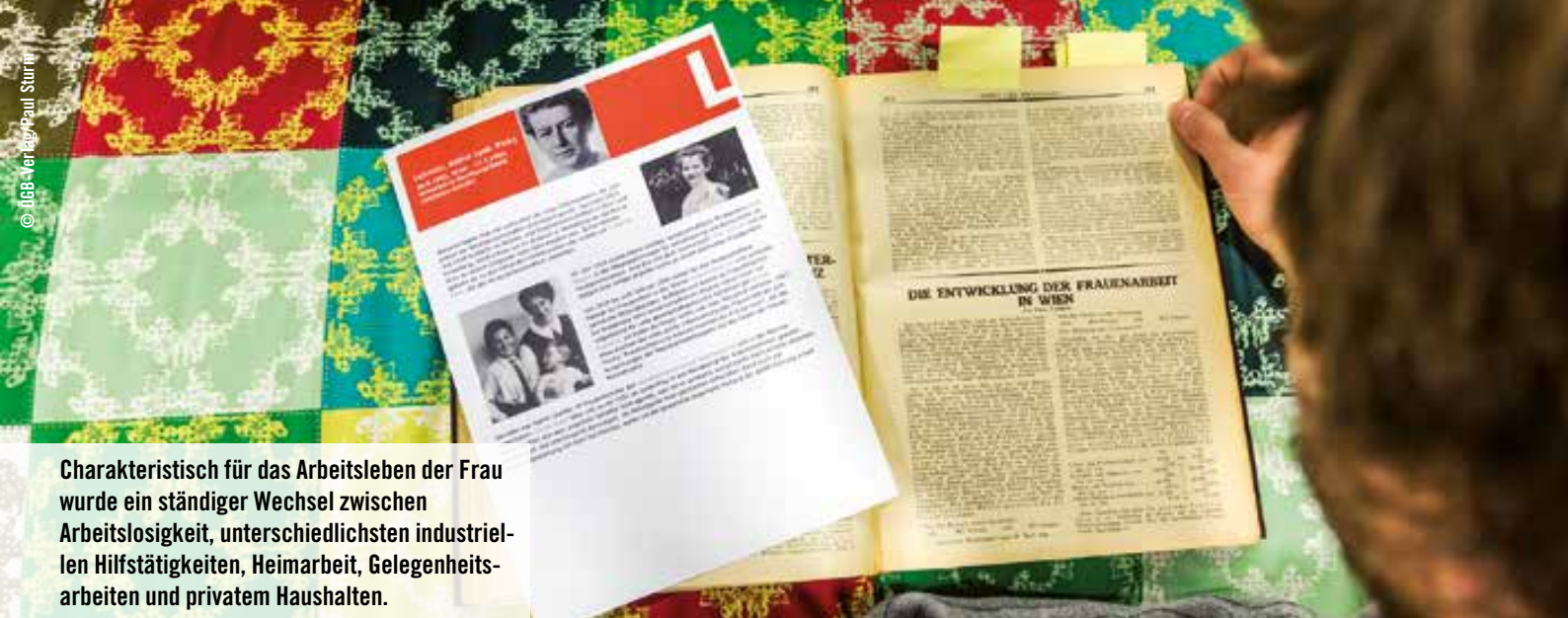
### Herbert Steiner (Hg.) (1997):

Käthe Leichter. Leben, Werk und Sterben einer österreichischen Sozialdemokratin, Wien.

### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

strukturelle Änderungen des Arbeitsmarktes, vor allem getrieben durch den voranschreitenden technischen Fortschritt und die damit einhergehende Rationalisierung – von ihr auch als Rationalisierungskrise beschrieben –, und krisenhafte Erscheinungen geprägt. Auf die Hyperinflation und einen kurzen inflationsgetriebenen wirtschaftlichen Aufschwung zu Beginn der 1920er-Jahre



**Charakteristisch für das Arbeitsleben der Frau wurde ein ständiger Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit, unterschiedlichsten industriellen Hilfstätigkeiten, Heimarbeit, Gelegenheitsarbeiten und privatem Haushalten.**

folgt die Stabilisierungskrise. Dem vom Bankrott stehenden Österreich wurde von internationaler Seite Kredit (Völkerbundanleihe) nur unter der Auflage massiver Sparmaßnahmen gewährt. Zu diesen gehörte unter anderem der Abbau von Staatsbediensteten, von dem vor allem auch Frauen betroffen waren.

Das Jahr 1926 stellt einen vorläufigen Höhepunkt der Wirtschaftskrise dar und die konjunkturell besser verlaufenden Jahre 1927 und 1928 bringen nur eine kurze Erholung vor dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise. „Überall zeigt es sich, daß gerade die Frauen Konjunkturschwankungen am stärksten und raschesten zu fühlen bekommen.“ Als krisenspezifische Auswirkungen auf Frauen am Arbeitsmarkt finden sich in Leichters Analysen folgende Punkte<sup>1</sup>: Von der steigenden Arbeitslosigkeit sind Frauen deshalb oft stärker betroffen, weil diese eher entlassen werden als Männer, da Unternehmen „in Zeiten sinkender Konjunktur die besser geschulten Kräfte trotz höherer Löhne zurückbehalten“. Bezüglich der Rationalisierungseffekte hält sie jedoch fest, dass sich diese typischer Weise in zwei Wellen vollziehen. Sie treffen zuerst verstärkt die Männer an ihren Facharbeitsplätzen und dann mit weiter voranschreitender Technologisierung umso mehr auch die Frauen mit ungelernten und einfach angelernten Tätigkeiten. Für die arbeitslos gewor-

denen Frauen bringen die Rationalisierung und die Wirtschaftskrise „gesundheitsschädlichen Hunger“, für jene Arbeiterinnen, die in Arbeit bleiben, führt die angespannte wirtschaftliche Lage zu einer zunehmenden Arbeitsverdichtung<sup>2</sup> und einem steigenden Lohndruck<sup>3</sup>. Diese drei Gründe zusammen genommen inklusive dem Bestreben von Unternehmen, bei Betriebsausstattung und Löhnen Kosten zu sparen, tragen in weiterer Folge zu einer Zunahme an Unfällen<sup>4</sup> – auch tödlichen – und allgemeinen wie berufsspezifischen Krankheiten<sup>5</sup> bei. Des Weiteren verstärkten Krisentendenzen<sup>6</sup> antifeministische Argumentationen gegen die Frauenerwerbsarbeit insgesamt, insbesondere über die erstarkende Debatte gegen DoppelverdienerInnen, womit meist erwerbstätige Ehefrauen gemeint waren. Dies auch in den eigenen Reihen.

### Ein neuer „Arbeiterinnentypus“

Die zwölf Jahre nach Kriegsende gingen mit einer ständigen Ausdehnung der Frauenerwerbstätigkeit einher und zugleich vollzog sich eine Verschiebung von der Landwirtschaft zur Industrie sowie von selbstständiger zu unselbstständiger Arbeit. Resümierend stellt Käthe Leichter fest, dass es durch wirtschaftlichen Strukturwandel und Krise zur Herausbildung eines neuen „Arbeiterinnentypus“ kam. War es früher für die Frau noch üblich, zwischen dem Status als Berufsarbeiterin, Hausfrau und Mutter zu wechseln, so zwingt die „fortwährende wirtschaftliche Existenzunsicherheit“ die Frauen dazu, diese Funktionen dauerhaft zu verein-

baren. Für die Arbeiterin der frühen 1930er-Jahre ist es typisch, „wohl ständig im Beruf, doch in keinem Beruf zuhause“ zu sein. Charakteristisch für das Arbeitsleben der Frau wurde ein ständiger Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit, unterschiedlichsten industriellen Hilfstätigkeiten, Heimarbeit, Gelegenheitsarbeiten und privatem Haushalten (vgl. ebd.).

### Mut zu Utopien

Die Forderungen Käthe Leichters in Hinblick auf die Arbeitssituation von Frauen am Arbeitsmarkt spannen in Summe ein weites Spektrum auf. Sie reichen von sehr pragmatischen Forderungen wie mehr Schutz der weiblichen Arbeitskraft, dem Ausbau der weiblichen Gewerbeinspektion oder einer paritätischen Arbeitsvermittlung über die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und Arbeitszeitverkürzung – gerade in Zeiten der Krise – bis hin zu mehr Mut zu Utopien, um dem krisengebeutelten Kapitalismus konkrete Alternativen entgegenstellen zu können.

Aufgrund von Käthe Leichters enger Verknüpfung ökonomischer, politischer und frauenspezifischer Fragestellungen in ihrer politischen und theoretischen Arbeit kann sie zu Recht als erste feministische (studierte) Ökonomin bezeichnet werden.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[kaethe.knittler@statistik.gv.at](mailto:kaethe.knittler@statistik.gv.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>1</sup> Leichter 1930, S. 433  
<sup>2</sup> Leichter 1930, S. 433  
<sup>3</sup> Leichter 1931a, S. 803  
<sup>4</sup> Leichter 1926, S. 841  
<sup>5</sup> Leichter 1930, S. 438  
<sup>6</sup> Leichter 1931b, S. 510

# Die Heimkehrer

*Kurt Rothschild und Josef Steindl haben nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich dem Keynesianismus zum Durchbruch verholfen.*

Ewald Walterskirchen<sup>1</sup>  
Österreichisches Institut für  
Wirtschaftsforschung

**G**roße Ökonomen zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht nur das traditionelle Wissen bewahren, sondern neue Ideen einbringen, um die brennenden wirtschaftlichen Probleme ihrer Zeit zu lösen.

## Zurück aus England

Kurt Rothschild und Josef Steindl sind solche großen Ökonomen. Sie kehrten nach dem Zweiten Weltkrieg von englischen Universitäten nach Österreich zurück und fanden hier Aufnahme im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung. Zwei Jahrzehnte später erhielt Rothschild eine Professur an der neu gegründeten Universität in Linz. Rothschild und Steindl prägten gemeinsam mit einigen anderen Professoren als Lehrer und Forscher eine ganze Generation von Ökonomen und Ökonomen in Österreich.

Beide Wissenschaftler trugen entscheidend dazu bei, den Keynesianismus in Österreich einzuführen und ihm zum Durchbruch zu verhelfen. Der Keynesianismus stellt die Vollbeschäftigung als wirtschaftspolitisches Ziel in den Vordergrund und hat damit ein besonderes Naheverhältnis zur Sozialdemokratie und zu den Gewerkschaften. Die effektive Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ist in dieser Theorie die treibende Kraft der Beschäftigung – nicht der niedrige Lohn. Die Kaufkraft der

Bevölkerung spielt somit eine wichtige Rolle. Die Auswirkungen des Konzentrationsprozesses der Wirtschaft (Monopol- und **Oligopolbildung**) auf Preise, Löhne und Investitionen interessierte unsere beiden Ökonomen in besonderem Maße, da die alte Theorie der „vollkommenen Konkurrenz“ durch die neueren wirtschaftlichen Entwicklungen infrage gestellt wurde.

Kurt Rothschild (1914–2010) hat sich besonders als Preis- und Verteilungstheoretiker internationalen Ruf erworben. Er hat 1947 mit seinem bahnbrechenden Artikel „Price Theory and Oligopoly“ die Entwicklung der Preistheorie entscheidend beeinflusst. Im Unterschied zur herrschenden Lehre, die Firmen hilflos den Märkten ausgesetzt sah, rückte Rothschild das strategische Potenzial mächtiger Firmen auf den Oligopolmärkten ins Zentrum der Überlegungen. Denn große Firmen haben in der Regel Macht und Spielraum, ihre Marktlage durch Produktgestaltung, Marketing und Preispolitik aktiv zu beeinflussen.

Rothschild zeigte auch die Bedeutung von Machtfaktoren für die Verteilung auf. Die Einkommensverteilung folgt keineswegs einem ehernen ökonomischen Gesetz, wie viele Ökonomen früher glaubten, sondern sie wird durch Machtfaktoren und politische Weichenstellungen (z. B. Globalisierung) stark beeinflusst. Diese Untersuchungen haben nichts an Aktualität verloren. Wir sehen heute, wie die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften durch die Globalisierung und die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland geschwächt

wird. Dem Konzentrationsprozess der Unternehmen kann nicht eine Zersplitterung, sondern nur eine Konzentration der Gewerkschaften Paroli bieten.

Arbeitsmarkt- und Lohnfragen waren ein Schwerpunkt von Rothschilds Arbeiten. Als die herrschende orthodoxe ökonomische Theorie die Arbeitslosigkeit nur auf mangelnde Flexibilität der Löhne und des Arbeitsmarktes zurückführen wollte, schrieb er eine Arbeit mit dem Titel „Arbeitslose, gibt's die?“. Darin zeigte er, dass die Arbeitslosigkeit keineswegs durch zu hohe Löhne und Arbeitslosenunterstützungen gleichsam „freiwillig“ gewählt ist, sondern entscheidend von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage abhängt. Die Arbeitslosigkeit ist angesichts des mäßigen Wirtschaftswachstums als ganz und gar „unfreiwillig“ anzusehen (von Ausnahmen abgesehen). Diese Diskussion über die Ursachen der Arbeitslosigkeit ist heute aktueller denn je. Die Finanzkrise hat wieder gezeigt, wie der Einbruch der Nachfrage die Arbeitslosigkeit in die Höhe treibt.

In den letzten Jahren seines Lebens setzte sich Rothschild notgedrungen mit dem Neoliberalismus auseinander. In einem Interview sagte er: „Der Heiligenschein ist angekratzt, aber der Neoliberalismus ist noch immer sehr stark. Massive wirtschaftliche Interessen ermöglichen offenbar sein Überleben.“

## Josef Steindl

Neben Kurt Rothschild zählt Josef Steindl zu den großen und theoriegeschichtlich einflussreichen österreichischen Ökono-

<sup>1</sup> Der Autor dankt Mag. Alois Guger für wertvolle Hinweise.



**In den letzten Jahren seines Lebens setzte sich Rothschild notgedrungen mit dem Neoliberalismus auseinander. In einem Interview sagte er: „Der Heiligenschein ist angekratzt, aber der Neoliberalismus ist noch immer sehr stark. Massive wirtschaftliche Interessen ermöglichen offenbar sein Überleben.“**



men in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Steindl (1912–1993) erwarb sich in den Fünfzigerjahren internationalen Ruf durch sein Buch über „Reife und Stagnation des amerikanischen Kapitalismus“. Er erklärte die jahrzehntelange Stagnationstendenz mit dem Konzentrationsprozess der Wirtschaft, der Entstehung von Großkonzernen. Sein Buch wurde vor allem von Marxisten begeistert aufgenommen, da der Konzentrationsprozess des Kapitals eine wichtige Marx'sche Erkenntnis war. Steindl war jedoch kein Marxist. Als er nach dem Krieg nach Österreich zurückkehrte, empfahl er den Sozialdemokraten, sich mit der keynesianischen Wirtschaftstheorie statt mit der Marx'schen Arbeitswertlehre auseinanderzusetzen.

### „Ökonomische Revolution“

Steindl erkannte früh die Bedeutung von Bildung und Technologie für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung. In den Sechzigerjahren verfasste er eine große Studie über Bildungsplanung in Österreich. Er empfahl u. a. eine Ausweitung der berufsorientierten Bildung in Form berufsbildender höherer Schulen. Früher als die meisten anderen Ökonomen und Ökonomen setzte er sich auch für eine aktive Technologiepolitik ein. Er sah in technischen Innovationen nicht nur ein Instrument zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in hoch entwickelten Volkswirtschaften, sondern auch einen Anreiz für die Unternehmen, in neue Produktionsanlagen zu investieren und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu steigern.

Die keynesianischen Ideen, welche die Bedeutung der effektiven Nachfrage hervorhoben, sah Steindl als eine „ökonomische Revolution“ an. Deshalb sprach er von einer „Konterrevolution“, als die alte neoklassische Truppe in den 1980er-Jahren wieder „auf den Thron“ zurückkehrte. Er verglich das mit der Rückkehr der Bourbonen nach der französischen Revolution. Heute besonders aktuell sind Steindls Ideen zum Budget. Steindl vertrat die These, dass Budgetdefizite meist nicht aktiv herbeigeführt, sondern „erlitten“ werden. Kurz- bis mittelfristig ist es heute offensichtlich, dass hohe Budgetdefizite durch Rezessionen und vor allem Finanz- und Banken Krisen erlitten werden.

Langfristig entstehen Budgetdefizite dadurch, dass die Investitionen der Unternehmen im Inland und damit auch das Wirtschaftswachstum nachlassen (Verlagerung in Niedriglohnländer). Wirtschaft und Budget geraten aus dem Gleichgewicht, weil Einkommens- und Vermögenskonzentration das Sparen der Privathaushalte weit über die Investitionskredite der Unternehmen hinausgehen lassen. Die Wirtschafts- und Steuerpolitik ist deshalb gefordert, die überhöhten Ersparnisse begüterter Privathaushalte zurückzuführen.

### Austro-Keynesianismus

Während für die EU heute ein ausgeglichenes Budget oberste Priorität hat, war für Bruno Kreisky Vollbeschäftigung das oberste wirtschaftspolitische Ziel. Die Wirtschaftspolitik der Kreisky-Ära wurde oft als „Austro-Keynesianismus“ bezeichnet.

Dieser Begriff wurde vom WIFO-Chef und späteren Staatssekretär Hans Seidel geprägt. Der Austro-Keynesianismus beruhte auf drei Säulen:

- A.** Deficit-Spending (Budgetdefizit) in Krisenzeiten, um Vollbeschäftigung zu sichern,
- B.** Hartwährungspolitik zur Inflationsbekämpfung und
- C.** Sozialpartnerschaft: Einbindung der Sozialpartner in die Wirtschaftspolitik mit dem Ziel einer gerechten Einkommensverteilung.

Kurt Rothschild, Josef Steindl und die Austro-Keynesianer der Kreisky-Zeit setzten sich immer für eine strikte Regulierung der Finanzinstitutionen ein. Eine Deregulierung der Finanzmärkte wäre ihnen nie in den Sinn gekommen. Die neoliberale Laissez-faire-Politik hat mit der Finanz- und Wirtschaftskrise als Zukunftsmodell ausgedient. Die postkeynesianischen Ideen Rothschilds, Steindls und der Austro-Keynesianer stellen eine Alternative dar.

Internet:

Kurt Rothschild im Interview mit der A&W,  
A&W 11/2008:  
[tinyurl.com/qjtwjiz](http://tinyurl.com/qjtwjiz)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[ewald.walterskirchen@wifo.ac.at](mailto:ewald.walterskirchen@wifo.ac.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Maria Szécsi-März (1914–1984)

*Die Ökonomin hat einen bedeutenden Beitrag dazu geleistet, die Wirtschaftspolitik in Österreich auf moderne konzeptionelle Grundlagen zu stellen.*

## Günther Chaloupek

*war Bereichsleiter für Wirtschaft in der AK und von 1972 an als Kollege von Maria Szécsi in der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung tätig. Er ist in Pension.*

**W**er in den früheren Jahrgängen dieser Zeitschrift blättert, findet dort eine Vielzahl von Artikeln und Kommentaren von Maria Szécsi, einer der führenden WirtschaftswissenschaftlerInnen von AK und Gewerkschaftsbewegung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie hat einen bedeutenden Beitrag dazu geleistet, die Wirtschaftspolitik in Österreich auf moderne konzeptionelle Grundlagen zu stellen, vor allem durch ihre zahlreichen Publikationen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaftspolitik und durch ihre Mitwirkung in wirtschaftspolitischen Beratungsgremien.

## 1919 aus Budapest nach Wien

Ihre Familie war 1919 nach der fehlgeschlagenen ungarischen Revolution aus Budapest nach Wien gekommen. Aufgrund der Okkupation Österreichs durch Nazi-Deutschland wurde Maria Szécsi 1938 zur neuerlichen Emigration in die USA gezwungen. Dort konnte sie endlich ihre Universitätsstudien in Ökonomie, Geschichte und Politikwissenschaft abschließen, woran sie von der Wiener Universität durch die Repressionsmaßnahmen des Ständestaates gehindert worden war. Nach ihrer Rückkehr nach Österreich war Maria Szécsi zunächst im kommunistisch beherrschten „Weltgewerkschaftsbund“ tätig, ging allerdings zuneh-

mend auf Distanz zur Kommunistischen Partei, aus der sie nach dem **Ungarnaufstand** 1956 austrat. Seit 1960 arbeitete Marika, wie sie von ihren Kolleginnen und Kollegen genannt wurde, in der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer Wien, die damals von Eduard März geleitet wurde, den sie später heiratete.

## Lohnanteil am Volkseinkommen

Aus der großen Zahl ihrer Arbeiten ist an erster Stelle die Studie „Der Lohnanteil am österreichischen Volkseinkommen 1913–1967“ (erschienen 1970) zu erwähnen, deren Ergebnisse durch die exemplarische Behandlung des Themas auch heute noch aktuell sind. In der Sichtweise einer keynesianischen Wirtschaftspolitik war eine langfristig konstante bereinigte Lohnquote eine Bedingung für „gleichgewichtiges“ Wirtschaftswachstum: In einer wachsenden Wirtschaft ermöglicht die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivitätsfortschritt eine entsprechende Zunahme des privaten Konsums, und damit kann die wachsende Menge an Waren und Dienstleistungen abgesetzt werden. Es gibt auch noch zwei weitere wichtige Aspekte: Lohnsteigerungen im Rahmen von Produktivitätswachstum und Zielinflation sind eine Bedingung für die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, darüber hinausgehende Lohnerhöhungen führen zu Wachstums- und Reallohneinbußen.

Die VertreterInnen der keynesianischen Denkrichtung in der Wirtschaftspolitik, zu denen Maria Szécsi gehörte,

brachten diesen zentralen makroökonomischen Denkansatz in die Diskussion ein und waren damit im sogenannten Golden Age der österreichischen Nachkriegsgeschichte (1950–1975) sehr erfolgreich, ebenso in den Jahren nach dem ersten schweren Wachstumseinbruch 1975. Aber auch heute noch zeigt sich im Umkehrschluss die Bedeutung der keynesianischen Denkweise: Die oft **monierte** Schwäche der Binnennachfrage wird immer mehr zur entscheidenden Ursache der europäischen Wachstumschwäche – diese Schwäche der Binnennachfrage ist aber eine Konsequenz der fallenden Lohnquote. Denn schon seit fast zwei Jahrzehnten stagnieren die Reallöhne und bleiben hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück. Maria Szécsis Studie aus 1970 hat uns in dieser Hinsicht auch über 40 Jahre später noch einiges zu sagen.

## Erste Frau in paritätischer Kommission

Sie gehörte auch zum engeren Kreis jener Verbändeexperten der ersten Stunde, welche ab 1963 im Rahmen des sozialpartnerschaftlichen Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen und seiner Arbeitsgruppen tätig waren, als dort wichtige Grundlagen für die österreichische Wirtschaftspolitik von den Sozialpartnern gemeinsam festgelegt wurden. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang vor allem drei Studien des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen über den Preis- und Kostenauftrieb aus 1964 bis 1972. Wie kaum jemand anderer hat es Maria Szécsi bei der Arbeit an dieser zwischen den Arbeitsgruppenmitgliedern durchaus



In einer eigenen Studie untersuchte sie das Phänomen des „Grauen Marktes“ – gemeint ist damit das in den 1960er-Jahren grassierende Rabattunwesen, mit dem Wettbewerbsbeschränkungen unterlaufen wurden, was allerdings mit zu einer gravierenden Störung der Preistransparenz führte.

kontroversiellen Materie verstanden, Sachlichkeit und Grundsatztreue im wohl ausgewogenen Urteil auf einen Nenner zu bringen. Dadurch hat sie sich die besondere Wertschätzung nicht nur ihrer Kolleginnen und Kollegen in Arbeiterkammer und Gewerkschaften, sondern auch auf der anderen Seite und bei politisch anders Denkenden erworben. Als erste Frau gehörte Maria Szécsi dem Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen der damaligen **Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen** an.

### Untersuchte für VKI „Grauen Markt“

Eingehend hat sich Maria Szécsi auch den Problemen der Preis- und Wettbewerbspolitik gewidmet, nachdem sie vor ihrem Eintritt in die Arbeiterkammer einige Jahre in einer Vorläuferorganisation des heutigen Vereins für Konsumenteninformation (VKI) tätig gewesen war. In einer eigenen Studie untersuchte sie das Phänomen des „Grauen Marktes“ – gemeint ist damit das in den 1960er-Jahren grassierende Rabattunwesen, mit dem Wettbewerbsbeschränkungen unterlaufen wurden, was allerdings mit zu einer gravierenden Störung der Preistransparenz führte. Sie arbeitete auch an der Reform des Kartellgesetzes mit und war von der Arbeiterkammer als Mitglied des Paritätischen Ausschusses beim Kartellgericht nominiert.

Ihre wirtschaftspolitischen Funktionen und Tätigkeiten waren im politisch-gesellschaftlichen Gesamtverständnis Maria Szécsis immer eingebettet in ein theoretisch fundiertes Weltbild. In dieser Hinsicht ist ihr intellektuelles

Profil exemplarisch für die österreichische Nachkriegszeit. Sie zählte zu jener Gruppe österreichischer Emigrantinnen und Emigranten, die sich als WissenschaftlerInnen in der politischen Arbeiterbewegung engagiert hatten. In der Emigration hatte sie ihre modernen sozialwissenschaftlichen Kenntnisse erworben, die sie dann beim nachholenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozess im Österreich der Nachkriegszeit für eine pragmatische, keynesianische Wirtschaftspolitik einsetzen konnte, welche gegen die konservativen Kräfte der Beharrung erst durchgesetzt werden musste. Was Maria Szécsi bei allem intensiven Engagement in der Fachpolitik mindestens immer gleich hoch stellte, war die Diskussion der Grundsatzfragen einer arbeitnehmerInnenorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auf hohem theoretischen Niveau unter gleichzeitiger Betonung einer soliden empirischen Fundierung. Folgerichtig hat sich Maria Szécsi ein Leben lang mit Problemen des Sozialismus beschäftigt, und dies sozusagen ergebnisoffen. Weil es für sie keine ideologisch vorgegebenen Dogmen gab, zog sie als Ökonomin und auch für sich persönlich die Konsequenzen aus dem Scheitern des sogenannten realen Sozialismus der damaligen Oststaaten. Gerade aus dieser Haltung heraus war sie in besonderem Maß in der Lage, sich mit ordnungspolitischen Fragen einer Mixed Economy, also eines Systems der gemischten Wirtschaft, einer Kombination aus Marktwirtschaft und Staatsintervention, theoretisch zu beschäftigen und dazu wichtige Beiträge zu leisten.

Sie blieb dabei immer auf der Höhe der Zeit, etwa mit ihrem Artikel zum Thema Arbeitszeitverkürzung „Jenseits der Vierzigstundenwoche“, der 1970, also kurz nach Fixierung der Verkürzung der Normalarbeitszeit von 45 auf 40 Stunden, in „Arbeit und Wirtschaft“ (Heft 9/1970) erschienen ist; oder mit dem in der von ihr in den ersten Jahren geleiteten Zeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“ (Heft 3/1975) erschienenen Artikel „Zur Frage des gedrosselten Wirtschaftswachstums“ – eine Frage, die heute, über 40 Jahre nach dem berühmten Club-of-Rome-Bericht „Grenzen des Wachstums“, mit neu angefachter Intensität diskutiert wird.

### Nach wie vor relevantes Vorbild

Mehr als vier Jahre nach der großen Rezession 2008/09 ist der Ausgang der politischen Auseinandersetzung über eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik in Europa immer noch offen. Das Beispiel Maria Szécsis für ein Engagemnt für eine arbeitnehmerInnenorientierte Wirtschaftspolitik ist nach wie vor relevant.

---

Internet:

Bücher von Maria Szécsi im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek:  
[tinyurl.com/nbzjefg](http://tinyurl.com/nbzjefg)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[guenther.chaloupek@akwien.at](mailto:guenther.chaloupek@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Sprechen Sie Wirtschaft?

Von „Aktienanleihe“ über „böse Banken“ bis hin zum „Stresstest“ –  
ein etwas ausführlicheres Glossar zum Thema Ökonomie.

Astrid Fadler  
Freie Journalistin

**1** 000-mal gehört (und gelesen) – und trotzdem nicht hundertprozentig verstanden. Eine kleine Auswahl mit häufig verwendeten Vokabeln, bei denen Wikipedia zu langatmig und das Lexikon vielleicht nicht auf dem letzten Stand ist.

**Aktienanleihe:** festverzinstes Wertpapier für Risikofreudige. Dazu ein Beispiel: Ein Käufer erwirbt von einem Emittenten (in der Regel ist das eine Bank) eine Anleihe auf 25 Aktien des Unternehmens XY in der Höhe von 10.000 Euro mit einer Laufzeit von zwei Jahren. Die Bank garantiert dafür einen relativ hohen Zinssatz, beispielsweise zehn Prozent. Diese Zinsen werden jährlich ausbezahlt. Ob der Anleger das investierte Kapital wieder vollständig zurückerhält, ist allerdings nicht garantiert.

Denn am Ende der Laufzeit erhält der Anleger entweder die 10.000 Euro zurück oder – wenn der aktuelle Aktienpreis niedriger ist als der Basispreis – 25 Aktien. Das für Laien beruhigende Wort festverzinslich birgt also durchaus ein gewisses Risiko, da es keine Kapitalgarantie gibt. Fallen die betreffenden Aktien in den Keller, steigt man trotz hoher Zinsen mit Verlusten aus und kann nur auf Kursanstiege in der Zukunft hoffen. Bei Indexanleihen erfolgt diese Art Wette auf die Kursentwicklung von Aktienindizes.

**Arbeitslosenquote:** Nach nationaler Definition: Anteil der beim AMS registrier-

ten erwerbslosen Personen am unselbstständigen Arbeitskräftepotenzial (= arbeitslos Gemeldete plus Erwerbstätige). Nach EU-Definition gelten Personen als arbeitslos, wenn sie – nach dem Labour-Force-Konzept (LFK) – nicht erwerbstätig sind, aktiv Arbeit suchen und für die Arbeitsaufnahme verfügbar sind. Da bei dieser Arbeitskräfteerhebung aber auch Personen, die in der Referenzwoche nur eine Stunde gearbeitet haben, als erwerbstätig und somit nicht als sofort verfügbar gelten, liegt die EU-Quote in der Regel unter der nationalen Arbeitslosenquote (Registerquote).

In keinem Fall jedoch bedeutet etwa eine Jugendarbeitslosigkeit von 25 Prozent, dass tatsächlich jede/r vierte Jugendliche (zwischen 14 und 25) einen Job sucht. Denn als erwerbslos gelten ja nur diejenigen, die tatsächlich Arbeit suchen, SchülerInnen, Studierende etc. zählen nicht dazu.

**Bad Bank:** Abwicklungs- oder Auffangbank, bei der vor allem in Krisenzeiten Derivate und Zertifikate von in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Emittenten aufgenommen und sogenannte notleidende (faule) Kredite sanierungsbedürftiger Banken abgewickelt werden. Anders formuliert, in Bad Banks wird der im Zuge von Finanzkrisen entstandene toxische Müll abgeladen, der unter anderem deshalb entstanden ist, „weil selbst Banker viele Produkte irgendwann nicht mehr verstanden haben“, so „Das kritische Finanzlexikon“. Bad Banks sind als zweckgebundene Inkassounternehmen angelegt, für die der Staat die Bürgschaft übernehmen kann. Sie werden nach der

## BUCHTIPP

Günter Wierichs  
**Das kritische Finanzlexikon**  
Westend-Verlag, 2013,  
384 Seiten, € 17,50  
ISBN: 978-3-8648-9026-0



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Abwicklung der Kredite aufgelöst. Problematisch daran ist unter anderem, dass die etablierten Banken zwar die Gewinne riskanter Geschäfte und Kredite (z. B. auch in Form von Risikoprämien) kassieren, eventuelle Verluste und Risiken dann aber auf Abwicklungsbanken und damit den Staat abgewälzt werden. Ein Lösungsansatz: sogenannte Besserscheine, mit denen die Banken als Schuldnerinnen bestätigen, dass sie, sobald sich ihre wirtschaftliche Lage bessert, mit der Rückzahlung beginnen.

**ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus):** 2012 eingesetzte EU-Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg, die überschuldete Staaten der Eurozone durch Notkredite und Bürgschaften unterstützt, um deren Zahlungsunfähigkeit zu verhindern. Der ESM wurde von 17 Euro-Staaten unterzeichnet und ratifiziert und ist Teil des Euro-Rettungsschirms. Das Stammkapital des ESM betrug anfangs 700 Mrd. Euro, wobei Deutschland den weitaus größten Beitrag leistet. Aktuell wird europaweit darüber diskutiert, ob bzw. unter welchen

**1000-mal gehört (und gelesen) – und trotzdem nicht hundertprozentig verstanden. Eine kleine Auswahl mit häufig verwendeten Vokabeln, bei denen Wikipedia zu langatmig und das Lexikon vielleicht nicht auf dem letzten Stand ist.**



Voraussetzungen auch direkte Kapitalhilfen an Banken durch den ESM möglich sein könnten.

**Europäischer Fiskalpakt:** auch Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag).

Im Dezember 2011 einigten sich die Länder der Eurozone auf Obergrenzen für die Staatsverschuldung und Strafen für jene Länder, die diese Grenzen missachten. Auch die meisten Nicht-Euro-Länder erklärten sich einverstanden. Geplant war ursprünglich, den Fiskalpakt durch eine Änderung des EU-Vertrags von Lissabon durchzusetzen, was am Veto von Großbritannien scheiterte. Daher trat der Fiskalpakt in Form eines zwischenstaatlichen Vertrages Anfang 2013 in Kraft. Bisher wurde er von allen Ländern außer Großbritannien und Tschechien unterzeichnet und in 17 Staaten, darunter auch Österreich, ratifiziert. Strafzahlungen bei Nichteinhaltung des Fiskalpaktes sollen in das ESM-Projekt fließen.

Der Europäische Fiskalpakt wird allgemein als weiterer Schritt zur Fiskalunion mit gemeinsamem Budget, gemeinsamer Steuerpolitik etc. gesehen – was keineswegs nur wohlwollende Reaktionen auslöst. Denn die EU-Wirtschaftspolitik und aktuell deren Umgang mit Schuldenkrisen wird immer wieder auch von prominenten Ökonomen heftig kritisiert.

**Schattenbanken:** Dazu zählen erstens Unternehmen, die – innerhalb des gesetzlichen Rahmens – laufend oder zeitweise

für Banken typische Finanzgeschäfte betreiben, hauptsächlich indem sie Mittel aufnehmen und als Darlehen vergeben, zum Teil an von der Insolvenz bedrohte Unternehmen. Zweitens gehören dazu Tochtergesellschaften von Banken, die außerhalb der Bankbilanzen tätig sind, sowie drittens Unternehmen, die unerlaubt Bankgeschäfte betreiben und etwa mit Geldwäsche in Verbindung gebracht werden können.

Da vor allem in Zusammenhang mit der Finanzkrise deutlich wurde, dass auch legal arbeitende Schattenbanken durch ihre Verbindungen zum regulären Bankensystem einen hohen Risikofaktor für das Welt-Finanzsystem darstellen können, war ihre Regulierung unumgänglich. Im August 2013 legte die internationale Organisation zur Überwachung des globalen Finanzsystems FSB (Financial Stability Board) im Vorfeld des G-20-Gipfels in Moskau einen Entwurf vor, der bis 2015 das Schattenbank-System in allen großen Wirtschaftsregionen regulieren soll. Im Übrigen soll laut FSB das Finanzvolumen der Schattenbanken rund 50 Prozent von jenem des regulären Bankensystems ausmachen.

**Stresstest:** Das Wort des Jahres 2011 wird nicht nur im Bereich Ökonomie verwendet, sondern auch in der Technik – etwa in Zusammenhang mit dem Risikomanagement bei Atomkraftwerken.

In jedem Fall geht es um Belastbarkeit. Konkret wird beim Stresstest für Banken geprüft, wie weit die Aktiva von Geldinstituten – also vor allem Wertpapiere und Kredite – von Verände-

rungen äußerer Faktoren wie politischer Einflüsse oder Zins- und Konjunkturveränderungen (negativ) betroffen sein können.

Sogenannte Mikro-Stresstests werden von den Banken selbst und Makro-Stresstests von staatlichen und EU-Institutionen durchgeführt. Entscheidend ist in allen Fällen der Realitätsgehalt von Bilanzzahlen, Testszenarien, Parametern und Bewertungskriterien. Denn in der Vergangenheit gab es bereits mehrmals Krisen und Pleiten trotz erfolgreich absolvierter Stresstests, so 2007 kurz vor der Lehman-Pleite. Normalerweise wird bei Stresstests etwa davon ausgegangen, dass kleine Kursausschläge bei Aktien wahrscheinlicher sind als große. Tatsächlich sind dramatische Kurseinbrüche lange nicht so ungewöhnlich wie angenommen. Diese stehen nicht selten in Zusammenhang mit Katastrophen wie dem Terroranschlag 2001 in New York oder der Reaktorkatastrophe in Fukushima – allesamt Ereignisse, die laut Expertinnen und Experten nur im Abstand von Jahrhunderten auftreten hätten dürfen. Banken-Stresstests sollen daher umgestaltet bzw. verbessert werden. Aktuell gibt es zum Beispiel noch keine Einigung darüber, ob Staatsanleihen bei Stresstests weiterhin als sicher bewertet werden können.

Internet:

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[astrid.fadler@aon.at](mailto:astrid.fadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Wie entsteht Arbeitslosigkeit?

*Neoklassik und Postkeynesianismus haben dazu und zu anderen Fragen der Wirtschaftspolitik sehr verschiedene Positionen.*

Michael Mesch,

*Abteilung Wirtschaftswissenschaft und  
Statistik der AK Wien*

**N**eoklassik und Postkeynesianismus führen Arbeitslosigkeit auf unterschiedliche Ursachen zurück. Ihre beschäftigungspolitischen Schlussfolgerungen widersprechen einander teils.

## Neoklassik

Die Neoklassik geht davon aus, dass freie Märkte zu einem effizienten Ergebnis (Markträumung) führen. Der Staat soll daher in der Regel nicht eingreifen. Voraussetzungen für ein effizientes Marktergebnis sind unter anderem folgende – zum Teil völlig realitätsferne – Annahmen: Alle Märkte sind Wettbewerbsmärkte ohne Eintrittsbarrieren, mit einer großen Anzahl an kleinen Anbietern ohne Marktmacht und einer großen Zahl von Nachfragern. Alle MarktteilnehmerInnen verfügen über vollkommene Information.

Der Arbeitsmarkt wird als Markt wie alle anderen gesehen, tendiert also wie die Gütermärkte und der Kapitalmarkt zu einem Gleichgewicht, in diesem Fall: Vollbeschäftigung.

Das Arbeitsangebot wird durch die freie Wahl der Erwerbspersonen zwischen Arbeit und Freizeit bestimmt. Die Arbeitsnachfrage der Unternehmen ist negativ abhängig vom Reallohn. Durch einen geeigneten Preis (Reallohn) lässt sich somit Vollbeschäftigung herstellen. Im Gleichgewicht entspricht der Reallohn der realen Grenzproduktivität,

d. h. dem zusätzlichen Produktionsbeitrag der zusätzlich hinzugefügten Arbeitskraft.

Arbeitslosigkeit entsteht einerseits durch ein zu niedriges Lohnniveau und die daraus resultierende Abneigung der Erwerbspersonen, zum Marktlohn zu arbeiten. Andererseits wird Arbeitslosigkeit als Folge der Aktivität von Gewerkschaften und des Bestehens von Institutionen wie Mindestlohn oder KV gesehen. Wenn diese ein Lohnniveau über dem Gleichgewichtslohn bedingen, führt das zu sinkender Arbeitsnachfrage der Unternehmen. Verantwortlich für Arbeitslosigkeit sind mithin entweder die Arbeitslosen selbst oder die Gewerkschaften bzw. fehlgeleitete staatliche oder sozialpartnerschaftliche Regulierungen des Arbeitsmarktes.

Ein Eingreifen des Staates ist nur im Fall institutionell bedingter Arbeitslosigkeit gerechtfertigt. Neoklassische bzw. neoliberale Beschäftigungspolitik, wie seit den 1980er-Jahren in immer mehr Ländern praktiziert und von Organisationen wie der OECD angepriesen bzw. verordnet, bedeutet somit Deregulierung des Arbeitsmarktes: Zurückdrängen der Gewerkschaften und Beseitigung jener Arbeitsmarktinstitutionen, die Lohnuntergrenzen festlegen.

## Postkeynesianismus

Der Postkeynesianismus beurteilt die Stabilität von Marktwirtschaften weit skeptischer. Weil der Kapitalismus zu wiederkehrenden Krisen tendiert, werden dem Staat wesentliche stabilisierende Aufgaben zugewiesen: antizyklische Wirt-

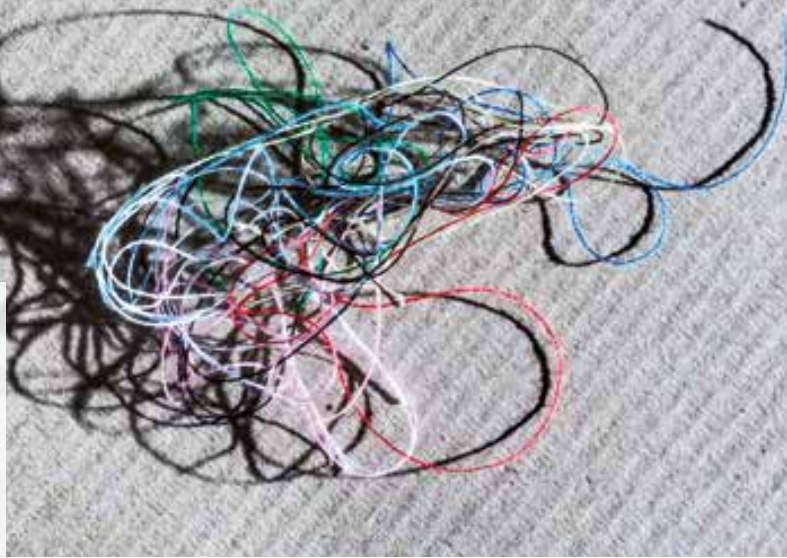
schaftspolitik, finanzmarktliche und sozialpolitische Regulierung und so fort. Im Gegensatz zur Neoklassik geht der Postkeynesianismus davon aus, dass Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auf den Produktmärkten bestimmt werden und nicht auf dem Arbeitsmarkt. Es gibt unfreiwillige Arbeitslosigkeit aufgrund unzureichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Sie ist nicht das Resultat von Arbeitsmarktregulierungen. Lohnflexibilität (nach unten) reicht nicht aus, um Vollbeschäftigung zu erreichen und zu bewahren.

Die Lohnfestsetzung erfolgt durch Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen bzw. Arbeitgeberverbänden. Das Verhandlungsergebnis hängt von den Machtverhältnissen auf dem Arbeitsmarkt ab. Die Preise werden auf den Gütermärkten bestimmt, beeinflusst zum einen durch die Wettbewerbsverhältnisse und die Marktmacht einzelner Unternehmen, zum anderen durch die Profiterwartungen der Unternehmen, wobei deren Bedarf an Investitionsfinanzierung im Vordergrund steht. Somit wird der reale Lohnsatz nicht allein durch Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt bestimmt, sondern auf Arbeits- und Produktmärkten. Der Arbeitsmarkt selbst führt nicht zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird durch die tatsächliche gesamtwirtschaftliche Nachfrage bestimmt, die sich aus der Konsumnachfrage der privaten Haushalte, den Bruttoinvestitionen der Unternehmen, den Ausgaben des Staates und dem Außenbeitrag (Exporte minus



Lassen wir den großen österreichischen Postkeynesianer Kurt W. Rothschild (1914–2010) zu Wort kommen: „Im Makrozusammenhang sind Löhne und Beschäftigung durch viele Fäden in einem äußerst komplizierten Geflecht miteinander verbunden, sodass simple, generalisierende Aussagen nicht erbracht werden können.“



Importe) zusammensetzt. Das Arbeitsangebot der Erwerbsspersonen ist – ähnlich wie in der Neoklassik – abhängig vom Lohn.

In der kapitalistischen Marktwirtschaft herrscht unfreiwillige Arbeitslosigkeit vor, weil im Normalfall die Produktionskapazitäten nicht ausgelastet sind: Die effektive Nachfrage ist unzureichend, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten.

Aus mikroökonomischer Sicht eines Unternehmens erscheint es positiv, wenn die Löhne sinken. Es kann dann eventuell Absatz und Gewinn steigern und zusätzliche Arbeitskräfte einstellen. Doch in einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung, so betont die postkeynesianische Theorie, gilt dieser positive Zusammenhang zwischen Reallohnsenkung und Beschäftigungsanstieg in der Regel nicht.

Lassen wir den großen österreichischen Postkeynesianer Kurt W. Rothschild (1914–2010) zu Wort kommen: „Im Makrozusammenhang sind Löhne und Beschäftigung durch viele Fäden in einem äußerst komplizierten Geflecht miteinander verbunden, sodass simple, generalisierende Aussagen nicht erbracht werden können.“

## Lohngetriebene Wirtschaft

Die Wirtschaft der EU wird durch die Entwicklung der Binnennachfrage – vor allem durch privaten Konsum – bestimmt. Der Außenbeitrag spielt nur eine geringe Rolle. In einer derartigen „lohngetriebenen“ Wirtschaft wirkt sich eine Reallohnsenkung negativ auf die gesamt-

wirtschaftliche Nachfrage und damit auf die Beschäftigung aus. Der durch die Lohnreduktion ausgelöste Rückgang der Konsumnachfrage der privaten Haushalte überwiegt gegenüber den möglichen positiven Impulsen für Investitionen und Exporte.

## Der Staat muss eingreifen

Die wichtigste wirtschaftspolitische Schlussfolgerung lautet, dass der Staat eingreifen muss, um die Arbeitslosigkeit zu verringern.

In Zeiten schwacher gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, in Rezessionen, soll der Staat das Defizit des öffentlichen Sektors erhöhen, indem er die automatischen Stabilisatoren (z. B. Arbeitslosenversicherung) wirken lässt und gezielt („diskretionär“) beschäftigungswirksame Staatsausgaben mit hohen Multiplikatoreffekten anhebt.

Besondere Bedeutung kommt dieser gegensteuernden („antizyklischen“) Fiskalpolitik dann zu, wenn – wie gegenwärtig – die belebenden Möglichkeiten der Geldpolitik (Zinssenkungen) weitgehend ausgeschöpft sind. Antizyklische Fiskalpolitik ist, wie die Erfahrungen zeigen, wirksam. Sie unterbindet bzw. dämpft die Entstehung von Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit. Aktive Arbeitsmarktpolitik soll Betroffenen den Übergang von schrumpfenden Branchen bzw. Berufen in wachsende ermöglichen. Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung (wie z. B. sozialpartnerschaftlich vereinbarte Kurzarbeitsregelungen) zielen auf Verringerung des Arbeitsangebots ab.

Der Postkeynesianismus betont ebenso die Notwendigkeit einer koordinierten europäischen Lohnpolitik, die auch zum Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums beiträgt. Die einzelnen Länder brauchen eine Lohnpolitik, die sich bezüglich der Nominallohnerhöhungen jeweils an dem von der Europäischen Zentralbank gesetzten Preisstabilitätsziel (zwei Prozent) sowie dem mittelfristigen Trend der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität orientiert. Der ÖGB bekennt sich seit den 1970er-Jahren („Benya-Formel“) zu einer derartigen Lohnpolitik. Diese berücksichtigt sowohl Kosten- als auch Nachfrageeffekte von Lohnänderungen. Sie gewährleistet, dass die realen Lohnstückkosten (Lohnkosten je Produktionseinheit) unverändert bleiben und trägt somit weder zur Entstehung von Inflation noch von Deflation bei. Der Anteil der Arbeits-einkommen am Sozialprodukt wird stabilisiert. Die Einhaltung der Produktivitätsorientierung über einen längeren Zeitraum würde Unsicherheiten reduzieren. Dies wiederum würde Realkapitalinvestitionen, Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum begünstigen.

Internet:

Die Benya-Formel:

[de.wikipedia.org/wiki/Benya-Formel](https://de.wikipedia.org/wiki/Benya-Formel)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor

[michael.mesch@akwien.at](mailto:michael.mesch@akwien.at)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Effizienzmaschine, Casino, schwarzes Loch?

*Finanzmärkte, Zins und Inflation: Hitzige Debatten und eine Krise als Lehrstück.*

Beat Weber  
Ökonom

Ich habe einen Fehler gefunden“, bekannte der damalige US-Zentralbankchef **Alan Greenspan** im Oktober 2008 bei einer Anhörung zur Finanzkrise im Kongress. Greenspans lang gehegter Glaube an die Überlegenheit freier Märkte war von der Krise erschüttert worden.

## Neoklassische heile Finanzwelt

Die theoretische Basis, auf die Greenspan und viele andere vor der Krise gebaut hatten, ist die neoklassische Wirtschaftslehre. In dieser Denkschule herrscht ein grundsätzliches Vertrauen in die Gleichgewichtstendenz von Märkten. Finanzmärkte gelten hier als Mechanismus, um Kapital in die aussichtsreichsten Projekte zu lenken, und als Versicherungsvehikel. Gegen alles, was in der Marktwirtschaft schiefgehen kann, könne man auf effizienten Märkten einen Finanzkontrakt zur Absicherung kaufen. Die Explosion der Derivatmärkte vor Ausbruch der Krise erschien als Verwirklichung dieser Vorstellung. Da wurden z. B. Hypothekarkredite gebündelt und Ansprüche auf daraus resultierende Kreditrückzahlungen als Wertpapier weiterverkauft. Gleichzeitig wurden Derivate, die gegen allfällige Kreditausfälle versicherten, zum Kauf angeboten. Durch den Verkauf dieser Papiere in alle Welt schienen die Risiken auf viele Schultern verteilt und somit letztlich neutralisiert.

Diese Finanzkonstruktionen bräuchten keine begleitende Expansion der

Regulierung und Aufsicht, glaubte man vor der Krise. Stattdessen könne man über weite Strecken dem Eigeninteresse der Finanzhäuser vertrauen: Wer rational agiere, würde niemals sorglos mit anderer Leute Geld umgehen oder Risiken falsch einschätzen. Die Aussicht, dass solch ein Verhalten unweigerlich vom Markt bestraft werden würde, sollte als Abschreckung ausreichen.

Wirtschaftspolitik sollte sich auf die Sicherung von Preisstabilität konzentrieren. In der Neoklassik herrscht die Überzeugung, dass der Preismechanismus zentral ist, um die Wirtschaft im Gleichgewicht zu halten. Bei einer unerwarteten Störung verändern sich auf einem idealen Markt Preise und Löhne so, dass die Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht kommt. Eine unerwartete Veränderung des allgemeinen Preisniveaus, also sämtlicher Preise im Zuge einer Inflation, würde diesen Mechanismus stören. Steigen alle Löhne und Preise inflationsbedingt, könnten die Lohnabhängigen kurzfristig verwirrt sein und mit Blick auf ihren Lohnzettel glauben, sie seien reicher und plötzlich ihre Konsumgewohnheiten ändern (z. B. Kaviar statt Extrawurst). Erst nach einiger Zeit würden sie vielleicht herausfinden, dass ihre Kaufkraft in Wahrheit gar nicht gestiegen ist, weil alle Preise sich gleichfalls erhöht haben, und ihre Entscheidungen bereuen, vielleicht in finanzielle Schwierigkeiten geraten etc.

Zur Sicherung der Preisstabilität muss der Staat bzw. die Zentralbank laut Neoklassik für die Bereitstellung der richtigen Geldmenge sorgen. Um Missbrauch zu verhindern – etwa indem eine

## BUCHTIPP

Heinz D. Kurz (Hg.):

**Klassiker des ökonomischen Denkens – Band 1**

Von Adam Smith bis Alfred Marshall

Verlag Beck, 2008, 359 Seiten, € 15,40

ISBN: 978-3-4065-7357-6



**Bestellung:**

[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

Regierung im Wahlkampf absichtlich Inflation erzeugt, damit sich die Leute reicher fühlen und erst nach geschlagener Wahl erkennen, dass das nicht stimmt – soll laut Neoklassik die Geldmenge strikt begrenzt sein. Dann bleiben Preise stabil und alle Märkte funktionieren.

## Keynes und die Krise

Im Zuge der Finanzkrise verloren die meisten dieser neoklassischen Vorstellungen ihre Plausibilität. Stattdessen kam es zu einer Rückbesinnung auf Ideen von Keynes und Marx. Sie betonen statt der Gleichgewichtstendenz die Krisenanfälligkeit von Märkten.

Finanzmärkte tendieren laut Keynes nicht zu Stabilität, sondern sind sehr anfällig für Stimmungsschwankungen. Wenn alle ein Wertpapier kaufen wollen, steigt es im Preis. Wenn alle es verkaufen wollen, wird es wertlos. Folglich müssen alle, die zum günstigsten Zeitpunkt kaufen oder verkaufen wollen, Erwartungen darüber bilden, was die anderen tun werden. Das kann zu fa-





**Finanzmärkte wie ein verrücktes Casino einfach sich selbst überlassen, das geht aber auch nicht. Sie sind der zentrale Markt im Kapitalismus, von dessen Entscheidungen das Wirken aller anderen Märkte beeinflusst wird bzw. abhängig ist. Wenn der Finanzmarkt lahmt, stockt die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten, die für den normalen Geschäftsgang von Unternehmen und Investitionen zentral sind.**

talem Herdenverhalten führen, bei dem alle tun, was die anderen tun, selbst gegen bessere Überzeugung. Immer wieder kommt es so zu Kursfeuerwerken und -abstürzen.

Das Problem: Wenn der Finanzmarkt lahmt, stockt die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten, die für Investitionen zentral sind. Um ihre Stimmungsschwankungen im Zaum zu halten, empfiehlt der Keynesianismus eine strikte Beaufsichtigung und Regulierung der Finanzmärkte. In den neoklassischen Modellen ist Geld nur ein Tauschmittel. Die Wirtschaft mit ihrer Gleichgewichtstendenz funktioniert dort eigentlich wie eine Tauschwirtschaft: Jeder, der etwas verkauft, kauft gleichzeitig etwas. Geld ist nur der neutrale Vermittler, der Tauschen vereinfacht.

## Wertaufbewahrungsmittel Geld

Der Keynesianismus sieht Geld komplexer. Erstens können in der Privatwirtschaft mithilfe von Banken und Schatzenbanken geldähnliche Zahlungsmittel geschaffen werden. Inflation muss nicht auf eine falsche staatliche Geldpolitik zurückzuführen sein.

Zweitens kann Geld nicht nur als Tausch-, sondern auch als Wertaufbewahrungsmittel verwendet werden. Beispiel Finanzkrise: Im Finanzboom vor 2008 wurde eine Vielzahl von Finanzinstrumenten geschaffen, die vielfach als fast so gut wie Geld galten. Im Herbst 2008 war das Vertrauen in deren Werthaltigkeit mit einem Schlag dahin. Plötzlich wollten alle verkaufen und

stattdessen „echtes“ Geld haben, und zwar nicht, um dafür wiederum etwas zu kaufen, sondern um es zu horten, aufgelaufene Schulden zu bezahlen oder sich – wie im Fall von Finanzhäusern – gegen Rückforderung von Guthaben der eigenen Kundschaft zu wappnen. Um diesen Bedarf abzudecken, versorgten die Zentralbanken die Märkte mit neuem Geld. Laut Neoklassik birgt das eine hohe Inflationsgefahr, weil man davon ausgeht, dass neues Geld unweigerlich sofort als Tauschmittel eingesetzt wird.

Aber wenn sich die wirtschaftliche Zukunft verdüstert und alle anderen Anlageformen plötzlich unsicher erscheinen, ist Geld als Wertaufbewahrungsmittel gefragt. Wenn die Zentralbank diese Nachfrage nicht befriedigt, brechen ganze Märkte zusammen und reißen durch ihre Verbindung mit anderen Sektoren womöglich die gesamte Wirtschaft in den Abgrund.

## Zinskritik?

Der Kaufmann Silvio Gesell, ein Zeitgenosse von Keynes, sah in der Möglichkeit, Geld zu horten, die zentrale Krisengefahr für die Wirtschaft. Dadurch könne Zins für die Wirtschaft. Dadurch könne Zins beim Geldverleih erpresst werden. Das löse Umverteilung zu Geldbesitzenden aus. Gesell schlug dafür eine ungewöhnliche Gegenmaßnahme vor: Geldhaltung soll bestraft werden. Das von ihm propagierte „Schwundgeld“ soll in gewissen Zeitabständen automatisch an Wert verlieren bzw. zum Werterhalt die Errichtung einer regelmäßigen Gebühr erfordern. Diese Art Negativzins bzw. perma-

nente Inflation würde die ausschließliche Nutzung von Geld als Tauschmittel erzwingen. Zeitgenössische ZinskritikerInnen erhoffen sich dadurch auch eine Bremswirkung gegen einen vermeintlich vom Zins ausgelösten Wachstumszwang. Zinsen können aber kein Wachstum erzwingen, im Gegenteil gelten eher niedrige Zinsen als wachstumsförderlich, weil sie kreditfinanzierte Investitionen billiger machen.

Wenn Leute durch Schwundgeld quasi gezwungen werden, alle Einkünfte sofort wieder auszugeben, wird konsumbasiertes Wachstum auf Kosten von Sparen und Investieren gefördert. Den Menschen wird damit auch ein Mittel genommen, sich gegen die Unsicherheit der Wirtschaft mittels Nutzung von Geld als Wertaufbewahrungsmittel zu wappnen. Das werden sie sich auf längere Sicht kaum gefallen lassen und folglich auf etwas anderes ausweichen, das diese und andere Geldfunktionen erfüllt.

Der Zins ist auch nicht ungerechtfertigter als andere Preise in der Wirtschaft, sondern der Preis für einen Zeitvorteil: Wer einen Kredit aufnimmt, kann dafür schon heute etwas kaufen, das erst später bezahlt werden muss. Gesells Ideen haben deshalb unter Wirtschaftsfachleuten keinen Widerhall gefunden.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[beat.weber@oenb.at](mailto:beat.weber@oenb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Die Ungleichheit spaltet die Wirtschaftswissenschaft

*Wird die zunehmende Schieflage zur Gefahr für Wirtschaft und Gesellschaft?*

Matthias Schnetzer

Abteilung Wirtschaftswissenschaft  
der AK Wien

**W**eniger als eine Stunde dauert die Autofahrt vom piekfeinen Montgomery County in die südöstlichen Stadtviertel der US-Hauptstadt Washington. Es ist eine Reise von einer der reichsten in eine der ärmsten Regionen der USA und mit jedem Kilometer sinkt die Lebenserwartung der Bevölkerung um sieben Monate: von 81 auf 60 Jahre. Noch näher liegen der noble New Yorker Stadtteil Upper East Side und die arme South Bronx beisammen, die nur einen Spaziergang voneinander entfernt sind. Überquert man den Harlem River nach Norden, sinkt das Medianeinkommen der ansässigen Menschen um mehr als 80 Prozent.

## Neoliberale Rechtfertigung

Die Gegensätze in der größten Volkswirtschaft der Welt sind eindrücklich, aber ein Blick auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen der Menschen rund um den Globus offenbart eine weitaus größere Polarisierung. Von (neo)liberalen Ökonomen wird die Ursache für soziale Ungleichheit zwischen den Ländern in der ungleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung ausgemacht. In einem berühmt gewordenen Aufsatz stellte der Ökonom **Simon Kuznets** in den 1950er-Jahren einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Einkommensungleichheit her. Demnach sei in der Entwicklung von Agrar- zu Industriegesellschaften ein vorübergehender Anstieg der Ungleichheit

unvermeidbar. Laut der umstrittenen Theorie schließt sich die Schere zwischen Arm und Reich in industrialisierten Gesellschaften wieder. Dafür gibt es empirisch allerdings keine Belege. Im Gegenteil, gerade in den weltweit führenden Volkswirtschaften wurde in den letzten Jahren ein weiterer Anstieg der Einkommensungleichheit verzeichnet.

Die neoliberale Seite rechtfertigt die steigende Ungleichheit oft mit der Theorie des Harvard-Philosophen John Rawls. Er argumentiert, dass von steigender Ungleichheit auch die Armen in einer Gesellschaft profitieren können. Die Idee dahinter wurde durch die umstrittene Trickle-down-Theorie bekannt: Der Wohlstand soll von den Reichen zu den unteren Einkommenschichten durchsickern. Es wird behauptet, dass Einkommensungleichheit zu härterer Arbeit, höherer Produktivität und größeren Investitionen anspornt, was schließlich in Wachstum und Wohlstand resultiert. Und Wirtschaftswachstum würde schlussendlich hauptsächlich den Armen zugute kommen, da neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der frühere US-Präsident John F. Kennedy pflegte zu sagen: „Die Flut hebt alle Boote.“ Hierzulande spricht man spöttisch von der Pferdeäpfel-Theorie: Wenn man ein Pferd mit genug Hafer füttert, wird auch etwas auf der Straße landen, um die Spatzen zu füttern. Aus diesem Grund wehren sich die Neoliberalen auch vehement gegen jegliche Ansätze zur Umverteilung von Einkommen. Diese würden die Anreize, hart zu arbeiten, senken und die ArbeitnehmerInnen zu mehr Faulheit verführen. Dementsprechend wirke sich Umverteilung

## BUCHTIPP

Joseph E. Stiglitz:

### Der Preis der Ungleichheit

Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht

Verlag Siedler, 2012,

509 Seiten, € 25,70

ISBN: 978-3-8275-0019-9



Bestellung:

[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

lung auch negativ auf das Wirtschaftswachstum aus und dies treffe wiederum die Schwächsten in der Gesellschaft, behaupten die Neoliberalen.

## Wachstumsbremse Ungleichheit

Eine ungleiche Verteilung der Einkommen trifft aber nicht nur einzelne Haushalte, sondern kann auch die gesamte Wirtschaft lähmen. Der britische Ökonom John Maynard Keynes sah die Spreizung der Einkommen als Ursache für schleppendes Wirtschaftswachstum und steigende Arbeitslosigkeit. Dies wird durch die mangelnde Konsumnachfrage begründet, da viele Haushalte zwar gerne mehr konsumieren würden, ihnen aber schlicht die finanziellen Mittel dazu fehlen. Durch Umverteilung von oben nach unten werden die Haushaltskassen dieser Familien aufgebessert und ihre Kaufkraft wird erhöht. Schließlich kommt bei Keynes hier der berühmte Multiplikator-Effekt zu tragen: ein höherer Konsum schafft Anreize für Investitionen der Unternehmen, was wiederum zu neuen Arbeitsplätzen und in weiterer Folge zu

So legen neue Studien offen, dass sich eine ungleiche Verteilung von Einkommen negativ auf Gesundheit, Bildung und Sicherheit in einem Land auswirkt. Von diesen sozialen Problemen sind hauptsächlich die einkommensschwachen Haushalte betroffen, vor allem aber die Kinder, die in diesem Umfeld aufwachsen.



höheren Einkommen der ArbeitnehmerInnen führt. Damit soll die Wirtschaft nachhaltig belebt und der Lebensstandard in einem Land erhöht werden.

### Umverteilung für Wirtschaftswachstum

Ein weiteres Argument lautet, dass ein zu hohes Maß an Einkommensungleichheit zu politischer und ökonomischer Instabilität führen kann. Erst kürzlich beleuchteten der Nobelpreisträger **Joseph Stiglitz** sowie der ehemalige Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, **Raghuram Rajan**, in ihren Publikationen die Rolle der Einkommensungleichheit in der Entstehung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Laut den beiden Wirtschaftswissenschaftlern hat die zunehmende Spreizung der Einkommen die Blasenbildung an den Märkten angefeuert. Diese Feststellung deckt sich mit den Beobachtungen jener Ökonomen und Ökonomen, die in der Tradition von Keynes stehen. Demzufolge stecken ärmere Gesellschaftsschichten einen höheren Anteil ihres Einkommens in den Konsum als Vermögende. Letztere weisen hingegen eine höhere Sparneigung auf, können also einen größeren Anteil ihres Einkommens beiseitelegen. Große Teile dieser Ersparnisse werden auf internationalen Finanzmärkten angelegt und leisten der Spekulation Vorschub, indem die Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten zu instabilen Blasen führt. Eine Umverteilung von oben nach unten würde demnach nicht nur den Konsum der unteren Einkommensschichten und damit das Wirtschaftswachstum beflügeln. Sie kann auch die Spielräume für hemmungslose Spekulation verringern

und damit als Instrument gegen eine krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft dienen.

Abseits dieser wirtschaftlichen Perspektive entscheidet der Grad der Umverteilung aber auch über die Lebensbedingungen der Menschen. So legen neue Studien offen, dass sich eine ungleiche Verteilung von Einkommen negativ auf Gesundheit, Bildung und Sicherheit in einem Land auswirkt. Von diesen sozialen Problemen sind hauptsächlich die einkommensschwachen Haushalte betroffen, vor allem aber die Kinder, die in diesem Umfeld aufwachsen. Der Harvard-Ökonom **Amartya Sen** fordert in diesem Zusammenhang die Gleichheit von Verwirklichungschancen. Alle Mitglieder einer Gesellschaft sollen dieselben Startbedingungen erhalten, um keine Ungleichheit aufgrund der unterschiedlichen Familienhintergründe zuzulassen. Deshalb brauchen wir nicht nur ein Steuersystem, das von Reich zu Arm umverteilt, sondern auch einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat. Dieser soll vor allem die Lebensbedingungen für die einkommensschwachen Haushalte vereinfachen und ein gutes Bildungs-, Gesundheits- und Pflegesystem bereitstellen.

### Eine Gefahr für die Demokratie

Letztlich kann die ungleiche Verteilung der ökonomischen Ressourcen auch zu einer Gefahr für die Demokratie werden. Vermögende können ihre gesellschaftliche Position dazu nutzen, in politische Entscheidungsprozesse einzugreifen, beispielsweise über soziale Netzwerke oder Parteispenden. Dies bedeutet ein Ungleichge-

wicht in der Teilhabe an Politik und Demokratie zulasten der einkommensschwachen Mitglieder der Gesellschaft. Dies erschwert auch oft die Bestrebungen für Umverteilung in der politischen Arena. Wie stark in einer Volkswirtschaft von oben nach unten umverteilt wird, hängt davon ab, welche gesellschaftlichen Gruppen ihre Interessen stärker durchsetzen können. Die VertreterInnen der neoliberalen Seite lehnen Umverteilung aus den genannten Gründen ab und wollen den Wohlfahrtsstaat immer weiter zurückdrängen. Demgegenüber kämpfen die ArbeitnehmerInnen für einen gerechten Finanzierungsbeitrag der Reichen zum Sozialsystem und für bessere Lebensbedingungen durch höhere Einkommen. Es ist ein Kräftemessen zwischen den Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen und der Industriellen sowie Vermögenden um die Verteilungspolitik und um soziale Gerechtigkeit. Die unterschiedlichen theoretischen Ansätze bieten hierbei keine einheitliche Handlungsanleitung. Die empirischen Befunde zeigen aber, dass eine zunehmende Polarisierung der Einkommen zu unerwünschten gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Resultaten führt.

Internet:

Blog von Raghuram Rajan:  
[tinyurl.com/o6kqe9h](http://tinyurl.com/o6kqe9h)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[matthias.schnetzler@akwien.at](mailto:matthias.schnetzler@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Thinktanks – Denkfabriken, Rettung oder Übel?

*Ein internationaler Trend ist auch in Österreich zu beobachten.*

Matthias Schlägl  
University of Bath

**A**m 25. September 2013, vier Tage vor der Nationalratswahl, titelte der Standard „250.000 Arbeitslose jenseits der Statistik“ – nur wenige Tage nachdem die „Agenda Austria“ diese Zahlen im Rahmen einer Studie publiziert hatte. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung war wohl nicht zufällig gewählt. In diesem Kontext können die Inhalte der Studie vor allem als Kritik an der Regierungsarbeit im Allgemeinen und an jener des Sozialministeriums im Speziellen verstanden werden. Doch nicht nur aufgrund dieser PR-wirksamen Aktion lohnt sich ein genauerer Blick auf die Organisation „Agenda Austria“. Der Standard nennt sie eine von „Industriellen und vermögenden Privatleuten finanzierte Forschungseinrichtung“, andere würden sie wohl eher als Thinktank – Denkfabrik – bezeichnen. Laut der Wiener Stadtzeitung Falter (42/13) will man ein Budget von einer Million Euro erreichen, offizielle Zahlen oder einen Jahresbericht gibt es (noch) nicht. Doch später mehr zur „Agenda Austria“ und ihrer Agitation vor der Nationalratswahl 2013.

## Von uninah bis Lobbyingorganisation

Zunächst soll uns eine andere Frage beschäftigen: Was ist das eigentlich, eine Denkfabrik? Die genaue Definition von Thinktanks kann mitunter schwierig sein, da die Bandbreite von universitätsnahen akademischen Einrichtungen über auf Öffentlichkeits- und Pressearbeit fokussierte Institute bis hin zu Lobbyingorga-

nisationen reicht. Klar ist, Thinktanks betreiben politikrelevante Forschung. Sie erforschen beispielsweise nicht den Krebs, richten keine Teleskope auf den Himmel und brauen nicht die nächste Generation Biosprit. Hingegen eruieren sie etwa Einsparungspotenziale im BeamtenInnenapparat, machen Vorschläge zur Verbesserung der Bildungspolitik oder erforschen den Arbeitsmarkt. Ihre Ergebnisse richten sie meist nicht an andere ForscherInnen, sondern direkt an die Politik. Folglich publizieren sie selten in akademischen Journals und veranstalten stattdessen eher Diskussionen oder Seminarreihen für PolitikerInnen und Medienleute. Oder sie veröffentlichen auf der eigenen Website sogenannte „Policy Briefs“: kurze, einfach formulierte Handlungsratschläge für PolitikerInnen, die ihrer Meinung nach den Stand akademischer Forschung widerspiegeln. Meist stammt zumindest ein Teil ihrer Finanzierung aus privaten Quellen.

Dies sehen die einen als Garant für politische Unabhängigkeit, während die anderen bemängeln, dass die Denkfabriken dadurch zum verlängerten Arm privatwirtschaftlicher Interessen verkommen. In seinem Buch „Lobbying – the Art of Political Persuasion“ rät der erfahrene britische Lobbyist Lionel Zetter dazu, einen Thinktank zu gründen, um die Politik zu beeinflussen. Hat man genügend Zeit, den Gesetzgebungsprozess von Anfang an zu begleiten, wäre dies – seiner Meinung nach – die günstigste und effektivste Methode. Einerseits liegt dies am **Nimbus** wissenschaftlicher Forschung, denn während das Vertrauen in Politik und Wirtschaft stetig sinkt, kann sich die Wissenschaft noch einigermaßen

## BUCHTIPP

Lionel Zetter:

### Lobbying

Harriman House Publishing,  
2011, 560 Seiten, € 39,44  
ISBN: 978-0-8571-9118-2



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

positiver Werte erfreuen. Will man also in der Politik etwas durchsetzen, kann eine Studie, die Gesagtes bestätigt, durchaus hilfreich sein. Andererseits liegt es aber auch an den zunehmend komplexer werdenden Problemen, denen sich PolitikerInnen, bei gleichzeitig geringer werdenden personellen und finanziellen Ressourcen, stellen müssen. Ein (privat finanzierter) Thinktank, der Lösungsideen bietet und diese mit einer Studie belegen kann, ist daher oft herzlich willkommen.

## Zwischen fünf und 15 Beschäftigte

Oftmals sind Thinktanks, gerade in Europa, relativ kleine Institutionen. In einer bis Juni dieses Jahres von Dieter Plehwe und mir am WZB (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) durchgeführten Studie über ein europäisches Thinktank-Netzwerk lag die Zahl der MitarbeiterInnen in allen untersuchten 24 Institutionen etwa zwischen fünf und 15 (siehe [thinktanknetworkresearch.net](http://thinktanknetworkresearch.net)). Immer wieder haben deshalb WissenschaftlerInnen auf die tendenzielle Ab-



**Zunächst soll uns eine andere Frage beschäftigen: Was ist das eigentlich, eine Denkfabrik? Die genaue Definition von Thinktanks kann mitunter schwierig sein, da die Bandbreite von universitätsnahen akademischen Einrichtungen über auf Öffentlichkeits- und Pressearbeit fokussierte Institute bis hin zu Lobbyingorganisationen reicht.**



hängigkeit der Denkfabriken von privatwirtschaftlichen Unternehmen hingewiesen. So hat etwa eine Institution mit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vielleicht zwei, höchstens drei parallel laufende Projekte. Nicht selten werden mehrere Projekte gleichzeitig von ein und demselben Geldgeber finanziert und häufig verbindet diese GeldgeberInnen zudem eine längere Geschichte von Projekten mit dem Thinktank. Bedenkt man noch den zunehmenden Konkurrenzdruck zwischen Forschungseinrichtungen, kann daher die Versuchung entsprechend groß sein, den Geldgeberinnen und Geldgebern einfach die gewünschten Ergebnisse zu liefern.

### Thatcher siegte mit Thinktanks

Nicht nur Erdöl- und Tabakkonzerne haben sich erfolgreich Thinktanks bedient, sondern auch politische Parteien. Margaret Thatcher konnte bei ihrem Wahlsieg 1979 und dem darauffolgenden Umbau des britischen Staates nicht nur auf das von einem Parteikollegen gegründete Centre for Policy Studies, sondern noch auf zwei weitere schlagkräftige Aushängeschilder neoliberaler Ideen, auf das Institute of Economic Affairs und auf das Adam Smith Institute, vertrauen. Man geht heute davon aus, dass ein guter Teil ihrer Popularität auf diese Thinktanks zurückzuführen ist. Die Denkfabriken erdachten in diesem Fall die Geschichten, die Storylines, die Thatchers Politiken ins Licht des Erfolges rückten. Denham und Garnett – zwei Sozialwissenschaftler, die sich mit Thinktanks beschäftigen – bezeichnen deren Arbeit als das intellektuelle Rüstzeug, das sie zur Verfügung stellten – Ideen, Begriffe und Zah-

len, die Thatchers Reformen die nötige Tiefe verliehen.

Noch einmal zurück zum Versuch der Wahlbeeinflussung durch „Agenda Austria“. Nicht wenige, vor allem neoliberale/neokonservative Geister aus den USA, würden sagen, dass genau dies die Aufgabe von Thinktanks ist. Demnach hat jede gesellschaftliche Gruppe ihre Institute bzw. ihre Lobby und im „freien Spiel der Kräfte“ setzen sich dann die besten Ideen durch. So einleuchtend dies auch klingen mag, so schlecht funktioniert es in der Praxis. Sozialwissenschaftliche Forschung (v. a. Andrew Rich) konnte zeigen, dass nicht alle ideologischen Lager gleich erfolgreich im Durchsetzen der eigenen Ideen sind. Ein Vergleich von liberalen und konservativen Kräften in den USA veranschaulichte, dass während liberale Thinktanks zu akademisch anspruchsvoller Forschung tendieren, ihre konservativen Pendanten vor allem auf Medien und Politik zugeschnittene Produkte erstellen und damit größeren Erfolg bei der Durchsetzung ihrer Ideen verzeichnen. Konservative Thinktanks scheinen bei der Suche nach Financiers auch weit effektiver zu sein. Zusammengefasst zeigt Richs Forschung, dass ein vermeintlich „freies Spiel“ der Kräfte konservative/neoliberale Ideologien – zumindest in den USA – bevorzugt. Hinzu kommt, dass die USA, Großbritannien und einige andere Staaten schon seit geraumer Zeit Transparenzregeln für gemeinnützige Organisationen eingeführt haben. Regeln, die in Österreich bis dato immer noch fehlen: Wer steuerliche Erleichterungen will, muss im Gegenzug jährlich umfangreiche Informationen zu

seiner/ihrer Organisation zur Verfügung stellen. Dies reicht von Grundlegendem wie Anschrift und MitarbeiterInnenzahl über detaillierte Angaben zu Geldflüssen bis zu den Gehältern der fünf bestbezahlten Angestellten. Diese Informationen sind dann zentral abrufbar, wodurch man etwa in Großbritannien Zugang zu Datensätzen über beinahe 300.000 Institutionen bekommt. Dies ermöglicht es WissenschaftlerInnen, Journalistinnen und Journalisten sowie der interessierten Öffentlichkeit, zu etwaigen Interessenkonflikten einzelner Organisationen Untersuchungen anzustellen.

### Mehr Transparenz und Regeln

Thinktanks können neue Ideen in eine Gesellschaft einbringen und somit zu Erneuerung und Innovation beitragen. Durch ihre Brückenfunktion zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft können sie aber auch zu preiswerten und effektiven Institutionen des Lobbyismus verkommen. Es wäre höchst an der Zeit, diesen Tendenzen mit besseren Transparenz- und strikteren Lobbyingregeln auf europäischer wie auch nationaler Ebene Vorschub zu leisten.

Internet:

Think Tank Network Research Initiative:  
[thinktanknetworkresearch.net](http://thinktanknetworkresearch.net)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an den Autor  
[m.schloegl@bath.ac.uk](mailto:m.schloegl@bath.ac.uk)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Verfehlte Annahmen, verheerende Ergebnisse

*Die Politik der Europäischen Kommission.*

Philipp Heimberger

studiert Volkswirtschaft an der WU

**D**ie Europäische Kommission ist auf EU-Ebene für Gesetzesinitiativen und die Durchsetzung bestehenden EU-Rechts zuständig. Die Formulierung von Gesetzesvorschlägen zu Finanzmarktregulierung und wirtschaftspolitischen Maßnahmen fällt ebenso in ihren Verantwortungsbereich wie das Ausverhandeln und Zuweisen von Finanzhilfen.

Die Finanzkrise der Jahre 2008/2009 kam für die Kommission überraschend, da sie weitgehend auf die Fähigkeit zur Selbstregulierung der Finanzmärkte vertraut hatte: Ein laxer Regulierungsrahmen werde ausreichen, um Markt-turbulenzen mit realwirtschaftlichen Konsequenzen zu unterbinden. Dieses Vertrauen der Kommission auf die Heilsamkeit der Marktkräfte gründet ebenso auf Annahmen aus der neoklassischen ökonomischen Theorie wie wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen in den Krisenjahren.

## Hypothese effizienter Finanzmärkte

Laut der Hypothese effizienter Finanzmärkte agieren die Marktakteure rational; Herdenverhalten und die Möglichkeit von individuell profitablen, gesellschaftlich jedoch schädlichem Spekulationsverhalten spielen keine Rolle. Dieser theoretische Rahmen hatte vor dem Ausbruch der Finanzkrise wesentlichen Einfluss auf den Glauben der Kommission an die Stabilität und wohlfahrtssteigernde Wirkung schwach regulierter Finanz-

märkte. Als im Jahr 2009 als Folge der Finanzkrise die reale Wirtschaftsleistung in der Eurozone um 4,4 Prozent einbrach, stellte dies den Glauben an die effiziente Funktionsweise der Finanzmärkte infrage.

Doch auch wenn seitdem kleine Fortschritte in der Finanzmarktregulierung erzielt werden konnten, so sind die bisherigen Bemühungen der Kommission unzureichend. So gab es insbesondere keine durchschlagende Initiative zur Verkleinerung des Finanz- und Bankensystems, was jedoch eine grundlegende Voraussetzung für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung in der EU darstellt: Wenn es große Finanzinstitute schaffen, mithilfe erfolgreichen Lobbyings die Kommission daran zu hindern, durch Gesetzesinitiativen eine schärfere Finanzmarktregulierung auf den Weg zu bringen, dann werden zukünftige Verwerfungen an den Finanzmärkten weitere staatliche Rettungsaktionen für sogenannte systemrelevante Finanzinstitute notwendig machen, was negative Effekte auf die Staatsverschuldung hätte.

Nach dem Ausbruch der Krise spielte die Kommission zunächst das zu erwartende Ausmaß der Rezession herunter. Nachdem die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2009 diese Abwiegungstaktik ad absurdum geführt hatte, verlegte sie sich auf Vorhersagen, wonach auf den wirtschaftlichen Abschwung eine rasche Erholung der Konjunktur folgen werde. Diese Erwartung beruht auf neoklassischen Modellen, in denen die Wirtschaft nach einem negativen Schock wie dem Ausbruch der Finanzkrise rasch wieder ihr Wach-

## BUCHTIPP

Martin Hellwig, Anat Admati:  
**Des Bankers neue Kleider**  
Was bei Banken wirklich schief-  
läuft und was sich ändern muss  
FinanzBuch Verlag, 2013,  
528 Seiten, € 56,53  
ISBN: 978-3-8987-9825-9



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

tumspotenzial erreichen kann. Im Jahr 2010 herrschte in der Kommission der Glaube vor, dass ein strenger Sparkurs in der ganzen EU zum einen die zügige Konsolidierung der Staatshaushalte auf den Weg bringen und zum anderen ohne massive Wohlstandsverluste möglich sein würde, da zur Stabilisierung der Konjunktur keine weiteren beschäftigungsfördernden Maßnahmen nötig seien.

## Rechtfertigung der Sparpolitik

Zur Rechtfertigung der Sparpolitik diente im Rahmen der Prognosen der Kommission die Hypothese expansiver Effekte von Budgetkonsolidierung: Die BürgerInnen erkennen, dass eine Reduktion der Staatsausgaben eine geringere zukünftige Steuerlast mit sich bringt. Daraufhin hellen sich die wirtschaftlichen Zukunftserwartungen auf; dies führt zu einer Ankurbelung von Konsum und Investitionen, was sich positiv auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung aus-



Wenn es große Finanzinstitute schaffen, mithilfe erfolgreichen Lobbyings die Kommission daran zu hindern, durch Gesetzesinitiativen eine schärfere Finanzmarktregulierung auf den Weg zu bringen, dann werden zukünftige Verwerfungen an den Finanzmärkten weitere staatliche Rettungsaktionen für sogenannte systemrelevante Finanzinstitute notwendig machen, was negative Effekte auf die Staatsverschuldung hätte.



wirkt. Die vergangenen Jahre machten jedoch auf schmerzhaft Weise klar, dass diese Hypothese völlig verfehlt ist: In Krisenzeiten haben Budgetkonsolidierungen besonders starke negative Wachstums- und Beschäftigungseffekte.

### Die negativen Effekte der Sparpolitik

Sparpolitik ging in den letzten Jahren mit einbrechendem Wirtschaftswachstum und ansteigender Arbeitslosigkeit einher: Jene Eurozonenländer, welche die schärfsten Sparmaßnahmen durchsetzten, erlitten auch die größten Wachstums- einbußen.

Die Budgetkonsolidierung beschleunigte außerdem den Beschäftigungsrückgang: In der Eurozone liegt die Arbeitslosenquote bei einem Rekordwert von 12,2 Prozent der Erwerbspersonen; in den GIPSI-Ländern, die sich aus Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Irland zusammensetzen, beträgt sie durchschnittlich 19,3 Prozent. Die Verschuldungssituation verschlechterte sich in den Krisenländern trotz umfangreicher Konsolidierungsmaßnahmen: In den GIPSI-Ländern lag die Staatsschuldenquote 2009 bei durchschnittlich 89,6 Prozent des BIP; nach mehreren Jahren der Durchsetzung von Sparmaßnahmen betrug sie 2012 bereits 122,3 Prozent.

Der Versuch der Kommission, in Krisenzeiten durch möglichst umfangreiche Konsolidierung die Staatsschuldenquoten in den Mitgliedsländern unter Kontrolle zu bringen, ist zum Scheitern verurteilt, weil die negativen Effekte der Sparpolitik auf Wachstum

und Beschäftigung vor dem Hintergrund der falschen theoretischen Annahme expansiver Konsolidierungseffekte massiv unterschätzt werden.

Die Kommission forciert nicht nur Konsolidierungsmaßnahmen, sondern auch eine Politik der Lohnsenkungen: Sinkende Lohnkosten sollen die Produktionskosten der Unternehmen drücken und zu positiven Wachstumseffekten führen. Diese wirtschaftspolitische Vorstellung lässt sich auf die neoklassische Produktionstheorie zurückführen, welche die Löhne hauptsächlich als Kostenfaktor für Unternehmen betrachtet: Steigende Löhne erhöhen den Preis von Gütern und senken die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeit.

Tatsächlich sind Löhne jedoch auch die Einkommen der ArbeitnehmerInnen: Lohnkürzungen wirken sich über volkswirtschaftliche Kreislaufeffekte negativ auf Nachfrage, Produktion und Beschäftigung aus. Dies wird in den Wirtschaftsprognosen der Kommission vernachlässigt.

### „Innere“ Abwertung

Das Beharren auf der Notwendigkeit von Lohnkürzungen hat einen makroökonomischen Hintergrund: Die Kommission erwartet sich eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in den GIPSI-Ländern. Die Anpassungsprogramme sehen Maßnahmen wie die Reduktion von Löhnen im öffentlichen Sektor sowie die Kürzung von Sozialausgaben vor, um Abwärtsdruck auf Löhne und Preise zu erzeugen, somit eine „innere“ Abwertung in den Krisenländern zu erreichen, das

Exportwachstum zu fördern und die hohen Leistungsbilanzungleichgewichte aus den Vorkrisenjahren abzubauen. Durchschnittlich veränderten sich die Leistungsbilanzsalden der GIPSI-Länder von minus neun Prozent des BIP im Jahr 2008 so weit, dass sie im Jahr 2012 mit  $-0,3$  Prozent fast ausgeglichen waren. Dies ist jedoch – anders als von der Kommission erwartet – in erster Linie nicht ein Ausdruck höherer Exporte, sondern eine Folge der schweren Rezession: Lohnkürzungen wirken sich negativ auf den Konsum von und die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus; dadurch gingen in den letzten Jahren die Importe in den betroffenen Ländern zurück. Beispielsweise fielen in Portugal die Importe als Folge der anhaltenden Rezession im Jahr 2012 um fünf Prozent. Die Kommission ignoriert diese verheerende nachfrageseitige Dynamik jedoch aufgrund von verfehlten Annahmen über die Effekte von Lohnkürzungen und Sparmaßnahmen in Krisenzeiten: Ökonomische Theorien haben Einfluss auf die wirtschaftspolitische Praxis – und damit auf den Entwicklungspfad von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Internet:

Viel Interessantes zur EU:  
[www.europa-geht-anders.eu](http://www.europa-geht-anders.eu)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[philipp.heimberger@chello.at](mailto:philipp.heimberger@chello.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Die USA lernen, Europa leidet

*Sechs Jahre nach der großen Wirtschaftskrise stellt sich die Frage:  
Haben die USA vielleicht die besseren WirtschaftswissenschaftlerInnen?*

Miriam Rehm

Abteilung Wirtschaftswissenschaft und  
Statistik der AK Wien

In den USA herrscht Casino-Crash-Kapitalismus, in Europa dagegen Stabilität und Wohlfahrtsstaat – stimmt das noch? Spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 hat sich die Rolle der beiden Regionen gewandelt: Die USA verabschieden Konjunkturprogramme und unterstützen über ihre Notenbank Banken und Wirtschaft. Die amerikanische Wirtschaft wächst seit 2008 langsam aus der Krise, und die Arbeitslosigkeit fällt – langsam, aber doch. Sie ist von ihrem Höhepunkt im Jahr 2010 mit fast zehn Prozent der Erwerbspersonen auf etwa sieben Prozent zurückgegangen.

In Europa hingegen führte eine völlig verkehrte Reaktion auf die Krise, zuerst der Europäischen Zentralbank und dann der Regierungen (Stichworte: Zinserhöhungen und Austerität), zu Massenarbeitslosigkeit, Armut und einer sozialen Notsituation. Die Arbeitslosenquote in der Eurozone ist von sieben Prozent der Erwerbspersonen vor der Krise auf zehn Prozent im Jahr 2010 und dann weiter auf zwölf Prozent im Jahr 2013 gestiegen.

## Die „allgemeine Meinung“

Woher kommt diese gegensätzliche Reaktion der Politik? Ein zentraler Unterschied ist die „allgemeine Meinung“, die von Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern vertreten wird. In den USA akzeptieren viele von ihnen seit der Krise wieder, dass Staatsausgaben eine

Multiplikatorwirkung in der Wirtschaft entfalten, dass die Inflation niedrig bleibt, auch wenn die Notenbank Geld druckt, und dass Staatsschulden nur mit minimal geringerem Wachstum einhergehen.

In Europa hingegen ist dieses Wissen, wie mit einer tiefen Krise umzugehen ist, verloren gegangen – just auf dem Kontinent, wo der Brite John Maynard Keynes die Lehren aus der Weltwirtschaftskrise der 1930er zog. Er hatte durchschaut, dass Märkte sich nicht selbst stabilisieren und dass es daher staatliche Unterstützung braucht.

## Salz- und Süßwasser-Universitäten

Nach der Finanzkrise ab 2007 setzte sich diese Erkenntnis in den USA verhältnismäßig schnell wieder durch. Einen großen Anteil daran hatte die Spaltung der amerikanischen Universitäten in eine „Salzwasser-“ und eine „Süßwasser-Gruppe“. Die Süßwasser-Unis, die im Landesinneren der USA liegen, vertreten das neoliberale Credo, das weltweit in den 1980er- und 1990er-Jahren en vogue war.

Die Salzwasser-Universitäten an der Ost- und der Westküste hingegen bewahrten etwas von dem keynesianischen Wissen über die Weltwirtschaftskrise. Auch wenn die Salzwasser-Unis dieses Wissen immer stärker mit neoliberalen Versatzstücken vermischt hatten – ganz verschwand es nicht aus ihrem Forschungsprogramm. Seit der Finanzkrise bauen sie darauf auf, und ihre Speerspitzen prägen die öffentliche Diskussion.

So etwa Paul Krugman, Nobelpreisträger und Professor in Princeton, in New Jersey an der Ostküste. Er erkannte

## BUCHTIPP

Peter Bofinger:

**Ist der Markt noch zu retten?**

Warum wir jetzt einen starken  
Staat brauchen

Verlag Ullstein, 2010,

252 Seiten, € 9,20

ISBN: 978-3-5483-7341-6



**Bestellung:**

[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

durch seine Forschung zum verlorenen Jahrzehnt Japans schnell die Gefahr der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007, in den USA eine ähnliche Stagnation einzuläuten. Er wurde daher zu einem lautstarken Fürsprecher aktiver Staatseingriffe: Krugman bloggt auf der Homepage der New York Times und tritt regelmäßig in den Medien auf.

Oder Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger und Professor an der Columbia-Universität in New York. Er kritisierte schon als Vizepräsident der Weltbank die Sparpolitik, die Niedrigeinkommensländern im Gegenzug für Kredite auferlegt wurde, und verurteilte den wirtschaftlichen und sozialen Kahlschlag, den diese Kürzungen mit sich brachten. Daher war es nur ein kleiner Schritt, diese Einsicht nach der Krise auch auf die USA und Europa anzuwenden.

Christina Romer ist Professorin an der Universität Berkeley bei San Francisco und war Vorsitzende des Rates der Wirtschaftsberater von US-Präsident Obama. Sie belebte ein ganzes Forschungsfeld wieder, das die Wirkungen von Staatsausgaben auf die Wirtschaftstä-

**Damit verschlimmerte die Politik die private Nachfrageschwäche mit einer öffentlichen Nachfrageschwäche: Europa spart sich in eine zweite Weltwirtschaftskrise. Die wirtschaftliche Entwicklung ist in Europa heute genauso schwach wie zum gleichen Zeitpunkt in der Krise der 1930er-Jahre.**



tigkeit untersucht. Als hätte ihr Artikel die Schleusen geöffnet, gehen seither die wissenschaftlichen Zeitschriften über von Studien, die zeigen, dass der Staat die Wirtschaft ankurbeln kann: durch höhere Ausgaben, vor allem in der Krise.

Sogar der Internationale Währungsfonds, der in der Vergangenheit nicht gerade eine fortschrittliche Politik vertrat, machte in dieser Frage eine Kehrtwende. Olivier Blanchard, Professor am Massachusetts Institute of Technology in Boston und Chefökonom des Internationalen Währungsfonds in Washington, belegte, dass Staatsausgaben viel stärkere Wachstumsimpulse geben als bis dahin angenommen.

In den USA und im internationalen Umfeld besannen sich somit viele Ökonomeninnen und Ökonomen auf die Erkenntnisse aus der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre und bauten darauf relativ rasch mit modernen Methoden auf. Diese Ergebnisse gingen zumindest teilweise in die Politik der USA ein und führten zu einer langsamen Erholung – auch wenn einige WirtschaftswissenschaftlerInnen die Abwendung der Wirtschaftspolitik vom neoliberalen Dogma als zu zögerlich und zu wenig weitgehend kritisierten und daraus folgerten, dass die Erholung schwach sein würde.

## Europa wie in den 1930ern

In Europa ist die Situation dem diametral entgegengesetzt. Im ganzen deutschsprachigen Raum etwa gibt es kaum mehr keynesianische Lehrkräfte an den Universitäten – nicht einmal solche, die durch die Krise bekehrt wurden. Nach einer

Schrecksekunde war daher die wirtschaftspolitische Debatte in Europa neoliberal: Schulden und Defizite müssen reduziert, Löhne für die Wettbewerbsfähigkeit gesenkt werden. Damit verschlimmerte die Politik die private Nachfrageschwäche mit einer öffentlichen Nachfrageschwäche: Europa spart sich in eine zweite Weltwirtschaftskrise. Die wirtschaftliche Entwicklung ist in Europa heute genauso schwach wie zum gleichen Zeitpunkt in der Krise der 1930er-Jahre.

## Gute Ökonomen kommen nicht zu Wort

Dabei gab es Ausnahmen unter den europäischen Ökonomeninnen und Ökonomen, die für eine andere Politik plädierten. In Großbritannien bloggt Simon Wren-Lewis, Professor in Oxford, regelmäßig über die Krise in Europa. Paul de Grauwe, Professor an der London School of Economics, schreibt seit der Krise keynesianische wirtschaftspolitische Analysen. Er zeigte, dass die Finanzmärkte in der Eurozone nicht rational sind, sondern sich wie eine panische Herde verhalten. Das bedeutet, dass die Europäische Zentralbank – so wie jede andere Zentralbank in der westlichen Welt – die Staatsschulden garantieren sollte, damit die Finanzmärkte nicht in der Realwirtschaft Schaden anrichten.

Im deutschsprachigen Raum kamen diese Wirtschaftswissenschaftler in der öffentlichen Debatte über die Krise kaum vor. Von den 15 am häufigsten zitierten Ökonomen waren nur zwei progressiv (und keine einzige eine Frau): Peter Bofinger und Gustav Horn.

In Deutschland ist Peter Bofinger, Professor in Würzburg und Mitglied des

deutschen Sachverständigenrates, ein einsamer Rufer gegen das Spardiktat und die Exporthysterie. Er wird nicht müde darauf hinzuweisen, dass Deutschland unter einer Nachfrageschwäche leidet: Wegen ihrer niedrigen Löhne leisten die Deutschen keinen Beitrag zum europäischen Wachstum. Gustav Horn, Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, sieht ebenfalls eine Steigerung der Nachfrage in Deutschland als das Gebot der Stunde. Er warnt vor der verfehlten europäischen Politik, die sich in der Schuldenbremse und Defizitregeln niederschlägt. Das heißt: Die WirtschaftswissenschaftlerInnen in den USA bewiesen seit der Krise ihre Lernfähigkeit. Sie entdeckten Einsichten aus der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre wieder und bestätigten diese mit modernen Methoden.

In Europa hingegen hielten die große Mehrheit der Ökonomeninnen und Ökonomen sowie die Politik an den veralteten, neoliberalen Dogmen fest. Damit ritten sie die Wirtschaft immer tiefer in den Schlamassel. Bei der steigenden Arbeitslosigkeit ist in Europa auch fünf Jahre nach Krisenbeginn noch kein Ende abzusehen.

Internet:

Homepage von Paul Krugman:

[www.krugmanonline.com](http://www.krugmanonline.com)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin

[miriam.rehm@akwien.at](mailto:miriam.rehm@akwien.at)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

## Ein Dramolett von Beat Weber



# Wer ist schuld an der Krise?

*Milton Friedman, John Maynard Keynes, Rosa Luxemburg und Karl Marx im fiktiven Streitgespräch oder die Geister schulbildender Abnehmerinnen und -frauen der politischen Ökonomie über die wahren Ursachen der aktuellen Wirtschaftskrise.*

*Herr Keynes, seit Ausbruch der Krise scheint sich alle Welt zu Ihnen zu bekennen. Überrascht Sie das?*

**John Maynard Keynes:** Nun, ich war nicht der Erste und bin nicht der Letzte, der darauf hingewiesen hat, dass Finanzmärkte **inhärent** krisenanfällig sind. Denn auf Finanzmärkten werden die Preise von den Erwartungen der Marktteilnehmer getrieben, und alle, die sich an einen Trend ranhängen, können davon profitieren, solange der Trend anhält. Also gibt es Anreize, Warnsignale zu missachten und stattdessen die anderen nachzuahmen, solange sie erfolgreich sind.

Irgendwann – niemand weiß, wann genau – kann die Stimmung am Markt urplötzlich von Hoch- in Tiefstimmung kippen, und alle wollen nur noch verkaufen. So war das auch mit dem Immobilienboom der vergange-

nen Jahre in Ländern wie den USA, Großbritannien, Irland, Spanien und anderen.

Der ist mit Schulden finanziert worden, die immer weitere Preissteigerungen der Immobilien zur Voraussetzung gehabt hätten, um finanzierbar zu bleiben. Doch irgendwann war es aus.

*Sie meinen also, die Krise ist eine Art unvermeidliches Ergebnis der Natur von Finanzmärkten?*

**Keynes:** Nicht unvermeidlich! Es ist eine Frage der Regulierung, die hier entscheidend ist. Warum haben wir in den ersten Jahrzehnten nach 1945 kaum Finanzkrisen gehabt?

Weil die Politik aus der großen Depression der Zwischenkriegszeit, die auf den Börsenkrach von 1929 gefolgt ist, gelernt hat und in der Nachkriegszeit eine strenge Regulierung des Finanzsektors vorgenommen hat – nicht zuletzt auf meinen Ratschlag hin. Das hat Krisen verhindert!

Diese Lektion ist aber in jüngster Zeit in Vergessenheit geraten und man hat immer mehr dereguliert. Die Folge ist, dass Finanzmärkte zu viel Freiheit haben und somit immer mehr Risiken produzieren.

*Können Sie dieser Diagnose etwas abgewinnen, Herr Friedman?*

**Milton Friedman:** Es sind nicht irgendwelche Spekulanten – es ist die Politik, die Schuld an dem Schlamassel hat!

Denn woher bekam denn die ganze Blase, die Herr Keynes soeben so schön beschrieben hat, ihren Treibstoff? Durch die lockere Geldpolitik der amerikanischen Notenbank!

Statt die Geldmenge nach meiner Regel schön knapp zu halten, hat sie die Zentralbank unverantwortlich aufgebläht. Geld war einfach zu billig und im Überfluss vorhanden. Kein Wunder, dass daraus eine Kreditschwemme resultiert hat.

**Keynes:** Alle Schuld auf die Notenbank zu schieben, ist doch nichts als ein hilfloser Versuch, Ihren scheinbar unerschütterlichen Glauben an die Unfehlbarkeit von Märkten aufrechtzuerhalten.

Doch wie kann es sein, dass sich die ach so perfekten Finanzmärkte von der Zinspolitik der Notenbanken in die Irre führen lassen und nur wegen eines kurzfristig niedrigen Zinsniveaus absolut irrwitzige Kreditkonstruktionen aufbauen und windige



Geschäfte eingehen, die ihnen selber auf den Kopf fallen? Auch in Staaten mit höherem Zinsniveau als in den USA ist es zu einer Blase gekommen, z. B. in Großbritannien.

**Karl Marx:** Also bevor sich die zwei Freunde von Markt und Staat hier weiter in die Haare kriegen, möchte ich doch für einen etwas fundamentaleren Blick auf die Sache plädieren.

Wir leben bekanntlich in einem System, das Kapitalismus heißt, und da ist der Staat kein Gegenpol zum Markt, sondern fungiert als ideeller Gesamtkapitalist, der das Funktionieren der Konkurrenz der Einzelkapitale zu sichern hat. Im Krisenfall muss er stabilisierend eingreifen. Und in die Krise gerät das System nicht, weil irgendwer zu gierig war oder einen Fehler begangen hat, sondern weil das System von Natur aus permanent auf eine Krise zusteuert.

**Keynes:** Aber das sage ich ja – der Staat muss gegensteuern, um die instabilen Märkte zu bändigen!

**Rosa Luxemburg:** Für Sie ist der Staat das gute Gegengewicht zum instabilen Markt, eine Art wohlwollender Diktator im Dienste des Volkes. Aber was ist denn in den letzten Jahren passiert? Der Staat hat nicht das Kapital gezähmt, sondern gefördert. Er hat alles getan, um neue Akkumulationsfelder für das Kapital zu schaffen.

Darauf ist der Kapitalismus angewiesen: auf die permanente Erschließung von bislang unerschlossenen Feldern für das Profitemachen. Das läuft nicht so nett, sondern bedeutet vielfach brutale Enteignung – und zwar nicht nur zu Beginn des Kapitalismus, wo Marx „primitive Akkumulation“ nennt, dass mit Waffengewalt die Landbevölkerung aus ihrer Selbstversorgerwirtschaft herausgerissen, von ihrem Land enteignet und zu freien Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeitern gemacht wird. Es passiert permanent!

Die Privatisierung der Gesundheitsvorsorge, die Privatisierung der Pensionsvorsorge, die Verwandlung des Rechts auf Wohnung in das

„Recht“ auf einen Hypothekarkredit zur Anschaffung eines Hauses auf einem Markt, wo Häuser vom Wohnraum zum Anlageobjekt werden – all das sind politische Maßnahmen zur Marktschaffung.

Man könnte das „Akkumulation durch Enteignung“ nennen. Und die Widersprüche in diesem System haben es in die Krise getrieben.

**Friedman:** Auf Märkten werden Widersprüche durch den Preismechanismus und den Untergang von nicht wettbewerbsfähigen Unternehmen gelöst, von einer unausweichlichen Krisentendenz keine Spur.

Wenn es so etwas wie einen Widerspruch gegeben hat in den letzten Jahren, dann höchstens zwischen dem Einkommen der amerikanischen Haushalte und ihrem Konsumniveau. Gestützt von billigen Krediten dank der Notenbank, haben die Menschen einfach über ihre Verhältnisse gelebt!

**Luxemburg:** Wenn Sie die systematische Verelendung der amerikanischen Arbeiter- und Mittelklasse als „über die Verhältnisse leben“ bezeichnen wollen, bitte. Die Lohndrückerei des Kapitals hat in der Tat zu einer Stagnation der Massenkaufkraft geführt. Und den Wohlfahrtsstaat hat man auch zurückgefahren. Um die Leute trotzdem zum Konsumieren zu kriegen, hat man sie in die Verschuldung getrieben.

Das war auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten, und jetzt kommt die Rechnung: Der Kapitalismus muss den Grundwiderspruch, einerseits so geringe Löhne wie möglich zahlen zu wollen, um möglichst hohen Profit machen zu können, aber andererseits kaufkräftige AbnehmerInnen für seine Produkte zu brauchen, irgendwie lösen. Mit der Expansion des Kredits der letzten Jahre hat er die Lösung dieses Widerspruchs nur temporär aufgeschoben.

**Marx:** Die Finanzialisierung der Ökonomie, also die Steuerung der Unternehmen über finanzielle Ziele und Eigentumstitel, die jederzeit verkauft

werden können, die Globalisierung der Produktionsketten und der Abbau von erkämpften Rechten für Lohnabhängige haben den Flexibilitäts-spielraum des Kapitals erhöht.

Auch den Spielraum, Verwertungsproblemen in der Produktion – ich nenne das Überakkumulation – durch Aufbau von fiktivem Kapital über Finanzgeschäfte temporär zu entgehen.

Doch letztlich kann Mehrwert nur durch die Ausbeutung lebendiger Arbeit geschaffen werden, deshalb platzen solche Blasen fiktiven Kapitals früher oder später, und das Kapital ist wieder auf die immer gleiche Frage zurückgeworfen: Wie kann ich neue Akkumulationsfelder erschließen, wie die Ausbeutung in bestehenden Feldern erhöhen?

**Keynes:** Ich denke, Sie sind da zu pessimistisch. Der Staat kann viel machen, um die Wirtschaft zu stabilisieren: Finanzmärkte regulieren, umverteilen, antizyklische Budgetpolitik betreiben, internationale Koordination.

**Marx:** Ich will Ihren Optimismus und Ihre Bewerbung als Samariter des Kapitalismus nicht trüben, aber das kommt mir doch reichlich naiv vor.

Der Leitimperativ lautet Konkurrenz, und dagegen kommt kein Weltrettungsplan, der auf weise Weltlenker vertraut, an. Nur die Lohnabhängigen als Kollektiv können sich darüber erheben – aber nur, indem sie das ganze Haus übernehmen und umbauen, nicht durch bloßes Verschieben der Inneneinrichtung.

*Gesprächsführung: Beat Weber*

---

Beat Weber ist Ökonom in Wien und schreibt regelmäßig für die Zeitung Malmoe.

Überarbeitete Kurzfassung  
eines Beitrags aus der Zeitung Malmoe  
(Heft 46, [www.malmoe.org](http://www.malmoe.org)):  
[www.malmoe.org/artikel/verdienen/1883](http://www.malmoe.org/artikel/verdienen/1883)

# Lettland: Unterwegs zum Euro

*SOZAK-Teilnehmer Georg Steinbock absolvierte sein Europapraktikum in einem der jüngeren EU-Länder.*

**Georg Steinbock**

*Teilnehmer des 62. SOZAK-Lehrgangs*

**D**as Europapraktikum der SOZAK bot mir eine einmalige Chance, Einblick in eines der jüngeren EU-Länder zu gewinnen: Lettland. Wie arbeiten Gewerkschaften dort? Welchen Einfluss hat die Vergangenheit als Teil der Sowjetunion darauf? Was hat sich durch den EU-Beitritt verändert?

Ähnlich dem ÖGB gibt es in Lettland einen Dachverband der Gewerkschaften namens LBAS, dem 20 Gewerkschaften mit insgesamt 100.000 Mitgliedern (etwa elf Prozent der ArbeitnehmerInnen) angeschlossen sind. Eine gesetzliche Interessenvertretung gibt es nicht. Da die ArbeitgeberInnen nur selten freiwillig eine Interessenvertretung gründen, fehlt den Gewerkschaften ein sozialpartnerschaftliches Gegenüber, das die Kompetenzen hätte, Kollektivverträge abzuschließen. Deshalb existieren – wenn überhaupt – in den meisten Bereichen nur betriebliche Vereinbarungen. Um Löhne und Gehälter nach unten zu begrenzen, gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn, der seit der Wirtschaftskrise bei 200 Lats (280 Euro) stagniert.

## Kündigungsschutz per Gesetz

Die Gewerkschaften sind mit deutlich weniger Rechten ausgestattet als in Österreich. Die gesetzlich vorgesehenen Vertrauenspersonen sind mit Betriebsräten nicht zu vergleichen und werden meistens von den ArbeitgeberInnen und Arbeitgebern eingesetzt. ArbeitnehmerInnenvertretung geschieht über betriebliche Ge-

werkschaftsgruppen, die ihre Rechte in Vereinbarungen mit den jeweiligen Betriebsinhaberinnen und -inhabern aushandeln. Von diesen Vereinbarungen hängt es ab, ob GewerkschafterInnen ihre Aufgaben in der Arbeitszeit erfüllen können, ob sie an Schulungen teilnehmen können usw. Per Gesetz werden die GewerkschafterInnen jedoch vor Kündigungen geschützt.

Das Bild der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit ist noch stark durch die Erfahrungen der Bevölkerung mit Gewerkschaften in der Sowjetunion geprägt. In der Lettischen SSR dienten sie der Regierung bzw. der kommunistischen Partei als Sprachrohr. Sie waren Befehlsempfänger und erledigten zum Teil administrative Aufgaben des Sozialsystems. Seit der Unabhängigkeit 1991 sieht die Bevölkerung die Notwendigkeit der Gewerkschaften nicht mehr. Da sie Teil des Systems waren, denken viele, dass sie in der Marktwirtschaft nicht mehr gebraucht werden.

Die Unabhängigkeit änderte auch Lettlands Arbeitslandschaft. Während zuvor Rohstoffe der Sowjetunion in Fabriken in Lettland verarbeitet wurden, führte ein Abzug russischen Kapitals nach 1991 zu einem starken Rückgang der Industrie. Neben zunehmender Arbeitslosigkeit und dem Abrutschen der ländlichen Bevölkerung in die Schattenwirtschaft bedeutete dies auch für die Gewerkschaften einen Rückgang der Organisationsstärke von über 50 Prozent auf etwa elf Prozent. Seither beziehen sie ihre Stärke vor allem aus dem öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften engagieren sich intensiv im Sozialen

Dialog, einer sozialpartnerschaftlichen Einrichtung der Regierung, wo z. B. die Mindestlöhne festgelegt werden. Doch sie fühlen sich dabei immer mehr von ihren Sozialpartnern und der Regierung überfahren. Der Mindestlohn stagniert. Sozialleistungen wurden gekürzt oder hinken immer mehr der Inflation nach.

## Drastisches Sparpaket

Die Krise sehen viele hier als überwunden. Lettland griff mit einem drastischen Sparpaket härter durch als die Troika empfahl und konnte so das Staatsdefizit in Grenzen halten. Die Schattenseiten dieser Sparpolitik – Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, Stellenabbau im Bildungs- und Gesundheitsbereich u. v. m. – nahm die Bevölkerung bislang geduldig hin. Die Hoffnung, dass der EU-Beitritt ihr Leben verbessert, ist verblasst.

Doch die Gewerkschaften sehen nun die Zeit gekommen, um diesen Kurs wieder zu ändern, und fordern Ausbau und Anstieg der Sozialleistungen, Mindestlöhne und Gehälter. Kurz vor meiner Abreise konnte ich einen für Lettland ungewöhnlichen Moment erleben. Angesichts eines internationalen Staatsbesuchs organisierten die Gewerkschaften eine Demonstration mit mehreren Hundert Leuten, um ihren Anliegen öffentlich Gehör zu verschaffen.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[georg.steinbock@vida.at](mailto:georg.steinbock@vida.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

## ZUR PERSON



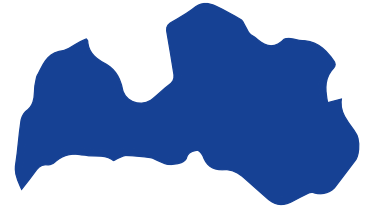
**Inga Ozola, Wohnort: Riga**

Firma: Brauerei Aldaris, gehört zu Carlsberg

Firmenstandort: Riga

Gewerkschaft: LINA (Industrie-Gewerkschaft)

Dachverband: LBAS umfasst 20 Gewerkschaften und hat 109.000 Mitglieder, darunter 100.000 Erwerbstätige



Inga Ozola ist Betriebsrätin in der Brauerei Aldaris in Riga und seit vier Jahren Euro-Betriebsrätin bei Carlsberg. Neben ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit arbeitet Inga weiterhin in der Verwaltung der Brauerei mit.

### Was bedeutet Ihnen Gewerkschaft?

Durch Gewerkschaften haben ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit, ihre Situation zu verbessern. Unsere MitarbeiterInnen kommen mit allen möglichen Problemen zu mir und ich helfe ihnen dann auch gerne so gut ich kann. Die Gewerkschaft ist aber auch eine Brücke zwischen den ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen. Ich arbeite intensiv mit der Geschäftsleitung zusammen, weil es uns beiden wichtig ist, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Auch bei der Arbeitssicherheit können wir viel gemeinsam erreichen.

### Was bedeutet Ihnen die EU?

Ich bin eine EU-Befürworterin, es gibt aber auch einige Kritikpunkte. Die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den EU-Ländern sind zum Teil sehr groß und die Probleme dadurch sind nur langfristige und schwer überwindbar. Die EU legt sehr viel Wert auf Landwirtschaft und zu wenig auf Soziales. Ich genieße die Reisefreiheit und hoffe, dass es auch bald zu einem Abkommen mit Russland kommen wird, das uns auch dort die Einreise erleichtert.

### Welches ist Ihr Lieblingsland in Europa? Warum?

Ich mag Länder wie Belgien oder Österreich, die eine starke Sozialpartnerschaft pflegen und lösungsorientiert im Sinne der ArbeitnehmerInnen handeln. Länder wie Spanien oder Italien sind zwar bei Diskussionen emotionaler und hauen schneller einmal auf den Tisch, doch es kommt dann am Ende des Tages eher wenig raus. Ich mag es auch nicht, wenn wegen allem sofort gestreikt wird.

### Wie sehen Sie die Euro-Einführung?

Ich persönlich glaube, dass sich nicht viel ändern wird. Unsere Währung ist ja jetzt auch schon an den Euro gekoppelt. Viele Leute hier fürchten aber, dass es zu einem starken Preisanstieg kommen wird. Die Regierung verspricht, dass dies nicht so sein wird. Doch die lettische Bevölkerung wird zu wenig informiert und dadurch steigt die Angst auch an.

### Was bringt der Euro-Betriebsrat?

Ich erhalte schneller und mehr Neuigkeiten vom Topmanagement. Dadurch bin ich besser über wichtige Projekte informiert und Strukturänderungen sind früher ersichtlich.

Wir vergleichen unsere Arbeitsbedingungen und arbeiten mit Best-Practice-Beispielen, um so alles auf ein höheres Level zu heben. Wenn jemand beim lokalen Management mit Vorschlägen abblitzt, können wir durch den Euro-Betriebsrat auch eine Stufe höher gehen.

Wir wollen die Ausbildung der Betriebsrätinnen und Betriebsräte verbessern. Demnächst sollen Sprach- und



## INFO &amp; NEWS

#### Lettland:

EinwohnerInnen: 2,023.800

Währung: Lats (ab 1. Jänner 2014 Euro)

BIP pro Kopf: 14.924 USD

Human Development Index: 0,814

#### Aktuelle Durchschnittskosten

1 Liter Benzin: € 1,34 – € 1,35

1 Laib Brot: € 0,35 – € 1,00

1 Tasse Kaffee schwarz: € 0,70 – € 2,85

½ Liter Bier im Lokal: € 0,35 – € 3,50

1 kg Tomaten: € 1,14 – € 1,80

1 Taxifahrt pro Kilometer: € 0,71

Verhandlungstrainings und andere nützliche Ausbildungen über den Euro-Betriebsrat angeboten werden.



# „Wir wollen unser Leben zurück!“

*Allein in Thessaloniki leben 300.000 Menschen ohne Krankenversicherung. Die Klinik der Solidarität hilft. weltumspannend arbeiten unterstützt sie dabei.*

Carmen Janko  
ÖGB Oberösterreich

**W**ir wollen unser Leben zurück!“, sagt Dimitra Chatziyiannaki. Die aparte 55-jährige Blondine hat als Abteilungsleiterin gearbeitet, ihr Mann ist Uni-Professor. Jetzt ist sie arbeitslos, wie jede/jeder Dritte in Griechenland. Das Gehalt ihres Mannes hat die Regierung auf 900 Euro gekürzt. Die Raten für das Haus im Zentrum von Thessaloniki sind nicht mehr drin. Trotzdem findet Dimitra, dass sie privilegiert ist: Sie kann die Stromrechnung zahlen und hat etwas zu essen. Eine neue Steuer auf Strom war der Anlass für Dimitra, eine Nachbarschaftsinitiative zu gründen. Die Mitglieder organisieren Protestaktionen beim Stromlieferanten und außerdem einen Direktmarkt, auf dem Produzentinnen und Produzenten ihre Waren ohne ZwischenhändlerInnen verkaufen. Wie etwa der Ex-Reisejournalist und die ehemalige Physiotherapeutin, die heute zu Hause Marmelade einkochen.

## Geschlossene Rollläden

Im Zentrum von Thessaloniki brodeln das Leben. Der Verkehr braust zu jeder Tages- und Nachtzeit, Menschen sind auch um Mitternacht auf den Straßen. Auf den ersten Blick schaut die Stadt aus wie eine normale südeuropäische Metropole. Die Auslagen sind voll, die Cafés hip. Doch etwa bei jedem vierten Geschäft sind die Rollläden geschlossen. Und es gibt kein Fleckchen Hausmauer, keinen Blumentrog, kein Schild, das nicht mit Parolen besprüht ist.

Dimitra und ihre Nachbarn kaufen Seifen und Waschmittel bei Bio.me. Aus Solidarität. Die Arbeiter im Gewerbegebiet weit vor den Toren der Stadt haben den Betrieb in Eigenregie übernommen, nachdem ihre Firma pleiteging. 38 Arbeiter haben die Produktion auf natürliche Reinigungsmittel umgestellt, die sie selbst vermarkten. Sie bewegen sich im rechtsfreien Raum. Die Rezepte sind aus dem Internet, administrative Computerarbeit mussten sich die Männer aneignen, denn die Angestellten haben den Betrieb verlassen, als sie hörten, dass alle jetzt gleich viel vom Kuchen bekommen sollen. Im Freien, vor den Produktionsräumen, steht ein selbstgezimmerter Tisch aus Pressspanplatten, darum alte Plastikstühle. Dort versammeln sich die Arbeiter und treffen im Kollektiv ihre Entscheidungen. Im Februar läuft die staatliche Krankenversicherung – in die sie jahrzehntelang eingezahlt haben – aus, weil sie schon zu lange keine offizielle Arbeit mehr haben.

Ein Schicksal, das sie mit 30 Prozent der Griechinnen und Griechen teilen, die mangels Versicherung weder ins Krankenhaus noch zu einem Arzt gehen können. Dimitras Tochter Katerina Notopoulou ist Psychologin. Die 26-Jährige ist arbeitslos, wie zwei von drei Jungen in Griechenland. Gemeinsam mit Ärztinnen und Ärzten, Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern sowie anderen Freiwilligen betreibt sie die „Klinik der Solidarität“ in einer schäbigen Seitenstraße im chinesischen Viertel. Der Gewerkschaftsverband GSEE hat dort ein Haus, in einem Stockwerk hat die Klinik ein Zuhause gefunden. Zwei

## INFO & NEWS

### Klinik der Solidarität

Die Klinik versteht sich als politisches Projekt und organisiert Aktionen gegen Sozialabbau, Rassismus und Rechtsextremismus. Alle MitarbeiterInnen sind Freiwillige, die Spenden fließen direkt in die Versorgung der Patientinnen und Patienten.

Kontoinhaber: weltumspannend arbeiten

Kontonummer: 46610093809

BLZ: 14 000 (BAWAG P.S.K.)

IBAN: AT091400046610093809

BIC: BAWAATWW

[www.klinik-der-solidaritaet.at](http://www.klinik-der-solidaritaet.at)

streunende Hunde liegen vor dem Haus mit dem unscheinbaren Eingang, eine kleine Tafel dient als einziger Hinweis. Griechinnen und Griechen, die plötzlich keine Versicherung mehr haben, werden hier versorgt. Ehrenamtlich behandeln AllgemeinmedizinerInnen sowie Ärztinnen und Ärzte aus den Bereichen Kinder- und Zahnheilkunde sowie dem HNO-Bereich 5.000 bis 6.000 Menschen pro Jahr, die keinen anderen Zugang zu medizinischer Versorgung haben, impfen Kinder und versorgen Schwangere. 300.000 Unversicherte leben allein in Thessaloniki.

## Milchpulver und Tabletten

Im kleinen Behandlungszimmer, in dem jeden Tag von 18.00 bis 21.00 Uhr ein anderer Facharzt ordiniert, öffnet Katerina eine Kommode, in der einige



**In der internen Apotheke sind Regale bis zur Decke mit Tablettenschachteln gefüllt. Medizin bekommt nur, wer zuvor eine Ärztin/einen Arzt konsultiert hat. Die Klinik lebt von Spenden, auch aus dem Ausland. 26.000 Euro hat der ÖGB-Verein weltumspannend arbeiten bereits gesammelt, um die Betriebskosten zu decken.**

Dosen Milchpulver stehen. „Viele Patientinnen und Patienten fragen nach Babynahrung“, erzählt die Aktivistin, die selbst nichts verdient und auf die finanzielle Unterstützung ihrer Oma angewiesen ist. Die Klinik sammelt nicht nur Babynahrung, sondern auch Medikamente, die nicht mehr gebraucht werden. In der internen Apotheke sind Regale bis zur Decke mit Tablettenschachteln gefüllt. Medizin bekommt nur, wer zuvor eine Ärztin/einen Arzt konsultiert hat. Die Klinik lebt von Spenden, auch aus dem Ausland. 26.000 Euro hat der ÖGB-Verein weltumspannend arbeiten bereits gesammelt, um die Betriebskosten zu decken.

### Hilfesuchende stehen Schlange

An den Tagen, an denen die Arzttermine vergeben werden, stehen die Hilfesuchenden bis auf die Straße Schlange. „Wir nehmen uns Zeit für unsere Patientinnen und Patienten. Die Bedingungen sind in unserer Ambulanz wahrscheinlich besser als in so manchem öffentlichen Spital, denn dort mangelt es sogar an Reinigungsmitteln“, sagt Katerina. Doch die Klinik kann nur ambulante Versorgung übernehmen. Wer operiert werden muss, braucht ein Krankenhaus. Die Ärztinnen und Ärzte sowie die PflegerInnen in der Universitätsklinik von Thessaloniki tun ihr Möglichstes, den radikalen Personalabbau zu kompensieren, doch es fehlen Medikamente, Verbandsmaterial, alles. Wer eine Versicherung hat, zahlt nichts für die Behandlung. Die 30 Prozent ohne Versicherung werden nur aufgenommen, wenn ihr Leben in Gefahr ist, danach wird für die Leistung kassiert. „Menschen

sterben, weil sie keine medizinischen Leistungen bekommen, viele werden krank, weil es keine Prävention gibt“, klagt ein Belegschaftsvertreter das Versagen der Regierung an.

### Kein Geld für Miete und Strom

Keine Frage, Griechenland hatte auch vor der Krise große Probleme. Der Filz in der Politik, der überbordende öffentliche Sektor, eine nicht wettbewerbsfähige Wirtschaft und fehlende Industrie haben zu unhaltbaren Zuständen geführt. Doch unter dem Spardiktat der Troika hat die Regierung, gebildet aus der Mitte-rechts-Partei Nea Dimokratia und der sozialdemokratischen Pasok, den Sozialstaat zugrunde gerichtet und Griechenland von einem westeuropäischen Wohlfahrtsstaat zu einem Land gemacht, in dem Zustände wie in der Dritten Welt herrschen. Der Mindestlohn wurde auf 500 Euro brutto für Junge und 580 Euro für Erwachsene gekürzt, die Regierung schmälerte Pensionen, entließ Tausende Beamte und sparte das Gesundheitswesen kaputt.

Die Armut ist in Thessaloniki noch unsichtbar. Die Menschen auf den Straßen sind gut gekleidet, die Zahl der BettlerInnen ist nicht höher als in einer österreichischen Stadt. Die Hunderttausenden, denen das soziale Netz entzogen wurde, sind zu Hause, in den Arbeitervierteln außerhalb des Zentrums. Noch wurden sie nicht aus ihren Wohnungen geschmissen, obwohl sie die Miete nicht mehr aufbringen, noch haben die meisten Strom, noch sind es nur 15 Prozent, die die Wasserrechnung nicht zahlen

können und die beim staatlichen Versorgungsunternehmen um Stundung ersuchen, damit ihnen die Leitung nicht abgedreht wird. Dass nun das Ende der Fahnenstange erreicht ist, erkennt auch der Pasok-Generalsekretär von Thessaloniki, der von „Entwicklungsmaßnahmen“ spricht, die nun folgen müssten. Doch die Troika verlangt Privatisierungen. So soll auch das staatliche Wasserversorgungsunternehmen an einen Konzern verkauft werden.

Überhaupt glauben nur mehr wenige Menschen an die Pasok, die blutleer wirkt und visionslos. Sie verzeihen der Regierung nicht, dass sie Proteste niederschlagen lässt, dass sie das öffentlich-rechtliche Fernsehen ERT abdrehte, die 3.000 Beschäftigten feuerte und nun einen neuen Staatsfunk aufbaut. Pagonis Panajotis gehört der Pasok-Mehrheit in der Gewerkschaft an. Die eigene Regierungspartei ruiniert gerade finanziell den Gewerkschaftsdachverband, weil sie Streiks und Widerstand brechen will. Er wirkt beschämt. Viele haben der Pasok den Rücken gekehrt. Sie und viele Menschen aus sozialen Initiativen setzen ihre Hoffnungen nun in die junge Linkspartei Syriza, die den Menschen vermittelt, alles anders machen zu wollen, die populistisch der Troika die Stirn bietet. Allein, den Wahrheitsbeweis in einer Regierung musste sie noch nicht antreten.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[carmen.janko@oegb.at](mailto:carmen.janko@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Arbeit & Wirtschaft

... AUF DEN  
BLOG GEBRACHT

Der [blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at) ergänzt die Printausgabe der „A&W“ als digitales Informations- und Diskussionsforum.

## DIE MEISTGELESENEN BEITRÄGE DER LETZTEN 30 TAGE:

- » Das Budgetdefizit: Süchtige PolitikerInnen und weise Ökonomen?
- » Umverteilung durch gerechtere Steuerpolitik: Eine makroökonomische Begründung
- » Wir sind nicht alle Kapitalisten

## BUDGETDEFIZIT: SÜCHTIGE POLITIKERINNEN, WEISE ÖKONOMEN?

Sepp Zuckerstätter, Referent für Lohnpolitik, Einkommensverteilung und Finanzmarktregulierung in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft der AK Wien, reagiert in seinem Beitrag auf die pauschale Vorverurteilung seitens des Wirtschaftsforschers Hans Pitlik (WIFO), dass PolitikerInnen „schuldensüchtig“ seien. Er analysiert die Prognosen zum Schuldenstand des Staates in den vergangenen Jahren.

Dabei stellt er fest, dass die für die Budgetplanung bedeutsamen mittelfristigen Prognosen des WIFO in den vergangenen Jahren deutlich zu negativ waren. Sprich: das Defizit war immer kleiner als prognostiziert. So liegt die Vermutung nahe, dass die WirtschaftsforscherInnen manchmal eher etwas pessimistischer prognostizieren, um zu verhindern, dass die Politik zu viel Geld ausgibt. Wie sich die Sparsamkeit aber auf die BürgerInnen auswirkt, scheinen die ForscherInnen dabei nicht zu berücksichtigen. Zuckerstätter wünscht sich WirtschaftswissenschaftlerInnen, die mehr den Daten und Fakten folgen als Vorurteilen gegenüber der Politik in Sachen „suchtbedingter Unverantwortlichkeit“.

Lesen Sie nach: [tinyurl.com/q8wcf9e](http://tinyurl.com/q8wcf9e)

## UMVERTEILUNG DURCH GERECHTERE STEUERPOLITIK

Achim Truger ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomie und Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Er sieht die wesentlichen Ursachen für die noch immer andauernde Krise in den Ungleichgewichten zwischen den einzelnen Volkswirtschaften, der immer ungleicheren Verteilung der Einkommen und in den unregulierten Finanzmärkten.

Die aus einer falschen Analyse resultierende budgetäre Kürzungspolitik löse keine Probleme, so Truger, sondern führe zu katastrophalen Ergebnissen. Die das Konjunkturtief verstärkende Konsolidierungspolitik sei nur das Rezept für einen schweren und anhaltenden Wirtschaftseinbruch im Euroraum. Das besonders Gravierende an dieser Politik sei, dass sie nicht „nur“ ökonomische Kosten verursache: Fast alle Errungenschaften der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften stehen unter Druck.

Truger plädiert abschließend dafür, das „neoliberale Wunschkonzert“, welches zu einer Beschneidung der Sozialstaaten führe, zu beenden. Der jahrzehntelange Steuersenkungswettbewerb der Industriestaaten im Namen des „Standorts“ für Großkonzerne und Vermögende müsse gestoppt werden. Dazu sei eben ein steuerpolitischer Kurswechsel nötig – durch kräftige Lohnsteigerungen und Umschichtung der Steuerlast auf die Vermögenden.

Lesen Sie nach: [tinyurl.com/pm3s2nt](http://tinyurl.com/pm3s2nt)

## WIR SIND NICHT ALLE KAPITALISTEN

Miriam Rehm, Expertin für Makroökonomie und Verteilung der AK Wien, und Sepp Zuckerstätter zeigen in ihrem Blogbeitrag, dass der Klassenbegriff in der modernen österreichischen Gesellschaft

keineswegs bedeutungslos geworden ist. Die Daten zeigen, dass Klassengegensätze für den Großteil der Bevölkerung die Realität sind: Also ArbeitnehmerInnen beziehen hauptsächlich Arbeitseinkommen, Selbstständige hauptsächlich Profite (Gewinneinkommen) und Zinsen (Kapitaleinkommen).

Laut europäischen Untersuchungen sind rund 45 Prozent der Haushalte reine „ArbeitnehmerInnen-Haushalte“, rund fünf Prozent Selbstständigen-Haushalte und ca. sieben Prozent beziehen Einkommen aus sowohl unselbstständiger als auch selbstständiger Arbeit. Wären die Einkommen gleich verteilt, so hätten beispielsweise ArbeitnehmerInnen-Haushalte 45 Prozent der Einkommen aus Gewinnen und Zinseinkommen. Tatsächlich generieren sie aber nur 15 Prozent der Profite, sechs Prozent der Zinseinkommen und dafür aber 70 Prozent der Arbeitseinkommen. Nur eine sehr kleine Gruppe hingegen scheint eben jene Klassengegensätze überwunden zu haben. Das sind jene Haushalte, in denen sowohl ArbeitnehmerInnen als auch UnternehmerInnen leben. Diese haben in beiden Segmenten (Arbeit und Gewinne/Zinsen) überdurchschnittlich hohe Einkommen. Diese Gruppe macht aber eben nur sieben Prozent der österreichischen Haushalte aus.

Rehm und Zuckerstätter schlussfolgern, dass die Politik öfter die Mehrheit der Bevölkerung, die in erster Linie mit ihrem Arbeitseinkommen ein Auskommen finden muss, berücksichtigen sollte. Für sie ist die Klassengesellschaft monatliche Realität des Einkommens.

Lesen Sie nach: [tinyurl.com/o551l9v](http://tinyurl.com/o551l9v)

Mehr dazu und weitere aktuelle, informative Beiträge unserer Expertinnen und Experten lesen Sie unter [blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at)



## Aus der Theorie für die Praxis

**M**assenarbeitslosigkeit, hohe Staatsverschuldung und eine bedrohliche Ungleichheit prägen die wirtschaftliche Lage in Europa im sechsten Jahr der Krise. In dieser Situation zeigt sich, wie wichtig es ist, sich mit den Grundlagen der ökonomischen Theorien zu beschäftigen. Sowohl die Wirtschaftspolitik, die in diese tiefe Krise geführt hat, als auch die alternativen Vorschläge für die Überwindung der Krise basieren auf unterschiedlichen wirtschaftswissenschaftlichen Theorien.

### Neoklassischer Irrweg

Der Politik der Europäischen Kommission liegt die neoklassische Wirtschaftstheorie zugrunde. Die wichtigsten Elemente dieser Theorie haben sich in der Krise als falsch herausgestellt: Etwa die These von der Stabilität und Wohlstand schaffenden Wirkung nicht regulierter Finanzmärkte oder das noch 2010 eifrig verbreitete Märchen von den positiven Effekten von Sparpaketen auf Wirtschaft und Beschäftigung oder die Lohnsenkungen, die angeblich einen Rückgang der Arbeitslosigkeit bewirken.

Die Ursache dieses Versagens liegt in den Annahmen: Unregulierte Märkte würden von selbst Stabilität und Wohlstand schaffen oder im Krisenfall käme es automatisch zu einer raschen Rück-

kehr zum Normalzustand eines „allgemeinen Gleichgewichts“.

Der Säulenheilige der Neoliberalen, Friedrich August von Hayek, teilte die meisten wirtschaftspolitischen Empfehlungen mit der neoklassischen Theorie. Schade, denn er hat einen wichtigen Beitrag zur ökonomischen Theorie geleistet, indem er den Wettbewerb als Entdeckungsprozess beschrieb, bei dem Wissen entsteht. Doch wirtschaftspolitisch verrannte sich Hayek in Extrempositionen: Er interpretierte Wirtschaftskrisen als Reinigungskrisen und empfahl, Staatseingriffe zu vermeiden. Ihm schwebte ein Kapitalismus vor, der nicht von Demokratie, Sozialstaat oder der Idee von sozialer Gerechtigkeit begrenzt wäre. Jeden Eingriff der Sozial- oder der Beschäftigungspolitik in das freie Spiel der Marktkräfte erachtete er als einen Schritt in Richtung Totalitarismus. Ende der 1970er-Jahre sah er „die Freiheit“ besser durch autoritäre Regime – wie jenes von General Augusto Pinochet in Chile – geschützt als durch Demokratien.

### Brauchbare Impulse von Keynes

Die brauchbarsten Impulse für eine erfolgreiche Bewältigung der Eurokrise können vom bahnbrechenden Werk des Briten John Maynard Keynes ausgehen. Keynes zeigte in den 1930er-Jahren, warum Marktwirtschaften instabil sind

und immer wieder zu hoher Arbeitslosigkeit führen, der mit staatlichem Deficit-Spending und einer Regulierung des Finanzsektors begegnet werden muss. Von Keynes stammen aber auch wichtige Anregungen für eine stabile langfristige wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Fortschritt: Er empfahl, zugunsten der unteren, konsumfreudigen Einkommensgruppen umzuverteilen und den technischen Fortschritt für eine Reduktion der Arbeitszeit zu nutzen.

### Schlag nach bei Marx

Politisch der Liberalen Partei nahestehend widmete Keynes allerdings der Frage der Macht in der Ökonomie zu wenig Aufmerksamkeit. Hierin besteht der entscheidende Beitrag von Karl Marx. Dieser erkannte, dass Krisen ein inhärentes Merkmal kapitalistischer Wirtschaftssysteme sind und sah ihre Ursachen in den fundamentalen Interessenunterschieden und der ungleichen Verteilung von wirtschaftlicher und politischer Macht zwischen besitzender und arbeitender Klasse.

Eine Beschäftigung mit den theoretischen Grundlagen ist für eine an den Interessen der ArbeitnehmerInnen orientierte Politik wichtig. Nur so können die wirtschaftspolitischen Alternativen kohärent und überzeugend dargestellt werden.

**Bretton-Woods-Abkommen:** 1944 in Bretton Woods, New Hampshire/USA von 44 Staaten geschlossene Verträge über die Errichtung des Weltwährungsfonds IWF und der Weltbank. Ziel des 1946 in Kraft getretenen Abkommens war die umfassende Neuordnung der Weltwirtschaft als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise und den Zweiten Weltkrieg. Ab dem Beginn der 1970er-Jahre wurde das Abkommen immer wieder novelliert. Durch die Schwäche des Dollars als Leitwährung wurde unter anderem das Prinzip der festen Wechselkurse geändert. (Seite 12)

**diskretionär:** nach freiem Ermessen (Seite 27)

**Feudalwirtschaft:** Im Mittelalter übliche Wirtschaftsform, bei der die Mehrheit der Bevölkerung aus Bauern bestand, die das Land für ihre Grundherren bewirtschafteten, von denen sie persönlich abhängig waren. Die Grundherren wiederum erhielten ihr Land (Lehen) von höhergestellten Adligen, denen sie dafür Kriegsdienste schuldeten. (Seite 16)

**Friedman, Milton:** US-amerikanischer Ökonom (1912–2006), der wichtige Arbeiten zu den Themen Mikro- und Makroökonomie, Statistik und Wirtschaftsgeschichte verfasste (Kapitalismus und Freiheit, Die Rolle der Geldpolitik etc.), Vertreter des ökonomischen Liberalismus. Er erhielt 1976 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften, u. a. auch für seine Demonstration der Komplexität der Stabilitätspolitik. (Seite 38)

**Greenspan, Alan:** US-Wirtschaftswissenschaftler, geb. 1926, unterstützte Richard Nixon im Wahlkampf, unter Ronald Reagan wurde er 1987 zum Chef der US-Zentralbank (United States Federal Reserve Board = Fed) ernannt und arbeitete dann unter insgesamt vier US-Präsidenten. 2001 wurde Greenspan der Goldpreismanipulation beschuldigt, allerdings ohne Konsequenzen. Wegen seiner Niedrigzinspolitik wurde er für den spekulativen Preisauftrieb im Aktien- und Immobiliensektor mitverantwortlich gemacht. Anfang 2006 folgte ihm Ben Bernanke nach. (Seite 28)

**Hyperinflation:** unkontrollierbare Inflation mit enormen Preissteigerungen, üblicherweise spricht man bei Inflationsraten von 50 Prozent pro Woche von einer Hyperinflation, die in der Regel nur kurz andauert, mit großen Katastrophen, Kriegen oder gesellschaftlichen Umwälzungen Hand in Hand geht und mit einer Währungsreform endet. Die höchste jemals erreichte Inflation verzeichnete Ungarn nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, wo sich die Preise von Tag zu Tag verdreifachten. (Seite 14)

**inhärent:** innewohnend, an etwas haftend (Seite 38)

**Kahn, Richard:** britischer Wirtschaftswissenschaftler (1905–1989), Schüler und Mitarbeiter von John Maynard Keynes. (Seite 13)

**Kalecki, Michal:** polnischer Ökonom (1899–1970), arbeitete – ohne abgeschlossenes Studium und als Autodidakt – anfangs als Wirtschaftsjournalist, ab 1929 war er Mitarbeiter am Institut für Konjunktur- und Preisforschung in Warschau, danach war er international tätig, u. a. als UN-Berater. Kalecki nahm einige Thesen des Keynesianismus vorweg und erweiterte diesen. 1944, als Mitarbeiter des Oxford Institute of Statistics, veröffentlichte er sein Werk „Drei Wege zur Vollbeschäftigung“. (Seite 13)

**Kuznets, Simon Smith:** US-amerikanischer Ökonom (1901–1985), führte den Begriff des Bruttosozialproduktes ein und beschrieb als erster den Konjunkturzyklus in Industriestaaten. Die sogenannte Kuznets-Kurve zeigt, dass ökonomische Ungleichheit während der Entwicklung eines Landes zuerst ansteigt und dann abfällt – eine These, die heute widerlegt ist. Der gebürtige Russe erhielt 1971 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. (Seite 30)

**Luxemburg, Rosa:** polnisch-deutsche Leitfigur der Arbeiterbewegung und des Marxismus (1871–1919), bereits in

jungen Jahren engagierte sie sich in einer marxistischen Untergrundbewegung und musste 1889 nach Zürich fliehen, wo sie ein Studium begann. 1898 wurde sie Mitglied der SPD und bald zur Wortführerin des linken Flügels. Sie plädierte immer wieder für ein gemeinsames Handeln aller europäischen Arbeiterparteien gegen den Krieg und falls nötig für einen Generalstreik. 1916 gründete Luxemburg die „Spartakusgruppe“, wo sie gemeinsam mit Karl Liebknecht und anderen Gleichgesinnten für einen Generalstreik für den Frieden kämpfte. Den Großteil der Kriegsjahre verbrachte sie in Haft. Wieder in Freiheit, verfasste sie das Programm der 1919 gegründeten KPD. Kurz darauf wurden Luxemburg und Liebknecht von der „Bürgerwehr“ ermordet, was zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen in ganz Deutschland führte. (Seite 38)

**Mises, Ludwig von:** österreichisch-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler (1881–1973), Theoretiker des Liberalismus und einer der wichtigsten Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie im 20. Jahrhundert. (Seite 14)

**monieren:** beanstanden, bemängeln (Seite 22)

**Myrdal, Gunnar:** schwedischer Ökonom (1898–1987), erhielt 1974 gemeinsam mit Friedrich August von Hayek für die Pionierarbeit auf dem Gebiet der Geld- und Konjunkturtheorie und ihre Analysen des Zusammenhangs zwischen ökonomischen, sozialen und institutionellen Phänomenen den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. (Seite 13)

**Nimbus:** besonderes Ansehen, Heiligenschein (Seite 32)

**Oligopol:** Marktform, bei der nur einige wenige Unternehmen dominieren. (Seite 13, 20)

**Paritätische Kommission für Lohn- und Preisfragen:** 1957 ursprünglich als zeitlich begrenztes, informelles System der freiwilligen Zusammenarbeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und Regierung eingesetzt, war die Paritätische Kommission lange Zeit ein zentrales Instrument der Sozialpartnerschaft. Durch Marktöffnungen und den EU-Beitritt hat sie an Bedeutung verloren, vor allem im Bereich der Preise gab es seit 1994 keine Regelung mehr. (Seite 23)

**Pasok:** sozialdemokratische Partei in Griechenland, gegründet 1974 von Andreas Papandreu. Durch die von ihr maßgeblich mitgetragenen Spar- und Reformmaßnahmen im Zuge der Krise verlor die Pasok bei den Wahlen 2012 rund 70 Prozent ihrer WählerInnen. (Seite 43)

**Rajan, Raghuram:** indisch-amerikanischer Ökonom, geb. 1963, lehrt seit 1995 an der University of Chicago, 2003–2006 Chefökonom des IWF. Bei Alan Greenspans Verabschiedungsfeier 2005 sorgte Rajan für Aufregung, weil er vor einer großen Finanzkrise warnte. Seit September 2013 leitet er die indische Notenbank in Mumbai. (Seite 31)

**Ricardo, David:** britischer Ökonom (1772–1823), begründete in den 1817 erschienenen „Principles of Political Economy and Taxation“ das sogenannte ricardianische Außenhandelsmodell, nach dem sich Außenhandel für alle Volkswirtschaften lohnt, selbst für jene, die gegenüber anderen Staaten bei allen Gütern Kostennachteile haben. Später wurde der Lehrstuhl der politischen Ökonomie an der Londoner Universität nach ihm benannt. (Seite 16)

**Robinson, Joan:** britische Ökonomin (1903–1983), vertrat in ihren Schriften u. a. die Auffassung, dass durch monopolistische Marktstrukturen (= Machtungleichgewicht) die UnternehmerInnen ihre Profite auf Kosten der ArbeitnehmerInnen nicht nur vergrößern, indem sie niedrigere Löhne bezahlen, sondern auch, indem sie höhere Konsumentenpreise verlangen. (Seite 13)

**Roosevelt, Franklin Delano:** US-Politiker (1882–1945), schon früh war Roosevelt als progressiver Demokrat bekannt, der für die Stärkung der Demokratie und eine gerechtere

Weltordnung sowie für eine starke Position der USA eintrat. Während seiner Präsidentschaft (1933–1945) verfolgte er außenpolitisch die sogenannte „Good Neighbor Policy“ (v. a. gegenüber Südamerika) für eine starke Position der USA ohne imperialistische Tendenzen. (Seite 12)

**Say'sches Gesetz:** von Jean-Baptiste Say, einem Vertreter der klassischen Nationalökonomie Anfang des 19. Jahrhunderts formulierter Kausalzusammenhang zwischen den volkswirtschaftlichen Größen Angebot und Nachfrage mit der Quintessenz „jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage selbst“. (Seite 12)

**Sen, Amartya:** indischer Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph, geb. 1933; beschäftigt sich vor allem mit den Themen Armut und Wohlfahrtsökonomie. Auf Sens Vorschläge geht die Einrichtung des Human Development Index zurück, den das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen seit 1990 regelmäßig herausgibt. 1998 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften; Werke: Die Idee der Gerechtigkeit, Die Identitätsfalle: Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt, Ökonomie für den Menschen etc. (Seite 31)

**Smith, Adam:** schottischer Moralphilosoph und Aufklärer (1723–1790), gilt als Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre. In seinen Werken befasste er sich mit Arbeitsteilung, dem freien Markt, der Außenhandelstheorie und der Rolle des Staates. Smith sah den gesellschaftlichen Wohlstand in einem System der natürlichen Freiheit am besten verwirklicht. Er ging davon aus, dass durch die Verfolgung privater Interessen öffentliche Interessen oft am besten erfüllt würden. Der Staat solle nur Rahmenbedingungen schaffen und habe nur wenige zentrale Aufgaben wie etwa die Landesverteidigung, Schulen, Transportwesen u. ä. (Seite 16)

**Sraffa, Piero:** italienischer Ökonom (1898–1983), untersuchte vor allem den Zusammenhang zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. (Seite 13)

**Stiglitz, Joseph:** US-Ökonom, geb. 1943, erhielt 2001 den Wirtschaftsnobelpreis, Wirtschaftsberater von Bill Clinton, Globalisierungskritiker. Mitinitiator des 2009 gegründeten Institute for New Economic Thinking (INET), um neue Denkansätze für die Volkswirtschaftslehre zu entwickeln. Aktuelle Publikation: Der Preis der Ungleichheit. (Seite 31)

**Ungarnaufstand 1956:** Nachdem die Regierung am 23. Oktober 1956 den Schießbefehl auf friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten in Budapest gegeben hatte, kam es zum Volksaufstand. Binnen weniger Tage wurde die Einpartei-diktatur durch eine Mehrparteieregierung unter der Leitung von Imre Nagy abgelöst. Ungarn trat aus dem Warschauer Pakt aus, erklärte seine Neutralität und forderte die Sowjetarmee zum Verlassen des Landes auf. Doch diese ließ zusätzlich Truppen einmarschieren, kurz darauf wurde die pro-sowjetische Regierung unter János Kádár eingesetzt. Der Westen unterstützte die Aufständischen nur verbal, die Kämpfe dauerten noch einige Wochen. Danach wurden Hunderte Aktivistinnen und Aktivisten von den kommunistischen Machthabern hingerichtet, Tausende verhaftet. Hunderttausende Ungarn waren in den Westen geflüchtet. Der 23. Oktober ist seit 1989 ungarischer Nationalfeiertag. (Seite 22)

**Weltgewerkschaftsbund (WGB):** 1945 gegründeter Zusammenschluss aller Gewerkschaften, unabhängig vom ideologischen oder politischen Hintergrund. 1949 wurde der WGB durch den Kalten Krieg gespalten, der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) als Zusammenschluss der westlich-demokratischen Gewerkschaften entstand. Im WGB verblieben die Gewerkschaften der sozialistischen Staaten sowie kommunistischen Parteien nahestehende Gewerkschaften der nicht sozialistischen Staaten. Sitz des WGB ist in Athen. (Seite 22)

Verlag des Österreichischen  
 Gewerkschaftsbundes GmbH  
 Kontaktadresse: Fachbuchhandlung  
 Rathausstraße 21 | 1010 Wien  
 Telefon: +43 1 405 49 98-132  
 Fax: +43 1 405 49 98-136  
 fachbuchhandlung@oegbverlag.at  
 www.oegbverlag.at



## MUTTERSCHUTZGESETZ UND VÄTER-KARENZGESETZ

Reihe: Gesetze und Kommentare Nr. 69

Karin Burger-Ehrnhofer, Bettina Schrittwieser, Martina Thomasberger  
 2013 || 656 Seiten || Rechtsstand: 1. August 2013 || EUR 59,-  
 ISBN: 978-3-7035-1601-6

Inklusive e-Book inside!

Seit der ersten Auflage im Jahr 2007 gab es im MSchG und im VKG einige Änderungen. So hat sich neben der Neufassung der Elternurlaubs-Richtlinie der EU vor allem die Rechtsprechung zu beiden Gesetzen in wichtigen Punkten weiterentwickelt. Dies war für das Autorinnenteam der Anlass, den Kommentar zu MSchG und VKG zu überarbeiten und zu ergänzen, um den Leserinnen und Lesern Literatur und Judikatur auf dem aktuellen Stand präsentieren zu können.

Wie gewohnt wurde besonderer Wert auf Praxisnähe gelegt. Damit legt der ÖGB-Verlag die aktuellste und umfangreichste Darstellung der österreichischen arbeitsrechtlichen Regelungen rund um Mutterschutz, Elternkarenz und Elternzeit vor.

**BESTELLUNG:**

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at) || per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at)  
 per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder  
 direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

**JA, ICH BESTELLE ...**

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			



# MEINE STIMME FÜR EINE STARKE AK.



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

Besten Dank

AW